



**Protokoll der 35. Sitzung des Gemeinderats Frauenfeld  
vom Mittwoch, 10. Dezember 2014, 16:00 Uhr im Rathaus**

**Vorsitz:** Gemeinderatspräsident Kurt F. Sieber

**Namensaufruf:** 34 anwesende Mitglieder

**Entschuldigt:** Gemeinderäte Jürg Senn, Mario Weber, Stefan Zahn

**Mitanwesend:** 5 Stadtratsmitglieder

**Gemeinderatssekretärin:** Heidi Arnold

- - -

**Traktanden**

- 184 Mitteilungen
- 185 Protokoll der Sitzung vom 12. November 2014
- 186 Ersatzwahl von einem Mitglied des Wahlbüros für den Rest der Legislaturperiode 2011/2015  
(Nachfolge von Tobias Duewell, Fraktion FDP/SVP/EDU)
- 187 Finanzplan 2016 bis 2018 der Stadt Frauenfeld, der Werkbetriebe und des Alterszentrums Park  
Diskussion, Kenntnisnahme
- 188 Botschaft Anpassung der Zimmerpreise im Alterszentrum Park per 1. Januar 2015  
Eintreten, materielle Beratung, Beschlussfassung
- 189 Voranschlag der Stadt Frauenfeld, der Werkbetriebe, des Alterszentrums Park für das Jahr 2015  
Eintreten, materielle Beratung, Beschlussfassung

- - -

**Gemeinderatspräsident Kurt F. Sieber:** Sehr geehrter Herr Stadtmann, sehr geehrte Damen und Herren Stadträte, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, geschätzte Besucher auf der Galerie, geschätzte Medienvertreter, ich begrüsse Sie ganz herzlich zu unserer heutigen Gemeinderatssitzung.

Mein heutiger Leitspruch ist ein Spruch aus Irland. "Gott legt das Messband nicht um den Kopf, sondern um das Herz."

Nach erfolgtem Namensaufruf stellt der **Ratspräsident** fest, dass 34 Ratsmitglieder anwesend sind. Somit ist der Rat gemäss Art. 30 des Geschäftsreglements beschlussfähig. Das absolute Mehr beträgt 18.

Die Traktandenliste wurde den Ratsmitgliedern rechtzeitig zugestellt. Seitens des Rats liegen keine Einwände zur Traktandenliste vor. Somit gilt die heutige Tagesordnung als stillschweigend genehmigt.

**184**

## **MITTEILUNGEN**

**Gemeinderatspräsident Kurt F. Sieber:**

1. Der Stadtrat hat die einfache Anfrage "Inlandhilfe statt Auslandhilfe" von Gemeinderat Thomas Gemperle vom 20. August 2014 am 11. November 2014 beantwortet.
2. Der Stadtrat hat die einfache Anfrage "Wert der Kantonsschule für den Standort Frauenfeld und den Kanton Thurgau" von Gemeinderätin Eveline Buff Kinzel vom 29. August 2014 am 25. November 2014 beantwortet.
3. Der Stadtrat hat die einfache Anfrage "Wie viel kostet die neue Organisationsstruktur der Stadt Frauenfeld?" von Gemeinderat Fredi Marty vom 12. November 2014 am 25. November 2014 beantwortet.
4. Heute sitzt ausnahmsweise der Finanzchef der Stadt Frauenfeld hinter den Stadträtinnen und Stadträten, damit allfällige Fragen zum Budget 2015 rasch beantwortet werden können.
5. Den Pressevertretern ist es heute erlaubt, Fotoaufnahmen zu machen
6. Nach ca. eineinhalb Stunden Beratungen werde ich die Sitzung für 20 Minuten unterbrechen, damit die Erfrischungen und die Zwischenverpflegung, die im Vorraum bereitgestellt wurden, eingenommen werden können.

Da Gemeinderat Mario Weber heute nicht an der Sitzung teilnehmen kann, ist für heute eine Ersatzwahl für das Wahlbüro notwendig. Darf ich die Fraktion CH/Grüne/GLP bitten, ihren Wahlvorschlag zu unterbreiten?

**Gemeinderat Heinrich Christ:** Wir schlagen Gemeinderat Benjamin Stricker zur Wahl vor.

**Der Ratspräsident:** Die Fraktion schlägt Benjamin Stricker zur Wahl ins Wahlbüro vor. Werden diese Vorschläge ergänzt? Die Abstimmung erfolgt offen.

**Abstimmung:** Benjamin Stricker wird einstimmig bei Enthaltung der eigenen Stimme ins Wahlbüro gewählt.

**Der Ratspräsident:** Gemeinderat Marcel Epper und Gemeinderätin Monika Landert sind eingetroffen. Somit sind 36 Gemeinderäte anwesend und das absolute Mehr beträgt 19.

185

#### PROTOKOLL DER SITZUNG VOM 12. NOVEMBER 2014

**Der Gemeinderatspräsident:** Bis zum heutigen Zeitpunkt sind keine Korrekturen beim Ratsbüro eingegangen. Wird das Wort zum Sitzungsprotokoll vom Mittwoch, 12. November 2014, gewünscht? Da dies nicht der Fall ist, gilt das Protokoll als stillschweigend genehmigt. Ich bedanke mich bei der Ratssekretärin und allen weiteren Beteiligten ganz herzlich für das Protokoll.

186

#### ERSATZWAHL EINES MITGLIEDS DES WAHLBÜROS FÜR DEN REST DER LEGISLATURPERIODE 2011/2015

**Der Ratspräsident:** Es geht um die Nachfolge von Tobias Duewell, der als Wahlbüromitglied per Jahresende zurückgetreten ist. Das Vorschlagsrecht steht der Fraktion FDP/SVP/EDU zu.

**Gemeinderat Jörg Schläpfer:** Die Fraktion FDP/SVP/EDU schlägt Ihnen Timothy Duewell vor. Timothy ist 19-jährig, studiert Maschinenbau und wohnt an der General-Weber-Strasse 29.

**Gemeinderatspräsident Kurt F. Sieber:** Gibt es dazu Fragen, Einwände oder Gegenvorschläge? Gemäss Art. 56 Abs. 3 unseres Geschäftsreglements kann die Wahl offen durchgeführt werden, was ich Ihnen hiermit vorschlage. Wer Timothy Duewell als Wahlbüromitglied wählen möchte, erhebe sich bitte von seinem Sitz.

**Abstimmung:** Timothy Duewell wird einstimmig als Wahlbüromitglied gewählt.

187

## **FINANZPLAN 2016 – 2018 DER STADT FRAUENFELD, DER WERKBETRIEBE UND DES ALTERSZENTRUMS PARK**

**Der Gemeinderatspräsident:** Es geht um die Botschaft Nr. 37, Budget der Stadt Frauenfeld für das Jahr 2015, die Botschaft Nr. 37a, Voranschlag der Werkbetriebe der Stadt Frauenfeld für das Jahr 2015 und die Botschaft Nr. 37b, Voranschlag des Alterszentrums Park für das Jahr 2015 des Stadtrats an den Gemeinderat vom 21. Oktober 2014. Die Finanzpläne finden Sie wie folgt:

- Stadt: Register 4, Finanzplan, Register 5, Kennzahlen
- Werkbetriebe: Register 7 ab Seite 37
- Alterszentrum: Park Register 8 auf Seite 7

Traditionellerweise und kompetenzgemäss nimmt der Gemeinderat den Finanzplan nur zur Kenntnis. Natürlich darf trotzdem darüber diskutiert werden.

**Gemeinderat Michael Lerch, Referent der GPK Finanzen und Administration:** Wir widmen uns heute wiederum zuerst den längerfristigen Finanzplänen für die Jahre 2016 bis 2018 der Stadt und ihrer Betriebe, bevor wir uns in einem späteren Traktandum den Budgets für das Jahr 2015 zuwenden. Unsere diesjährige Budgetdebatte hat aber drei Spezialitäten, auf die ich einleitend hinweisen möchte.

1. Die vorliegenden Budgetunterlagen sind die ersten unter HRM2. Dies hat zur Folge, dass die Vergleichbarkeit mit den Vorjahren nicht mehr ohne Weiteres möglich ist. Bedingt durch die Umstellungsphase und eine gewisse Unsicherheit, da noch Vorgaben vom Kanton fehlen, müssen wir uns auch in Zukunft auf einige Anpassungen gefasst machen. Wichtig ist, dass wir auch eine gewisse Nachsicht walten lassen bei Korrekturen, welche allenfalls noch auf uns zukommen werden. Da zahlreiches Zahlenmaterial im Moment in zeitaufwendiger Handarbeit zusammengestellt werden musste, sind die Zahlen stark komprimiert aufgeführt. Dies insbesondere bei der Erfolgsrechnung. Hier wurde uns aber in Aussicht gestellt, dass für das Budget 2016 bereits etwas detailliertere Unterlagen zur Verfügung stehen werden. Bei der Investitionsrechnung erhielten wir einen sehr guten Überblick über zukünftige Investitionsprojekte.
2. Die Umstellung auf HRM2 konnte nur dank einer sehr grossen Zusatzleistung des städtischen Finanzchefs Reto Angern bewerkstelligt werden, aber auch dank eines Efforts der verschiedenen Amtschefinnen und Amtschefs der Stadtverwaltung. An dieser Stelle ein grosses "Merci" an alle Beteiligten. Soweit wir es heute überblicken können, wurde eine sehr gute Arbeit geleistet, einzig das Resultat ist nicht ganz so gut, aber daran können wir ja arbeiten.
3. Nach Jahren mit Steuersenkungen und Überschüssen verdichten sich die Zeichen, dass die fetten Jahre bei der Stadt Frauenfeld zumindest vorläufig vorüber sind. Wichtig ist jetzt, dass wir uns intensiv Gedanken machen, wie es mit den Finanzen weitergehen soll. Der Stadtrat und unser Rat sind gefordert zu entscheiden, ob wir Leistungen der Stadt abbauen wollen und der Gürtel enger geschnallt werden soll, oder ob Steuerfusserhöhungen umgesetzt werden sollen. Allenfalls werden wir gemeinsam aber auch zum Schluss kommen, dass wir das eine tun wollen und das andere nicht lassen können. Eines ist klar: Sowohl die Exekutive als auch die Legislative sind gefordert. Ich bin überzeugt, wenn wir gut zusammenar-

beiten und wenn uns Bund und Kantone nicht noch weitere Zusatzkosten oder Kostensteigerungen aufbürden, die Stadtfinanzen wieder ins Lot kommen.

Damit komme ich nun zu den vorliegenden Finanzplänen. Einmal mehr sei zu Beginn erwähnt, dass der Finanzplan ein Arbeitspapier des Stadtrats ist, das wir im Gemeinderat lediglich zur Kenntnis nehmen. Die Finanzpläne der Stadt Frauenfeld umfassen nur die nächsten drei Jahre, werden aber im Sinne einer rollenden Planung jährlich überarbeitet und angepasst. Ziel soll dabei sein, über das vorliegende Budget für die nächsten Jahre hinaus auch mittelfristig den Finanzhaushalt sowohl der Stadt als auch ihrer Betriebe beurteilen und lenken zu können. Wir haben je einen separaten Finanzplan für die Stadt im Ordner, Griff 2, bezüglich Investitionen und im Griff 4 bezüglich der Erfolgsrechnung. Im Griff 7 unter Ziffer 4 unseres Ordners finden wir den Finanzplan der Werkbetriebe, im Griff 8 auf Seite 7 den einseitigen Finanzplan des Alterszentrums Park.

Zum Finanzplan der Stadt Frauenfeld bzw. der Stadtverwaltung:

Dieser ist eine wichtige Orientierungshilfe für eine gesunde Investitions- und Finanzpolitik und damit auch für eine vernünftige Steuerpolitik. Dieses Planungs- und Steuerinstrument basiert auf drei Elementen: 1. Prognose der Erfolgsrechnung; 2. Investitionsplanung; 3. Finanzpolitische Zielsetzungen. Bei der Erstellung der Prognosen des Finanzplans ist insbesondere die weitere Wirtschaftsentwicklung zu berücksichtigen, was – wie wir alle wissen – in dieser schnelllebigen Zeit keineswegs einfach ist. Zudem ist die Bevölkerungsentwicklung zu beachten, wobei der Stadtrat mit einer jährlichen Zunahme von 200 bis 300 Personen rechnet.

Zum ersten Element der Prognose der Erfolgsrechnung:

Hier sind keine wesentlichen Abweichungen zu erkennen. In zwei Bereichen machen sich jedoch die hohen Investitionen bemerkbar: Die Abschreibungen steigen innerhalb der Planungsjahre um die Hälfte an. Die Differenz zwischen den Abschreibungen und den Investitionen ist sehr hoch, sodass eine starke Zunahme der Verschuldung zu erwarten ist. Dies wirkt sich im Finanzaufwand aus, indem die Zinsbelastungen deutlich steigen.

Zum zweiten Element des Finanzplans, Investitionsrechnung:

Die voraussichtlichen Nettoinvestitionen für das Jahr 2016 verharren umgerechnet auf HRM2 auf dem Niveau von 2014. In den Folgejahren wird ein Rückgang der Nettoinvestitionen erwartet. Der Umfang der Nettoinvestitionen bleibt weiterhin auf einem hohen Niveau. Hier ist der Grundsatz des Stadtrats bei der Erstellung des Finanzplans zu unterstützen, und zwar dass die Investitionen nachhaltig und im erforderlichen Umfang zu planen sind. Hier ist es aber auch wichtig, dass der Ausbaustandard und die Lebensdauer der einzelnen Investitionsprojekte kritisch hinterfragt werden und keine Luxusbauten, jedoch zweckmässige und langlebige Investitionen getätigt werden. Zahlreiche Investitionen im Finanzplan erfüllen diesen Punkt sicher, es sind aber auch Projekte enthalten, welche eher unter die Kategorie "nice to have" fallen. Hier ist der Stadtrat gefordert, die Investitionen nochmals kritisch zu hinterfragen.

Finanzpolitische Zielsetzungen:

Das Ziel muss es sein, dass mittelfristig wieder eine ausgeglichene Stadtrechnung präsentiert werden kann. Wie dies erreicht werden soll, da gehen die Meinungen natürlich auseinander. Die einen wollen sparen, wo es nur geht, die anderen wollen den Steuerfuss erhöhen. Der Stadtrat hat beides gemacht und sieht im Finanzplan für 2016 und 2018 eine Steuerfusserhöhung um je 2 % vor. Andererseits hat er mit dem Budget 2016 bereits grössere Sparrunden gemacht. Ob jetzt noch viel Sparpotenzial im Finanzplan und im Budget vorhanden ist, darf infrage gestellt werden. Hier sind nun Stadt- und Gemeinderat sowie allenfalls auch das Volk gefragt. Wir müs-

sen uns darüber einig werden, was wir für eine Stadt wollen. Sparen ist selbstverständlich möglich, aber ab einem gewissen Zeitpunkt müssen Leistungen reduziert oder ganz gestrichen werden. Vielleicht ist es sinnvoll, nachdem der Kanton eine Leistungsüberprüfung gemacht hat, dass sich auch die Stadt Frauenfeld einer solchen stellt. Diese wird allerdings auch nicht kostenlos erhältlich sein, aber bei einer solchen Überprüfung können Leistungen der Stadt systematisch überprüft und hinterfragt werden.

Nach all den düsteren Wolken vielleicht noch ein kleiner Lichtblick zum Schluss: Die Stadt Frauenfeld verfügt im Moment über ein komfortables Eigenkapital von rund 90 Mio. Franken. Dieses Eigenkapital soll sicherlich reduziert werden. Auf welches Niveau, ist noch Gegenstand von Diskussionen sowohl auf kantonaler als auch auf städtischer Ebene, sowohl im Stadtrat als auch in der GPK Finanzen und Administration. Die GPK definierte in ihren Richtlinien ein Nettovermögen von mindestens 10 Mio. Franken, und nicht wie in der stadträtlichen Botschaft unglücklicherweise vermerkt von rund 10 Mio. Franken. In den bisher geführten Diskussionen besteht aber Einigkeit, dass wir jetzt nicht einfach von Jahr zu Jahr höhere Defizite schreiben dürfen, bis das Nettovermögen und das Eigenkapital auf das gewünschte Mass reduziert sind, denn wenn wir dies tun würden, würden wir unseren Nachfolgerinnen und Nachfolgern ein schweres Erbe hinterlassen.

Zu den Finanzplänen der Werkbetriebe und des Alterszentrums Park habe ich keine besonderen Bemerkungen und verzichte, auf weitere Details einzugehen. Die GPK Finanzen und Administration hat im Übrigen ohne weitere Diskussion die vorliegenden Finanzpläne zur Kenntnis genommen und beantragt dies auch dem Gemeinderat.

**Gemeinderat Jörg Schläpfer, Referent der Fraktion FDP/SVP/EDU:** Ein Finanzplan ist ein wichtiges Führungsinstrument und trotzdem immer mit Vorsicht zu geniessen. Das ist uns allen bewusst. Trotzdem fragen wir beispielsweise: Werden die vorgesehenen Investitionen auch wirklich grösstenteils umgesetzt? Diesmal kommt als weitere Unsicherheit die Umstellung auf HRM2 hinzu oder auch, welche Massnahmen der kantonalen LÜP ab wann welchen Einfluss auf die Gemeinden haben werden. Unsere Fraktion hat im Finanzplan für jedes der Jahre 2016 bis 2018 ein ausgeglichenes Budget bei einem nicht höheren Steuerfuss erhofft. Dies ist aber nicht der Fall, so müssen wir uns grundlegende Gedanken machen.

Den grössten Handlungsspielraum gibt es bekanntlich beim Eigenkapital, dem Steuerfuss und den staatlichen Leistungen. In welchen Bandbreiten soll sich das Eigenkapital bewegen? Diese Diskussion wird bestimmt noch vertiefter geführt werden müssen. Wie soll sich der Steuerfuss entwickeln? Die Fraktion FDP/SVP/EDU fordert für die Einwohner und für eine florierende Frauenfelder Wirtschaft einen möglichst tiefen Steuerfuss. Welche Leistungen bietet die Stadt Frauenfeld in welchem Umfang an? Unsere Fraktion schreibt der Eigenverantwortung einen grossen Stellenwert zu. Staatliche Leistungen sollen eher kritisch hinterfragt, als ausgebaut werden. Damit können nachhaltig Kosten reduziert werden. Es gibt Bereiche in der Stadtverwaltung, deren Kosten ansteigen werden, ohne dass die Stadt diese beeinflussen kann. Somit stellt sich aber die Frage, inwieweit werden Kostenanstiege in diesen Bereichen kompensiert durch Einsparungen in anderen Bereichen, die beispielsweise dank technischen Fortschritten einfacher abgewickelt werden können? Wir anerkennen, dass die Stadt Anstrengungen unternommen hat, um ein ursprüngliches Budget zu verbessern. Kann dieser Prozess noch weitergeführt werden? Die Fraktion FDP/SVP/EDU sagt ja und wird sich auf jeden Fall in der heutigen Budgetdebatte mit konkreten weiteren Vorschlägen dazu einbringen. Gegebenenfalls werden wir in den nächsten Monaten auch weitere Schritte in Betracht ziehen, beispielsweise unter dem Stichwort Leistungsüberprüfung.

**Gemeinderat Herbert Vetter, Referent der Fraktion SP/Gewerkschaftsbund/JUSO:** Auch wir nehmen vom Finanzplan Kenntnis. Obwohl der Finanzplan schon mehr Seiten umfasste, gab er in unserer Fraktion Anlass zu Diskussionen. Die Zahlen in den Finanzplänen sehen für uns nicht gut aus. Der Stadtrat plant für das Jahr 2016 und 2018 eine 2%-ige Steuerfusserhöhung. Wir fragen uns, ob das wirklich reicht. Die Rahmenbedingungen ändern sich. Ich erwähne hier als Beispiel die Unternehmenssteuerreform 3 oder die LÜP, darüber werden wir heute noch einiges mehr hören. Es werden in Zukunft hohe Investitionen auf uns zukommen. Diese können nicht allein durch den Abbau des Eigenkapitals finanziert werden. Wir haben damals für die Steuerfussenkung auf das Jahr 2011 Hand geboten. Die letzte Steuerfussenkung auf das Jahr 2012 konnten wir nicht mehr mittragen. Es war definitiv eine Senkung zu viel. Dies muss nun ab dem Budget 2016 korrigiert werden. In Voten betreffend Steuerfussenkungen hiess es aus bürgerlichen Kreisen, man dürfe nicht Steuern auf Vorrat einziehen. Wir sind gleicher Meinung. Und sollte dies nötig sein, könne man die Steuern bei Bedarf wieder anpassen. Der Bedarf ist nun vorhanden. Wir erwarten, dass die Fensterseite ihr Versprechen hält und die zukünftig nötigen Steuerfusserhöhungen auch mitträgt.

**Gemeinderat Christian Wälchli, Referent der Fraktion CVP/EVP:** Unsere Fraktion hat den Finanzplan für die Jahre 2016 bis 2018 für die Stadt Frauenfeld, die Werkbetriebe und das Alterszentrum Park zur Kenntnis genommen und ausgiebig diskutiert. Vorab ist zu sagen, dass der Finanzplan einen Neuanfang aufgrund des Wechsels von HRM1 auf HRM2 darstellt. Somit kann noch nicht auf mehrjährige Finanzkennzahlen zurückgegriffen werden. Wir sind daher der Meinung, dass für langfristige Schlussfolgerungen zuerst einmal die Rechnung 2015 nach neuem Modell HRM2 abgewartet werden muss. Die CVP/EVP-Fraktion ist der Meinung, dass nicht um jeden Preis ein ausgeglichenes Budget erreicht werden muss. Somit sehen wir zum jetzigen Zeitpunkt auch keine zwingende Notwendigkeit, eine Steuerfusserhöhung ins Auge zu fassen, ohne sie aber auszuschliessen. Wir befürworten mögliche Steuerfusserhöhungen erst nach begründeten Erfahrungen respektive klaren Zahlen aus der Rechnung 2015, also voraussichtlich nicht für das Jahr 2016. Möglicherweise werden ja auch nicht alle geplanten Investitionen des Finanzplans ausgeführt werden, und zudem fliessen auch Gewinne aus Landverkäufen neu in die Erfolgsrechnung respektive über die Erfolgsrechnung. Letzteres hätte in den letzten Jahren durchschnittlich mehr als 1,5 Mio. Franken ausgemacht. Vergleichen Sie diese Zahl einmal mit den schrecklichen Defiziten, wie sie vom Kanton dargestellt werden. Das Eigenkapital der Stadt Frauenfeld ist zudem bekanntlich sehr hoch. Somit können wir ein längeres Warten mit einer Steuerfusserhöhung unseres Erachtens problemlos verantworten. Weil der Steuerfuss in den letzten Jahren kontinuierlich massiv gesenkt wurde, schliessen wir aber auch eine gelegentliche Steuerfusserhöhung nicht aus. Bei Bewerbungen für die neue Gemeindeorganisation haben wir auch deutlich dafür Werbung gemacht, dass die Budget- und somit Steuerfusskompetenz in erster Linie beim Gemeinderat liegt und somit der Vorteil besteht, dass man besser reagieren kann. Nach Annahme der Gemeindeorganisation haben wir deshalb auch den zum Teil etwas riskanten Steuersenkungen zugestimmt im Wissen, dass eine Korrektur auch wieder möglich ist. Frauenfeld hat zudem unter den grossen Gemeinden im Kanton Thurgau seit Jahren immer noch den tiefsten Steuerfuss, was sich durchaus auch positiv auf den Wirtschaftsstandort auswirkt. Entsprechend haben wir den Finanzplan trotz heftiger Diskussionen schlussendlich mit der nötigen Lockerheit zur Kenntnis genommen. Die CVP/EVP-Fraktion nimmt zudem positiv die Finanzpläne der Werkbetriebe und des Alterszentrums Park zur Kenntnis.

**Gemeinderatspräsident Kurt F. Sieber:** Gemeinderat Peter Hausammann ist eingetroffen, das absolute Mehr beträgt weiterhin 19.

**Gemeinderat Peter Heri, Referent der Fraktion CH/Grüne/Grünliberale:** Gemäss Verordnung des Regierungsrats über das Rechnungswesen der Gemeinden soll ein Finanzplan nach HRM2 aus mindestens sechs Teilen bestehen: den Rahmenbedingungen, der Erfolgsrechnung, der Investitionsplanung, dem Finanzbedarf, der Vermögens- und Schuldenentwicklung sowie der Entwicklung der Finanzkennzahlen. Für den städtischen Finanzplan sind ausser dem Nachweis des Finanzbedarfs und der Vermögensentwicklung alle Teile im Budgetordner zu finden. Die prognostizierte Entwicklung der Erfolgsrechnung ist insgesamt ausgewogener als in früheren Jahren und zeigt jährliche Defizite zwischen 1,5 und 2,2 Mio. Franken. Die ausgewiesenen Defizite zeigen, dass die angedachten Steuerfusserhöhungen 2015 und 2018 sinnvoll sind. Wann und wie hoch sie in Zukunft tatsächlich notwendig sein werden, lässt sich in einem Jahr genauer sagen. In der Investitionsplanung gefällt, dass namhafte Beträge für die attraktive Umgestaltung wichtiger Strassen im Zentrum vorgesehen sind. Zwei Elemente vermissen wir in der Investitionsplanung:

1. Eine Priorisierung der Investitionsvorhaben: Dazu braucht es zukünftig mehr Informationen. Alternativ könnte auch über die Einführung eines Globalbudgets für die Investitionen einzelner Bereiche wie den Strassenunterhalt nachgedacht werden.
2. Angaben über Projekte, welche nach 2018 anstehen.

Zu den Finanzplänen der Werkbetriebe und des Alterszentrums haben wir folgende Bemerkungen: Der Finanzplan der Werkbetriebe zeichnet sich durch kontinuierliche Entwicklung der Aufwand- und Ertragskonten und durch steigende Gewinne aus. Die üppige finanzielle Ausstattung der Stadtwerke wird somit auch in naher Zukunft erhalten bleiben. Der Finanzplan des Alterszentrums Park liegt nur fragmentarisch vor. Eine Prognose für den Erfolg liegt nur für die Häuser Ergarten und Talbach vor. Dort fällt auf, dass sich die Erfolgsrechnungen in den drei Finanzplanungen schrittweise verschlechtern und 2018 mit einem Defizit gerechnet wird. Weitere finanzielle Korrekturmassnahmen zeichnen sich in der Planung für die nahe Zukunft auch bereits jetzt ab.

Ergänzend zum Überblick über die Finanzpläne noch ein paar finanzpolitische Überlegungen zum Finanzplan der Stadt: Im Finanzplan widerspiegelt sich die Finanzpolitik, aber der vorliegende Finanzplan sowie der Abschnitt finanzpolitische Zielsetzung in der Botschaft zum Budget 2015 zeigen, dass der Stadtrat seine finanzpolitische Linie noch nicht gefunden hat. Die Aussagen des Stadtrats zu den finanzpolitischen Zielen sind zum Teil sogar widersprüchlich, so kann nicht ein ausgeglichenes Budget angestrebt und gleichzeitig das Eigenkapital abgebaut werden. Trotz dieser finanzpolitischen Unklarheiten hat der Stadtrat für die Erstellung des Budgets 2015 zwei wichtige Entscheide treffen müssen, welche sich auf die Finanzpolitik auswirken. So hat er sich entschieden, dass 1. die Abschreibung des bestehenden Verwaltungsvermögens ab 1. Januar 2015 nach Nutzungsdauer und nicht innerhalb von zehn Jahren vorzunehmen sind und 2. dass die Investitionen in den spezialfinanzierten Bereichen weiterhin nach bisheriger Praxis jeweils im gleichen Jahr sofort abgeschrieben werden, wobei die rechtliche Zulässigkeit der Fortführung dieser Praxis vertieft zu prüfen wäre. Im Budget und im Finanzplan sind die zahlenmässigen Auswirkungen dieser Entscheide zu erkennen, nämlich dass die Belastung der Erfolgsrechnung 2015 durch die ordentlichen Abschreibungen auf einem ähnlich tiefen Niveau verbleibt wie im Voranschlag 2014, und dass die Gebühreneinnahmen und die zusätzlichen Abschreibungen in den spezialfinanzierten Bereichen wie bisher hoch bleiben. Finanzpolitisch bedeuten diese Entscheide, dass der Steuerfuss für das Budget 2015 unverändert belassen werden kann und die

Kalkulationsbasis für die Gebühren, insbesondere der Abwassergebühren hoch bleiben. Dahinter könnte die Überlegung stehen, dass hier eine Politik des tiefen Steuerfusses und der hohen Gebühren betrieben werden soll. Verteilungspolitisch ist diese Politik nicht erwünscht. Umgekehrt wäre mir lieber. Zudem entspricht diese Politik den Legislaturzielen, welche im dritten Leitsatz und im Leitziel 3.2 tiefe Steuern und tiefe Gebühren postulieren. In die Gestaltung einer längerfristig orientierten städtischen Finanzpolitik müssen auch die in Zukunft anstehenden grossen Investitionen ab 2018, welche nicht in der Investitionsplanung aufgeführt sind, einbezogen werden, wie beispielsweise die Sanierung oder der Neubau des Hallenbads, ein allfälliger Neubau eines Stadtsaals oder Kosten für die Entwicklung des Kasernenareals. Ganz zu schweigen von Investitionen für die Verkehrsentlastung, welche Teile der Bevölkerung und einzelne Politiker fordern. Im Hinblick auf diese grossen Investitionen sollte überprüft und gegenüber dem Gemeinderat begründet werden, ob die gewählte Abschreibungspolitik über einen längeren Zeitraum wirklich die bestmögliche ist. Basierend auf diesen Überlegungen scheint wichtig, dass der Stadtrat mit dem neuen Stadtpräsidenten möglichst bald die Leitlinien für eine längerfristige städtische Finanzpolitik festlegt und die dem Budget 2015 zugrunde liegenden Entscheide zu den Abschreibungen überprüft und allenfalls korrigiert, und zwar vor der Erstellung des Budgets 2016. In diesem Sinn nehmen wir die Finanzpläne der Stadt, der Werkbetriebe und des Alterszentrums Park zur Kenntnis.

**Stadtammann Carlo Parolari:** Gemeinderat Michael Lerch als GPK-Präsident hat es ausgeführt, die Finanzplanung ist ein sehr wichtiges Führungsinstrument des Stadtrats. Sie ist eine Orientierungshilfe. Es ist kein Budget, sondern eine Hilfe für die künftige Finanzpolitik der Stadt. Wir haben Ihnen heute sehr gut zugehört und wir nehmen das nicht mit der Lockerheit, die Christian Wälchli erwähnt hat, sondern durchaus ernst. Es wurde auch gesagt, es ist ein Neuanfang auch in der Finanzplanung bezüglich Darstellung. Zugegeben, es kommt vielleicht im Moment etwas mager daher, aber mehr liegt im Moment einfach noch nicht vor. Wir haben darauf verzichtet, endlose Zahlenreihen aneinanderzuhängen, sondern wir haben versucht, konkrete Aussagen zu machen, wie das von Ihrer Seite auch gewünscht worden ist.

Ich möchte auf Seite 24 und 25 der Botschaft verweisen. Dort haben wir ausgeführt, welche Vorgaben wir gemacht haben, was wir bezüglich Investitionen und Erfolgsrechnung vorgesehen haben und wie wir das Ergebnis interpretieren oder deuten. Ich muss das nicht alles wiederholen. Es wurde auch gesagt, es ist eine Orientierungshilfe. Es braucht irgendwo beispielsweise nur einen grösseren Landverkauf, dann sehen diese Zahlen ziemlich anders aus. Ich möchte es aber nicht schönreden. Der GPK-Präsident hat es auch gesagt, die langfristigen Zahlen sehen nicht mehr so gut aus, wie sie das früher getan haben. Der Stadtrat hat also nicht schön geredet, sondern hat gesagt, wir sehen vor, ab 2016 und ab 2018 sehr moderate Steuerfusserhöhungen einzurechnen, damit man da nicht irgendwann in ein Desaster hineinläuft. Selbstverständlich, das kann ich gern zu Protokoll geben, wird der Stadtrat alles versuchen und überall Sparmassnahmen treffen, wo er dies für richtig und sinnvoll erachtet. Wir sagen auf Seite 25 der Botschaft auch, dass wir weitere Einnahmequellen prüfen werden. Das ist keine Blackbox, sondern es geht ganz konkret um Gebühren, wie das Gemeinderat Heri angetönt hat. Wir werden das aufgrund von konkreten Vergleichen von Benchmarks machen und prüfen. Der Preisüberwacher hat beispielsweise kürzlich in einer grossen Studie die Baugebühren überprüft. Da ist die Stadt Frauenfeld extrem tief. Das werden wir überprüfen. Wir werden allenfalls entsprechende Vorschläge machen. Es geht beispielsweise um das bereits angetönte Prinzip von Auswärtigen- und Einheimischentarifen, wo das allenfalls sinnvoll und praktikabel ist. Auch das werden wir prüfen und Ihnen dann selbstverständlich zur Genehmigung vorlegen.

Zum Eigenkapital, das alle Sprecher angetönt haben, werde ich mich beim Eintreten zum Budget auch noch melden. Die Anregungen von Gemeinderat Heri nehmen wir sehr gern auf. Es wurde auch in der GPK schon gesagt. Priorisierung bei den Investitionen werden wir in die grosse Liste aufnehmen. Ob wirklich Globalbudgets zu prüfen wären, muss man anschauen. Ich war bis jetzt kein Anhänger davon. Wenn Sie das als Parlament wollen, müsste der Anstoss von Ihnen aus kommen, weil Sie ja ein gewisses Machtmittel als Rat dann aus den Händen geben würden. Für die Exekutive wird es dadurch tendenziell einfacher in diesen Bereichen.

Was Aussagen über Projekte nach 2018 betrifft, mache ich ein gewisses Fragezeichen, weil da die Gefahr besteht, dass ein Finanzplan zu Spekulationen verleitet. Wenn wir über mögliche Investitionsobjekte, die über den Finanzplanhorizont hinausgehen, bereits konkrete Aussagen machen sollen, ist die Gefahr des Kaffeersatzlesens relativ gross. Ich danke Ihnen für Ihre Beiträge im Namen meiner Kolleginnen und Kollegen. Wir werden diese beachten und danken Ihnen für die Kenntnisnahme der Finanzpläne.

**Abstimmung über die Kenntnisnahme gemäss Antrag auf Seite 30 der Botschaft Nr. 37 zum Finanzplan 2016 bis 2018 der Stadt Frauenfeld, der Werkbetriebe und des Alterszentrums Park**

**Antrag 5:**

Die Finanzpläne 2016 bis 2018 der Stadt Frauenfeld, der Werkbetriebe und des Alterszentrums Park werden einstimmig zur Kenntnis genommen.

**Gemeinderat Thomas Gemperle:** Ich beantrage ein Rückkommen auf Traktandum 2. Der Antrag lautet, dass das Protokoll an der nächsten Sitzung bei Vorliegen traktandiert wird. Mir liegt das Protokoll nicht vor. Könnten wir das an der nächsten Sitzung nochmals traktandieren? Ich habe das Protokoll im Extranet nicht gefunden und mir ist auch nicht bewusst, dass ich es gelesen habe. Meiner Meinung nach wurde es noch nicht verschickt. Darum beantrage ich, dass das nochmals traktandiert wird. Mir ging das Traktandum 2 ein wenig zu schnell.

**Abstimmung:**

Dem Rückkommensantrag von Gemeinderat Gemperle wird mit 19 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 16 Enthaltungen zugestimmt. Das Protokoll vom Mittwoch, 12. November 2014, wird für die nächste Sitzung nochmals traktandiert.

188

## **BOTSCHAFT ANPASSEN DER ZIMMERPREISE IM ALTERSZENTRUM PARK PER 1. JANUAR 2015**

**Der Gemeinderatspräsident:** Es steht uns die Botschaft des Stadtrats Nr. 36 vom 14. Oktober 2014 mit den Anträgen auf Seite 8 zur Verfügung. Nach der Eintretensdebatte erfolgt die materielle Beratung, in der allenfalls auch nochmals allgemeine Bemerkungen, Wünsche und Anträge angebracht werden können. Allfällige Anträge sind mir schriftlich abzugeben. Anschliessend werden wir über die Anträge zusammengefasst abstimmen.

### **EINTRETEN**

**Gemeinderat Michael Hodel, Referent der GPK Gesellschaft und Sicherheit:** Unsere Kommission ist geschlossen für Eintreten.

**Gemeinderat Peter Heri, Referent der Fraktion CH/Grüne/Grünliberale:** Mit der Botschaft Nr. 36 vom 14. Oktober 2014 wird eine Erhöhung der Zimmerpreise im Alterszentrum Park per 1. Januar 2015 beantragt. Eine zukünftige Erhöhung der Zimmerpreise wurde bereits bei der Abnahme der Rechnung 2013 angekündigt. Die nun beantragte Erhöhung ist moderat, ausführlich und nachvollziehbar begründet, betriebswirtschaftlich notwendig und im Quervergleich mit den Zimmerpreisen anderer Institutionen vertretbar. Die Fraktion CH/Grüne/GLP ist für Eintreten und wird die Anträge unterstützen.

**Gemeinderat Lukas Hefti, Referent der Fraktion SP/Gewerkschaften/JUSO:** Wir haben einstimmig Eintreten zu dieser Botschaft beschlossen, auch wenn wir den Zeitpunkt zur Beratung dieses Geschäfts denkbar ungünstig finden.

**Gemeinderätin Susanna Dreyer, Referentin der Fraktion CVP/EVP:** Die Fraktion CVP/EVP hat in der letzten Sitzung betreffend der Botschaft vom 14. Oktober 2014, Anpassung der Zimmerpreise im Alterszentrum Park per 1. Januar 2015, in der es um die Erhöhung der Zimmerpreise geht, Folgendes festgestellt und beschlossen: Wenn wir in der Botschaft die Zahlen von vergleichbaren Alters- und Pflegezentren anschauen, sehen wir, dass das Alterszentrum Park auch nach der Erhöhung zum Drittel der Günstigsten gehört. Bravo! Das Budget soll zumindest im bisherigen Rahmen ausgeglichen sein. Da die Gewinne 2014 gegenüber 2013 trotz Erhöhung nicht viel besser ausfallen, sehen wir die Tarifierhöhung von 5 Franken für betreutes Wohnen und 3 Franken für eine Zweierbelegung als moderat und angemessen an. Wir sind uns sogar bewusst, dass es nicht die letzte Erhöhung sein wird. Die Fraktion CVP/EVP hat dem Antrag des Stadtrats einstimmig zugestimmt.

**Der Gemeinderatspräsident:** Den Voten entnehme ich, dass das Eintreten unbestritten und somit stillschweigend genehmigt ist.

## MATERIELLE BERATUNG

**Gemeinderat Michael Hodel, Referent der GPK Gesellschaft und Sicherheit:** Die Notwendigkeit für die Erhöhung der Preise wurde uns in der GPK-Sitzung durch die Stadträtin und den neuen Leiter des AZP plausibel erläutert. Die Botschaft liefert aus unserer Sicht ausserdem die nötigen Informationen, um nachvollziehen zu können, dass höhere Einnahmen unabdingbar sind. Unsere Kommission beschloss nach kurzer Diskussion einstimmig, der Tarifierhöhung zuzustimmen und empfiehlt Ihnen die Vorlage zur Annahme.

Sie alle haben die Botschaft erhalten und – so nehme ich an – studiert. Ich verzichte darauf, jedes Argument wiederzukäuen und beschränke mich auf einige Kernpunkte.

Nachdem das Jahr 2013 mit einem Defizit von 460'000 Franken abschloss, zeichnete sich die Notwendigkeit zur Erhöhung der Preise bereits ab. Damals waren bekanntlich noch die ausserordentlichen Kosten für die Frühpensionierungen für den schlechten Abschluss mitverantwortlich. Auch ohne diese zusätzlichen Ausgaben können die Kosten mit den bestehenden Einnahmen nicht mehr gedeckt werden. Ein Überschuss von 200'000 Franken bis 300'000 Franken jährlich ist mittel- und langfristig nötig, um die Spezialfinanzierungen in genügendem Mass zu öffnen. Für das nächste Jahr ist mit der Erhöhung der Tarife um 5 Franken pro Tag in Einzelzimmern und 3 Franken pro Tag in Zweierzimmern dann auch ein positiver Abschluss mit einem Überschuss von 145'000 Franken prognostiziert. Ohne die Mehreinnahmen von rund 220'000 Franken müsste erneut mit einem Defizit gerechnet werden. Neben der Erhöhung der Zimmerpreise sollen selbstverständlich auch die Kosten überprüft und womöglich gesenkt werden. Insbesondere die Mehrkosten beim Personalaufwand durch temporäre Arbeitskräfte sind unschön. Der neue Leiter des AZP stellte uns in der Sitzung Massnahmen vor, wie diese Kosten in Zukunft gesenkt werden sollen. Wir sind der Überzeugung, dass die Erhöhung der Zimmerpreise ein notwendiger Schritt ist, um das AZP auf Kurs zu halten. Im Namen der geschlossenen GPK für Gesellschaft und Sicherheit empfehle ich die beiden Anträge auf Seite 8 der Botschaft zur Annahme.

**Gemeinderat Lukas Hefti, Referent der Fraktion SP/Gewerkschaftsbund/JUSO:** Zur materiellen Beratung gibt es unsererseits nicht viel zu sagen. Wir wissen, dass das AZP haushälterisch mit seinen Finanzen umgeht. Im Sinne einer guten Pflegequalität und angemessener Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten für das Personal des AZP sind wir mit der Anpassung der Zimmerpreise per 1. Januar 2015 einverstanden und werden den Anträgen zustimmen.

**Gemeinderätin Ursula Duewell, Referentin der Fraktion FDP/SVP/EDU:** In unserer Fraktion war diese Botschaft unumstritten. Da bereits viel gesagt wurde und wir noch eine lange Sitzung vor uns haben, möchte ich mich kurz halten. Die Anpassung der Zimmerpreise im Alterszentrum Park ist unbestritten und ich bitte Sie, die Anträge gutzuheissen.

**Abstimmung Antrag 1:** Der Erhöhung der Einer-Zimmer-Tarife im Haus Ergaten, Talbach und im Betreuten Wohnen um 5 Franken pro Tag per 1. Januar 2015 wird mit 36 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt.

**Abstimmung Antrag 2:** Der Erhöhung der Zweier-Zimmer-Tarife im Haus Ergaten und Talbach um 3 Franken pro Tag per 1. Januar 2015 wird mit 36 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt.

189

## VORANSCHLAG DER STADT FRAUENFELD, DER WERKBETRIEBE, DES ALTERSZENTRUMS PARK FÜR DAS JAHR 2015

**Gemeinderatspräsident Kurt F. Sieber:** Es geht um die Botschaft Nr. 37, Budget der Stadt Frauenfeld für das Jahr 2015, die Botschaft Nr. 37a, Voranschlag der Werkbetriebe der Stadt Frauenfeld für das Jahr 2015 und die Botschaft Nr. 37b, Voranschlag des Alterszentrums Park für das Jahr 2015 des Stadtrats an den Gemeinderat vom 21. Oktober 2014. Die Unterlagen zu diesem Geschäft wurden uns termingerecht im grauen Budgetordner zugestellt. Der Voranschlag umfasst die Register 1 bis 8. Uns liegt der erste Voranschlag nach der neuen Rechnungslegung HRM2 vor und die Verwaltungsreorganisation per 1. Januar 2015 wurde im Voranschlag 2015 berücksichtigt. Weiter stehen uns zur Verfügung:

- Protokoll der GPK Bau, Werke, Umwelt vom Mittwoch, 19. November 2014
- Protokoll der GPK Gesellschaft und Sicherheit vom Montag, 24. November 2014
- Protokoll der GPK Finanzen und Administration vom Mittwoch, 26. November 2014
- Lachsfarbenedes Papier der GPK Finanzen und Administration und der GPK Gesellschaft und Sicherheit

Ich schlage vor, dass wir mit der Eintretensdebatte beginnen, danach folgt die materielle Beratung und anschliessend werden wir über die Anträge einzeln abstimmen. Voten, die grundsätzliche und zusammenfassende Meinungen ohne Antrag zu einer Kontogruppe respektive einem Konto enthalten, können in einer ersten Runde nach dem Eintreten eingebracht werden. Anschliessend kommen wir zu den einzelnen Departementen, wobei wir die laufende Rechnung im Register 3 zuerst unter die Lupe nehmen werden, gefolgt von der Investitionsrechnung in Register 2. Dafür werde ich jeweils den GPK-Sprechern als erste das Wort zu den einzelnen Departementen geben und dann den Fraktionssprechern, bevor das Wort anschliessend für alle Ratsmitglieder offen ist. Die Beratung nach Departementen hat sich an den vergangenen Sitzungen bewährt. Damit mögliche Anträge geordnet und übersichtlich zur Abstimmung gelangen, werde ich innerhalb der Departemente die einzelnen Seiten zur Diskussion stellen, um unseren Auftrag pflichtbewusst auszuführen und die vom Volk erhaltene Kompetenz nach bestem Wissen und Gewissen wahrnehmen zu können. Auf dem Programm steht dann des Weiteren die Beratung des Voranschlags der Werkbetriebe und des Alterszentrums Park sowie die weiteren Register.

Keine Einwände seitens des Rats.

### EINTRETEN

**Gemeinderat Michael Lerch, Referent der GPK Finanzen und Administration:** Für meine Ausführungen zum Budget der Stadt Frauenfeld, der Werkbetriebe und des Alterszentrums Park kann ich nahtlos an meine Ausführungen zu den Finanzplänen anknüpfen. Das Budget 2015 präsentiert sich unter HRM2 in stark veränderter Form. Vieles ist anders und die Vergleichbarkeit mit dem Vorjahr ist nicht vollumfänglich gegeben. Dies hatte auch sein Gutes. Denn so erfragte man zum Teil Zahlen, welche bisher wenig Beachtung fanden, da aufgrund der Vorjahreszahlen jeweils keine Veränderungen vorhanden waren. Der Stadtrat legt uns ein Budget vor mit einem

Defizit von rund 1,6 Mio. Franken. Der erste Budgetentwurf sah sogar noch ein Defizit von sage und schreibe 4,5 Mio. Franken vor. Dank intensiver Sparbemühungen der Amtschefs sowie des Stadtrats konnte das Defizit stark reduziert werden. Zu den drei folgenden Budgets möchte ich hier beim Eintreten nur eine kurze Übersicht geben. Einen guten Überblick finden Sie in der Zusammenfassung auf Seite 11 der Botschaft mit den wichtigsten Zahlen unter dem Titel "Auf einen Blick". Hier sieht man auf einen Blick wirklich das Wichtigste – oder vielleicht doch nicht?

Das Budget der Stadtverwaltung präsentiert sich alles andere als gut, aber nicht aussichtslos. Der Stadtrat budgetiert einen Umsatz von knapp 85 Mio. Franken, die Selbstfinanzierung liegt bei knapp 3 Mio. Franken. Der Selbstfinanzierungsanteil liegt im Moment bei 4,1 %, was als schlecht zu taxieren ist. Die finanzielle Zukunft der Stadtrechnung sieht ebenfalls nicht gut aus. Aber die Situation ist auch nicht hoffnungslos. Denn die Stadt befindet sich in einer guten Verfassung und der Ernst der Lage ist, so glaube ich, inzwischen auch jenen bewusst geworden, welche alles durch eine rosarote Brille anschauen. Somit sind die Voraussetzungen gut, dass wir – das heisst der Stadtrat und der Gemeinderat – das Steuer herumreissen und die Lage wieder verbessern können.

Da im Moment bedingt durch HRM2 noch einige Unsicherheiten vorhanden sind und aufgrund des Finanzplans des Stadtrats sowie der aufgezeigten Sparbemühungen kam vonseiten der GPK Finanzen und Administration eine klare Zustimmung zum Voranschlag der Stadt Frauenfeld mit 5 Ja- bei 1 Nein-Stimmen zustande.

Der Aufwand der Stadtverwaltung gegenüber dem Voranschlag für dieses Jahr nimmt für das nächste Jahr um rund 2,5 Mio. Franken zu. Diese Mehraufwendungen fallen vor allem bei sozialen, Gesundheits- und Altersbereichen an. Der Ertrag der Stadtverwaltung verzeichnet gemäss Budget für das nächste Jahr eine Zunahme von rund 1,2 Mio. Franken. Dies resultiert vor allem aus einem budgetierten Anstieg bei den Steuererträgen, bedingt durch Neuzuzüge und nicht durch Steuererhöhungen.

Bei der Investitionsrechnung der Stadt fällt auf, dass per Saldo sehr hohe Nettoinvestitionen von über 16 Mio. Franken budgetiert werden. Auch der Selbstfinanzierungsgrad von 18 % ist auf einem Rekordtief und der Tiefste in den letzten zehn Jahren.

Beim Voranschlag der Werkbetriebe ist nichts Verdächtiges und Aussergewöhnliches gegenüber dem Vorjahr auszumachen.

Beim Voranschlag für das Alterszentrum Park ist ebenfalls nichts Spektakuläres ersichtlich. Die hohen Restbuchwerte nehmen weiter kontinuierlich ab. Das Alterszentrum Park ist damit grundsätzlich gut auf Kurs.

Nebst der Beurteilung über die Genehmigung des Budgets hat der Gemeinderat gemäss Botschaft zudem über die Besoldungsanpassungen von beantragten 0,65 % der Gesamtlohnsomme und eine Leistungsprämie von 0,1 % zu beschliessen. Die GPK Finanzen und Administration hat diesem Antrag einstimmig zugestimmt.

Ich danke im Namen aller drei GPKs dem Stadtrat sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt und der Betriebe für die einmal mehr sehr sorgfältig erarbeiteten Unterlagen für die drei Budgets für das kommende Jahr. Ein spezieller Dank geht in diesem Jahr an den Finanzchef der Stadt Frauenfeld Reto Angehrn. Dank seines unermüdlichen Einsatzes, seiner Ausdauer und Hartnäckigkeit konnte das Budget nach HRM2 nun zusammengestellt werden. Ich wünsche ihm

und seinem Team weiterhin viel Kraft und Ausdauer bei der bevorstehenden Umsetzung von HRM2. Die GPK Finanzen und Administration beantragt Ihnen einstimmig Eintreten auf die Voranschläge der Stadt, der Werkbetriebe und des Alterszentrums Park. Der Gemeinderat ist dazu ohnehin verpflichtet. Es wurde aber in der GPK auch bereits einmal erwähnt, dass ein Voranschlag nach dem Eintreten aber auch zurückgewiesen werden könne.

**Gemeinderatspräsident Kurt F. Sieber:** Gemeinderat Heinrich Christ musste die Sitzung aus gesundheitlichen Gründen verlassen. Ich wünsche ihm gute Besserung. Das absolute Mehr beträgt immer noch 19.

**Gemeinderat Peter Hausammann, Referent der Fraktion CH/Grüne/GLP:** Vorab besten Dank allen Beteiligten, vor allem dem Finanzchef, für den grossen Aufwand, der mit der Umstellung auf HRM2 sicher verbunden war. Für die Beurteilung der budgetierten Ergebnisse könnte ich eine Kompilation unserer Fraktionsvoten zu den letzten drei Budgets und Finanzplänen vortragen. Zusammengefasst gilt:

Werke und AZP: Die selbstständigen Betriebe sind im grünen Bereich. Die Werkbetriebe schwimmen im Geld. Noch nicht geklärt sind die Buchhaltungs- und Rechnungslegungsgrundlagen. Die RRV und damit HRM2 gilt auch für selbstständige Betriebe, wenn nicht eine gesetzliche Ausnahmebestimmung besteht, und eine solche wurde uns bisher nicht aufgezeigt. Unabhängig davon können im Rahmen fachtechnischer Empfehlungen eigene Kontenpläne verwendet werden und bei den Abschreibungen allenfalls Branchenlösungen angewendet werden. Aber die Abschreibungssätze bei den Werken sind keine solchen Branchenlösungen, sondern das sind willkürlich festgesetzte hohe kalkulatorische Sätze. Hier verlangen wir eine Überprüfung und allenfalls eine Senkung der Gebühren.

Stadtverwaltung, Erfolgsrechnung: Das Defizit von 1,6 Mio. Franken ist keine Überraschung. Besser erwartet, aber nur wenn man wie vorgeschlagen das Verwaltungsvermögen nicht in zehn Jahren, sondern nach der Nutzungsdauer, also im Schnitt etwas über 33 Jahre, abschreibt.

Investitionsrechnung: Netto 16 Mio. Franken ist hoch, aber wir brauchen das. Daran haben wir nichts auszusetzen. Hier fehlt einfach die mehrmals verlangte Unterteilung in drei Prioritätsstufen. Wir haben das schon mehrmals verlangt, aber jetzt glaube ich dem Stadtmann, nächstes Jahr wird es kommen.

Gesamtrechnung Finanzierungsfehlbetrag 13,1 Mio. Franken. Das ist zu hoch. Das heisst, wir haben zu wenig Erträge, um die Investitionen zu einem angemessenen Teil selber zu finanzieren. Die Selbstfinanzierung ist viel zu tief.

Nettovermögen: Das Nettovermögen schrumpft entsprechend, wenn man Finanzierungsfehlbeträge hat, schnell massiv. Ich erinnere an unser Bild vom schmelzenden Schnee an der Sonne.

Noch eine Bemerkung zu Seite 26 der Botschaft, wo auf das Ziel der GPK von mindestens 10 Mio. Franken. Nettovermögen verwiesen wird: Hier vermisse ich den Hinweis auf die Zielvorgabe des Stadtrats selber: 2010 sprach er von 20 bis 40 Mio. Franken, vor etwa zwei Jahren noch von 15 bis 20 Mio. Franken. Etwas anderes haben wir offiziell noch nie gehört.

Eigenkapital sehr hoch. Wegen des korrekten Einbezugs der Spezialfinanzierungen in HRM2 noch höher als bisher.

Fazit: Die Rechnung ist nicht ausgeglichen und wird es mittelfristig auch nicht sein. Das Defizit ist aber unserer Auffassung nach absolut und relativ bezogen auf Umsatz, Gesamteinnahmen und Steuerertrag nicht dramatisch, zumal – der Stadtmann hat es angetönt – wir haben es auch immer gesagt, immer wieder satte Gewinne aus Grundstückverkäufen hereinkommen, die nicht budgetiert sind und die man bei den Rechnungen dann jeweils drin hat, 2002 bis 2013 im Schnitt jeweils 1,6 Mio. Franken pro Jahr. Das ist genau das budgetierte Defizit.

Auch auf der Aufwandseite ist Dramatisierung nicht angebracht. Wenn der Sachaufwand tiefer wird und der Personalaufwand trotz zusätzlicher Stellen immer gleich bleibt, kann dem Stadtrat kaum vorgeworfen werden, er habe nichts gemacht. Es sind die Kosten im Gesundheits- und im Sozialbereich, die steigen. Diese können natürlich nicht einfach nach unten dekretiert werden. Und wo ein Spielraum besteht, stellt sich immer die Frage, ob kurzfristiges Sparen langfristig etwas bringt. Schauen Sie sich die Anträge der entsprechenden GPK an.

Mittlerweile ist offensichtlich: Die letzte Steuerfussenkung war eine zu viel. Ich sage jetzt nicht, das hätten wir damals schon gesagt. Aber ich erinnere Sie daran, dass der Stadtrat und alle Fraktionen damals erklärt haben, man wolle den Steuerfuss flexibler gestalten als bisher, und zwar nach unten und nach oben. Deshalb ist es richtig, wenn im Finanzplan Erhöhungen von zwei Mal 2 % angedacht sind. Wir werden sehen, ob das dann tatsächlich nötig sein wird.

Noch ein paar Bemerkungen zum Eigenkapital: Das ist eine interessante Diskussion, die der Stadtrat zu Recht in der Botschaft angeschlossen hat. Diese Diskussion müssen wir führen. Wir haben in der Fraktion begonnen. Wie wird Eigenkapital reduziert? Grundsätzlich nur über Defizite, nur über Aufwandüberschüsse. Sonst bleibt es hoch. Da können wir gar nichts machen. Und was ist Eigenkapital? Das ist ja eigentlich nur Verwaltungsvermögen plus Nettovermögen minus die Nettoschuld. Und wir haben ja noch ein Nettovermögen. Ist ein hohes oder ein tiefes Eigenkapital gut? Das kann unserer Auffassung nach nicht einfach per se so beantwortet werden. Aber ein hohes Eigenkapital bedeutet:

1. Das Verwaltungsvermögen wird durch relativ viel Eigenkapital gedeckt.
2. Ein gutes Rating für die Stadt, tiefere Zinsen für die Geldaufnahme.
3. Eine hohe Reserve ist gut zur Abfederung von Defiziten und spätestens hier wird es interessant. Je tiefer das Eigenkapital, desto höher das Fremdkapital, desto höher die Schuldzinsen und damit der Aufwand, desto schlechter das Ergebnis der Erfolgsrechnungen. Ich habe lieber ein hohes Eigenkapital.
4. Wie hoch und an welchen Parametern messen? Das ist nicht eindeutig zu beantworten. Es ist abhängig von Ausgaben, Investitionen oder auch ein bisschen von den politischen Vorstellungen, die man hat und auch ein bisschen Ermessenssache. Messen an der Bilanzsumme, wie es offenbar der Kanton tut und wie es in der Botschaft steht: Wenn ja, ist es für uns nicht einsichtig, warum nur 10 % der Aktiven, mindestens 10 % der Aktiven durch das Eigenkapital gedeckt sein sollen.

Wir sind ja die Stadt Frauenfeld und eine öffentliche Hand und nicht eine börsenkotierte Gesellschaft, die ihr Eigenkapital reduzieren muss, um die Eigenkapitalrendite für die Aktionäre zu erhöhen. Zudem mit den auf uns zukommenden Finanzierungsfehlbeträgen – schauen Sie den Finanzplan an, da sind es ja schon 13,1 Mio. Franken – wird der Eigenkapitalanteil ohnehin zurückgehen. Es geht gar nicht anders. Wegen des direkten Zusammenhangs würden wir das Eigenkapital eher an der Erfolgsrechnung messen, also zum Beispiel wie viele mutmassliche Defizite wollen wir absichern? Oder einfacher und eingängiger: Messen zum Beispiel an den Steuerprozenten. Der Kanton spricht interessanterweise bei den Gemeindefinanzkennzahlen für die

Gemeinden von dieser Messgrösse. Er spricht da von einem Eigenkapital im Umfang von 30 bis 100 Steuerprozenten ideal. Darüber hinaus von einem sehr hohen Eigenkapitalpolster. Ein solches hohes Polster hätten 15 von 80 Gemeinden. Der Schnitt lag 2012 sogar bei 60 Steuerprozenten, 2013 bei 63 Steuerprozenten. Wir liegen auch darüber. Wir liegen über diesen 63 Prozenten. Ein Steuerprozent sind 5,65 Mio. Franken. Wir haben also ein sehr hohes Eigenkapital. Aber ein sehr hohes Eigenkapital ist unseres Erachtens überhaupt kein Problem, im Gegenteil. Aber eine Reduktion ist natürlich deshalb grundsätzlich möglich. Dem verschliessen wir uns überhaupt nicht. Das heisst aber auch, Defizite sind unter diesem Aspekt unproblematisch. Es besteht unserer Auffassung nach aber kein automatischer und kein zwingender Grund, das Eigenkapital zu reduzieren, sondern man sollte das nur aus guten Gründen tun. Zum Beispiel könnte man, wie es der Kanton als Regel vorgibt, das bestehende Verwaltungsvermögen in zehn Jahren abschreiben – diese Möglichkeit steht ja auch in der Botschaft drin – und so mit zusätzlichen jährlichen Defiziten von je rund 4 Mio. Franken, (zusammen 40 Mio. Franken) finanziellen Spielraum für die hohen Investitionen nach dieser Zehnjahresperiode schaffen. Ich bin da eher ein bisschen skeptisch. Wir haben das auch schon diskutiert und wir sind uns einig, in den letzten 20 bis 25 Jahren haben wir eher zu viel abgeschrieben und nicht zu wenig. Es ist wahrscheinlich auch schwierig vermittelbar, jedes Jahr 4 Mio. Franken zusätzliche Defizite. Aber es wäre eine Möglichkeit. Oder, das gefällt mir schon sehr viel besser oder fänden wir sehr sinnvoll, man könnte jedes Jahr einen Rechenbetrag für die Förderung von bezahlbarem Wohnraum von insbesondere genossenschaftlichem Wohnungsbau einsetzen. Und wir könnten uns zum Beispiel darauf einigen, bei kleineren ausgewiesenen Defiziten auf eine Steuererhöhung zu verzichten. Im Sinn von Ausgleich Reserve abbauen oder abfedern. Und eines wie budgetiert im Umfang von 3 Steuerprozenten wäre ein solches. Über die genauen Parameter wäre noch zu diskutieren. Wir sind da sehr gespannt, wie Sie das sehen.

Last, but not least vor lauter Eigenkapital die übrigen Finanzkennzahlen nicht vergessen. Finanzpolitische Ziele müssen breit gesetzt und harmonisiert werden. Mit Harmonisierung habe ich begonnen, mit Harmonisierung höre ich auf.

**Gemeinderätin Ursula Duewell, Referentin der Fraktion FDP/SVP/EDU:** Zuerst möchten wir uns beim Stadtrat, bei den verantwortlichen Mitarbeitenden der Stadtverwaltung, der Werkbetriebe und des Alterszentrums Park für die geleistete Arbeit bedanken. Jede Abteilung war bestrebt, Einsparungspotenziale zu finden, um das ursprüngliche Defizit von mehr als 4 Mio. Franken auf 1,6 Mio. Franken zu reduzieren. Ein spezieller Dank geht an Finanzchef Reto Angehrn. Die Umstellung von HRM1 auf HRM2 war eine grosse Herausforderung und das Resultat in Form des Voranschlags der Stadtverwaltung ist bemerkenswert. Gewisse Punkte müssen sicher noch überarbeitet werden, aber sie sind auf gutem Weg. Der Anspruch unserer Fraktion, ein ausgeglichenes Budget vorzulegen, wurde durch die Stadtverwaltung leider nicht erfüllt. Die Finanzkennzahlen, welche nicht mit den Vorjahren vergleichbar sind, zeigen jedoch auf, dass wir finanzpolitisch sehr genau hinschauen müssen. Deshalb werden einige Fraktionsmitglieder bei der materiellen Beratung Änderungs- und Streichungsanträge zu einzelnen Positionen einbringen.

Der Voranschlag der Werkbetriebe budgetiert einen Umsatz von 60,5 Mio. Franken und ordentliche Abschreibungen von 2,4 Mio. Franken. Die Werke planen Nettoinvestitionen von 5,7 Mio. Franken, etwas tiefer als im Voranschlag 2014, wobei uns mitgeteilt wurde, dass im Jahr 2014 weniger ausgeführt wurde als budgetiert. Mit Restbuchwerten von 11,1 Mio. Franken und einem gut unterhaltenen Versorgungsnetz sind die Werkbetriebe für die Zukunft gut gerüstet. Die Fraktion FDP/SVP/EDU wird dem Voranschlag 2015 der städtischen Werke zustimmen.

Der Voranschlag des Alterszentrums Park unterliegt nicht den Richtlinien von HRM2, sondern den Richtlinien der Curaviva. Der Voranschlag wurde bereits mit den soeben genehmigten Anpassungen der Zimmerpreise erstellt. Das Alterszentrum Park weist mit Aufwendungen und Erträgen von 18,4 Mio. Franken eine ausgeglichene Rechnung aus. Die Fraktion FDP/SVP/EDU wird dem Voranschlag 2015 des Alterszentrums Park ebenfalls zustimmen.

Die Fraktion ist grossmehrheitlich für Eintreten in die materielle Beratung.

**Gemeinderat Fredi Marty:** Ich zitiere aus der Medienmitteilung zum Voranschlag 2015, die am 6. November 2014 veröffentlicht wurde. Der entscheidende Satz im Lead wirkte auf mich so, als ob der Stadtrat das Defizit nicht verhindern konnte. Zitat: "Die budgetierte Zunahme der nicht beeinflussbaren Ausgaben übertrifft die Mehreinnahmen aus Steuererträgen und führt zu einem Minus von 1,63 Mio. Franken". Die Rede war auch von intensiven Sparbemühungen und weiterhin hohen Nettoinvestitionen. Natürlich stimmt es, wenn uns der Stadtrat erklärt, dass in den Bereichen Gesundheit und Sozialhilfe wesentliche Kostensteigerungen erwartet werden und es sich hierbei um gebundene Ausgaben handelt. Die Stadt habe faktisch keine Möglichkeiten, darauf einzuwirken. Das glaube ich, aber was mir in diesem Budget fehlt, ist ein echter Sparwille. Es wäre durchaus möglich gewesen, einen ausgeglichenen Voranschlag zu erarbeiten. Der Finanzplan zeigt einen sehr tiefen Selbstfinanzierungsgrad und weist auf eine Neuverschuldung hin. Ohne Sparmassnahmen in der Erfolgsrechnung und in der Investitionsrechnung ist hier keine Besserung in Sicht. Die Defizite 2015 und den folgenden Jahren sind inakzeptabel. Diese sind auch mit Steuerfusserhöhungen nicht auszugleichen. Das Nettovermögen wird bis Ende 2015 von 38,8 auf 25,7 Mio. Franken abgebaut und ab 2017 droht eine Nettoverschuldung. Oder aber wie auf Seite 26 der Botschaft unter "Finanzpolitische Zielsetzungen des Stadtrats" geschrieben steht, sollte das Ziel, ein konstantes Nettovermögen von 10 Mio. Franken ausweisen zu können, weiter verfolgt werden, müssten die Steuern wesentlich angehoben werden. Das ist der falsche Weg. Es ist mir ein Rätsel, wie der Stadtrat bei dieser Finanzlage neue Stellen beantragen kann, wie zum Beispiel bei den Sozialen Diensten oder im Amt für Gesundheit und Alter. Ein Unternehmen in der Privatwirtschaft würde zumindest eine Stellenplafonierung durchziehen, bis sich die Finanzen erholt haben. Mir scheint, der Stadtrat habe keine Lehren aus der Debatte vor einem Jahr gezogen. Auch im Budget 2015 sind, um ein weiteres Beispiel zu nennen, über-rissene Honorare für externe Berater, Gutachter und Fachexperten vorgesehen. Ich werde mir erlauben, in der materiellen Beratung einige Sparanträge zu stellen. "Spare in der Zeit, so hast du in der Not" war offensichtlich nicht das Leitmotiv für den Stadtrat. Mit dieser Finanzpolitik wird die nächste Generation die Lasten zu tragen haben. Aber eigentlich sollte es heute nicht so laufen wie beim Voranschlag 2014. Diese langwierigen Diskussionen mit Anträgen und Gegenanträgen bringen letztlich nicht das gewünschte Resultat. Effizienter und sinnvoller wäre es, wenn der Stadtrat selbst über die Bücher ginge und die dringend nötigen Einsparungen in seinen Departementen vornehmen würde. Deshalb stelle ich hier formell den folgenden Rückweisungsantrag: Der Voranschlag 2015 der Stadt wird an den Stadtrat zurückgewiesen mit dem Auftrag, dem Gemeinderat sei auf die Sitzung vom 14. Januar 2015 ein ausgeglichenes Budget vorzulegen.

**Der Gemeinderatspräsident:** Über den Rückweisungsantrag werde ich am Schluss der Eintretensdebatte abstimmen lassen.

**Gemeinderat Marcel Epper:** Ich möchte beliebt machen, dass wir zuerst über das Eintreten beschliessen und dann in der materiellen Beratung über Rückweisungsanträge befinden. So ist es zumindest vorgesehen in Art. 30 des Geschäftsreglements.

**Gemeinderatspräsident Kurt F. Sieber:** Somit werde ich diesen Antrag bei der materiellen Beratung zur Abstimmung bringen.

**Gemeinderat Thomas Gemperle:** Es kann jedem von uns, auch Ihnen, einmal passieren: Etwas verändert sich und es kommen unerwartete, unausweichliche Kosten auf Sie zu. Die Stadt Frauenfeld steckt in einer ähnlichen Situation. Im Privatleben sehe ich drei legale Möglichkeiten. Entweder machen wir Schulden, wobei wir in dieser Frage wahrscheinlich alle gleicher Meinung sind, dass dies nicht der Weg sein kann. Die zweite Variante, wir fragen bei unserem Chef und dem Volk nach mehr Geld in Form einer Steuererhöhung. Oder wir schnallen den Gürtel enger und sparen. Ich kann es einfach machen. Für mich kommt eine Steuererhöhung nicht in Frage. Dass diese kommen wird, haben wir bereits vor einem Jahr prophezeit. Die Kritik am Budget vor einem Jahr ist scheinbar ungehört verhallt. Jetzt ist die Steuererhöhung aber offiziell in Aussicht gestellt. Ich werde diese vehement bekämpfen. Das Budget in der vorliegenden Form ist dabei ein weiterer Schritt in die Richtung Steuererhöhung. Irgendwann müssen wir das Ruder herumreißen, wenn wir das verhindern wollen. Für mich ist jetzt der Zeitpunkt gekommen. Erfreut nehme ich zur Kenntnis, dass Kollega Marty einen Rückweisungsantrag gestellt hat. Ich werde diesen unterstützen, da er den richtigen Weg aufzeigt. Es ist ein klarer Auftrag an den Stadtrat, endlich ein ausgeglichenes Budget vorzulegen. Sollte die Rückweisung nicht erfolgreich sein, werde ich mithelfen, mit Sparanträgen das Budget zu korrigieren. Sollte auch dies nicht von Erfolg gekrönt sein, bin ich der klaren Auffassung, dass das Volk zu diesem fahrlässigen Defizitkurs, der zu einer Steuererhöhung führen wird, unbedingt befragt werden muss. Ich bin entschlossen, diesen Weg zu gehen. Eine Steuererhöhung darf es nicht geben, bevor wir nicht alle Sparmöglichkeiten ausgelotet haben. Genau hier liegt das Problem. Das Budget 2015 hat immer noch Sparpotenzial. So sind beispielsweise die Spesen stärker zu hinterfragen. Gemäss neuem Besoldungsreglement werden die durch das Ausüben dienstlicher Tätigkeiten notwendigen Ausgaben ersetzt. Es gibt einen Spielraum, was notwendig ist und was nicht. Ich bin überzeugt, dass hier Sparpotenzial enthalten ist. Bei der Stadtentwicklung, der Standortförderung, der familien- und kinderfreundlichen Stadt oder der sehr üppigen Kulturförderung wäre ebenfalls der Rotstift anzusetzen, um nur einige Beispiele zu nennen. Die meisten Kürzungen tun niemandem wirklich weh, ausser vielleicht einigen externen Gutachtern oder gut verdienenden Fachexperten oder privilegierten Minderheiten. Aber das Leben und die gute Entwicklung der Stadt, die hauptsächlich von der Bevölkerung getragen wird, leidet nicht darunter. Wenn gesagt wird, dass der Aufwand bereits reduziert wurde und jetzt immer noch so viele unnötige Leistungen budgetiert sind, lässt dies nur einen Schluss zu: Das Ausmass der Geldverschwendung in der Vergangenheit war noch grösser als bisher befürchtet.

Zusammengefasst: Ich werde den Rückweisungsantrag Marty unterstützen, und falls nicht bedeutende Sparbemühungen vorgenommen werden, das Budget 2015 ablehnen und das Behördenreferendum unterstützen. Das Budget 2015 ist in dieser Form inakzeptabel.

Noch eine Bemerkung zum Schluss: Die Budgetverantwortung ist die wichtigste Aufgabe des Parlaments. Das Budget braucht unsere volle Aufmerksamkeit. Dass an einer solchen Sitzung dann noch andere Traktanden behandelt werden, ist eigenartig. Das Parlament hat das Budget zu diskutieren, ohne dass zeitlicher Druck entsteht. Ich bitte darum, in der nächsten Budgetdebatte keine anderen Geschäfte mehr zu beraten.

**Gemeinderat Andreas Elliker, Referent im eigenen Namen:** Ich habe das Budget 2015 der Stadt Frauenfeld gründlich geprüft. Der Verlust von 1,6 Mio. Franken stört mich. Es ist aber im Moment schwierig zu beurteilen, wo noch gespart werden kann. Es ist ein Sparwille des Stadtrats vorhanden. Man hat an mehreren Stellen Zehntausende von Franken gegenüber dem Vor-

jahr gespart und dies in fast allen Departementen. Man kann weiter sparen, man kann sich auch zu Tode sparen. Dies kann nicht unser Ziel sein. Diverse Leistungen will die Bevölkerung der Stadt Frauenfeld, sei dies der Stadtbuss, die Badi oder die Sportanlagen. Dies kostet uns ein paar Steuerprozente. Der Stadtbusbau wurde mit grossem Mehr vom Volk angenommen. Das Volk weiss aber nicht, wie viele Steuerprozente uns das kostet. Es sind nämlich drei Prozente. Zum Beispiel bei einer Sanierung der Badi ist es wichtig, dass die Frauenfelder Bevölkerung weiss, wie viele Steuerprozente das ausmacht. Aus diesem Grund müssen die Eintrittspreise der Eisbahn, der Badi sowie auch die Ticketpreise des Stadtbusses angeschaut werden, damit der Selbstfinanzierungsgrad dieser Anlagen oder Angebote zunimmt. Bei der Badi wird ein Schritt in diese Richtung getan. Bei den Investitionen müssen nur die nötigsten gemacht werden, vor allem bei den Strassen, die wenig befahren werden, keine Werkleitungen haben, denn jede Investition bringt ihre Abschreibung mit. Diese werden unsere Rechnung in Zukunft stark belasten, wenn diese so hoch sind. Noch zur Bahnhofstrasse: Diese Sanierung ist unbestritten. Die beiden geplanten Kreisel sind für mich aber sehr umstritten, denn diese können zukünftige Verkehrsentslastungsprojekte behindern. Ich werde keinen Streichungsantrag stellen, werde aber ein Projekt mit zwei neuen Kreiseln auf diesem Abschnitt bekämpfen. Der Stadtrat hat einen Teil seiner Arbeit gemacht. Die Budgetdebatte 2014 hat etwas bewirkt. Ich hoffe, er wird diesen Weg weiter einschlagen.

**Stadtmann Carlo Parolari:** Vorab eine Bemerkung an Gemeinderat Thomas Gemperle: Er wünscht, es seien keine weiteren Geschäfte in der Budgetsitzung zu traktandieren. Ich denke, dieser Wunsch geht an die designierte neue Gemeinderatspräsidentin. Ich gestatte mir einfach den Hinweis: Heute vor einer Woche hat der Kantonsrat das Budget bewilligt, das sind wesentlich dickere Bücher, wesentlich grössere Zahlen. Es waren mindestens zehn weitere Traktanden auf der Traktandenliste.

Nun aber zum Eintreten: Die Budgetierung für das Jahr 2015 stand für den Stadtrat ganz unter dem Zeichen von HRM2. Ziel dieses neuen Systems ist eine transparentere Rechnungslegung und eine Durchlässigkeit auf allen drei Staatsstufen. Das Ziel der Transparenz, so denke ich, haben wir erreicht. Wie Sie unschwer feststellen, ist kaum ein Stein auf dem anderen geblieben und das Budget 2015 präsentiert sich völlig anders als in den Vorjahren.

Gleichzeitig hat der Stadtrat Ihnen die bekannte Reorganisation der Verwaltung abgebildet, was zu zusätzlichen Umstellungen und Neustrukturierungen geführt hat. Dazu kam eine Umstellung der Software, die leider wie so oft mit Verzögerungen und Kinderkrankheiten kam. Die ganze Umstellung war für das Finanzamt, aber auch für die Amtsleitungen und den Stadtrat eine grosse Herausforderung. Ich möchte mich an dieser Stelle dem schon mehrfach ausgesprochenen Dank anschliessen. Ich danke dem Finanzchef und seinem ganzen Team für die immense Arbeit und die äusserst kompetente Beratung in diesem Prozess. Der Finanzchef sass uns während des Prozesses im Nacken, heute gibt er uns auch Rückendeckung, falls Fragen auftauchen sollten. Wir sind uns bewusst und haben das auch Ihnen gegenüber immer gesagt, dass noch nicht alles perfekt ist in diesen Unterlagen und vermutlich in den Folgejahren auch noch mit Anpassungen gerechnet werden muss, weil die Vorgaben des Kantons ärgerlicherweise immer noch nicht vollständig vorliegen. Wir sind uns ebenso bewusst, dass die neue Budgetierung für Sie im Parlament eine grosse Herausforderung darstellt, weil Sie in dieser Übergangsphase keine Vergleiche mit den Vorjahren anstellen können. Wir haben immerhin versucht, Ihnen auf den Seiten 13 und 15 der Botschaft einige Eckpunkte aus der alten Gliederung als Vergleich darzustellen. Dort sehen Sie beispielsweise, dass wir den Sachaufwand deutlich gesenkt haben oder dass der Personalaufwand über alles praktisch gleich geblieben ist. Diese Vergleiche sind mit einer gewissen Vorsicht zu geniessen, aber sie sollen Ihnen Eckpunkte geben.

Wenn ich im Namen des Stadtrats über den Gesamthaushalt eine Gesamtbeurteilung machen muss, kann ich festhalten, die Werkbetriebe sind nach wie vor sehr gesund und sie können entsprechend budgetieren, das Alterszentrum Park steht dank einer eben von Ihnen beschlossenen Erhöhung ausgeglichen da und das Stadtbudget verzeichnet einen Aufwandüberschuss von 1,6 Mio. Franken. Letzteres ist selbstverständlich nicht gut. Es mag ein schwacher Trost sein – ich erwähne es trotzdem – dass das Budget 2015 immerhin besser ausfällt als das Budget 2014. Der Verlust wurde damals nicht so ausgewiesen, aber das Budget heute ist besser als das Budget des letzten Jahres. Sie können mir glauben, dass ich nichts lieber getan hätte, als Ihnen mit meinem letzten Budget einen Gewinn oder zumindest ein ausgeglichenes Resultat präsentieren zu können. Wir haben Ihnen in der Orientierung für alle Gemeinderäte dargelegt, dass der Voranschlag trotz straffer Budgetvorgaben in einer ersten Fassung deutlich schlechter daherkam und ein Defizit von rund 4,6 Mio. Franken aufwies. Mit grosser Anstrengung und über alle fünf Departemente hinweg hat der Stadtrat zusammen mit den Amtsleitungen massive Korrekturen vorgenommen und das Resultat der Erfolgsrechnung so um rund 3 Mio. Franken verbessert.

Auch die Investitionsrechnung steht im Vergleich zum Vorjahr um 4,7 Mio. Franken besser da. In meiner zwölfjährigen Amtsdauer hat der Stadtrat noch nie eine solche Rosskur durchziehen müssen, um ein einigermaßen passables Resultat vorweisen zu können. Es hat mich deshalb schon nicht ganz unberührt gelassen, als ich in der Zeitung lesen musste, ich liesse die Zügel schleifen und meine Kolleginnen und Kollegen munter gewähren. Das pure Gegenteil ist der Fall, und ich bitte Sie wirklich, dies auch entsprechend zur Kenntnis zu nehmen.

Auch wenn es einige von Ihnen vielleicht nicht gern hören, ich wiederhole es trotzdem. Die Stadt Frauenfeld hat den Steuerfuss seit 1999 um satte 25 Steuerprozentpunkte gesenkt. Dazu kamen in den letzten rund 15 Jahren zahlreiche Steuerreformen des Kantons. Grob gesagt sind dadurch die durchschnittlichen Steuerbelastungen auf dem Einkommen in Frauenfeld um 25 % gesunken. Festzuhalten ist auch, dass Frauenfeld im Vergleich mit den sechs anderen grossen Städten im Thurgau den tiefsten Steuerfuss aufweist. Ausser Kreuzlingen weisen alle diese Städte für das nächste Jahr ebenfalls Defizite aus. Kreuzlingen ist positiv, aber hat immerhin einen 10 % höheren Steuerfuss als Frauenfeld. Ich habe dies ebenfalls in der Orientierungssitzung für alle Gemeinderäte gesagt, ich wiederhole es gern nochmals: Aus heutiger Sicht war die letzte Steuerfussreduktion 2012 um drei Steuerprozentpunkte eine zu viel. Mögen Sie sich noch erinnern, aus Ihrem Rat standen damals Forderungen von 5 bis 8 % im Raum. Jemand, der immer noch hier sitzt, hat sogar gesagt, es lägen locker 10 % drin. Ein Steuerprozent entspricht 565'000 Franken. Gemeinderat Hausammann, Sie haben da eine Null zu viel erwähnt. Es sind nicht 5,65 Mio. Franken, sondern 565'000 Franken. Im Sinn eines politischen Kompromisses hat der Stadtrat dann von sich aus eine Reduktion um 3 % vorgeschlagen und der Rat hat dies so angenommen. Heute müssen wir feststellen, dass uns genau diese drei Steuerprozentpunkte fehlen. Ich möchte Sie ebenfalls an die Diskussionen zum obligatorischen oder fakultativen Referendum zum Budget bei der Revision der Gemeindeordnung erinnern. Ihr Rat hat damals grossmehrheitlich entschieden, das Budget nicht mehr obligatorisch der Volksabstimmung zu unterbreiten. Ein wesentliches Argument in dieser Diskussion war, dass die Position des Gemeinderats gestärkt werden soll und er in der Frage des Steuerfusses flexibler reagieren können soll. Man könne den Steuerfuss so rascher senken, ihn im Bedarfsfall aber auch einmal wieder erhöhen.

Wie ist dieses Budget beziehungsweise dieses Defizit im Voranschlag der Stadt nun einzuschätzen? Wir alle diskutieren heute über zum Teil sehr grosse Zahlen, die wir uns nur schwer vorstellen können. Ich gestatte mir daher, Ihnen ein Bild zu skizzieren und Ihnen ein Gespür für diese Zahlengrössen zu geben. Sie brauchen mir nachher nicht zu sagen, dass mein Vergleich zum Teil hinke, das weiss ich selber, aber es geht mir darum, Ihnen Grössenordnungen vermitteln zu

können. Streichen Sie zum Beispiel einfach mal drei Nullen bei den Zahlen auf Seite 11 ("Auf einen Blick") der Botschaft und stellen Sie sich dabei einen kleinen Familienbetrieb vor. Der Vater führt ein Dienstleistungsunternehmen und macht einen Umsatz von rund 80'000 Franken. Seine Frau arbeitet als Spitexpflegerin auf eigene Rechnung und macht einen Umsatz von rund 20'000 Franken. Sie ist über einen Tarif finanziert. Der Sohn ist Elektriker, wohnt noch zu Hause bei den Eltern und arbeitet auf eigene Rechnung, macht einen Umsatz von rund 60'000 Franken, liefert daheim etwas für Kost und Logis ab. Sie bemerken vielleicht die Parallelen. Bei der Budgetierung für das nächste Jahr stellt der Vater nun fest, dass er in seinem Dienstleistungsunternehmen trotz Sparanstrengungen ein Defizit von mutmasslich 1'600 Franken einfahren wird. Er weiss nun aber, dass die ganze Familie über ein Vermögen von 120'000 Franken verfügt. Er selbst hat 90'000 Franken auf der Kante, 40'000 Franken davon flüssig, der Rest in Immobilien und Inventar. Und nun Hand aufs Herz. Hätten Sie in dieser Situation wegen eines mutmasslichen Defizits von 1'600 Franken bereits schlaflose Nächte?

Vielleicht haben Sie vor ein paar Tagen die eben erschienenen statistischen Mitteilungen des Kantons über die Finanzlage der Gemeinden auch bereits studiert. Das Fazit daraus: Die Gemeinden stehen finanziell nach wie vor gut da, insbesondere das Eigenkapitalpolster ist komfortabel. Die Gemeinden spüren deutliche Mehrbelastungen in den Bereichen Gesundheit und soziale Wohlfahrt. Die Gesundheitskosten haben beispielsweise im Durchschnitt um 14 % zugenommen, die Sozialausgaben um 2 %. Ich verweise dazu auch auf unsere Darstellung in der Botschaft auf Seite 20. Die meisten Gemeinden weisen jedoch auch eine niedrige Bruttoverschuldung aus. Wir konnten die Verschuldung in den letzten Jahren um 30 Mio. Franken reduzieren. Seit rund drei Jahren ist der finanzielle Spielraum für Investitionen jedoch enger geworden. Generell hat sich im Schnitt auch der Selbstfinanzierungsgrad verschlechtert. Dieses Fazit des Kantons über alle Gemeinden lässt sich praktisch eins zu eins auf die Stadt Frauenfeld adaptieren. Besonders interessant sind die Ausführungen zum Eigenkapital der Gemeinden. Herr Hausammann hat es erwähnt. Darüber werden Sie sich wohl auch in Zukunft noch mehrfach unterhalten müssen oder wollen. In der Gemeindestatistik setzt der Kanton das Eigenkapital in Relation zur Steuerkraft und weist die Kennzahlen demzufolge in Steuerprozenten aus. Ein Eigenkapital von 0 bis 30 Steuerprozent bedeutet ein knappes Eigenkapital, es gibt Gemeinden, die haben 10 Steuerprozent Eigenkapital. 30 bis 60 Steuerprozent gilt als ausreichendes, sprich ideales Eigenkapital, 60 bis 100 Steuerprozent ein hohes Eigenkapital und über 100 Steuerprozent ein sehr hohes Eigenkapital. Wenn Sie diese Statistik anschauen, stellen Sie fest, dass Frauenfeld bei über 130 Steuerprozent liegt. Die Statistik basiert noch auf HRM1. Wenn ich das Ganze auf HRM2 umrechne und auch nur die Stadtverwaltung ohne Werkbetriebe und Alterszentrum rechne, komme ich auf überaus stolze 161 Steuerprozent Eigenkapital. Gemeinderat Gemperle hat drei Möglichkeiten erwähnt, wie man mit einem solchen Budget umgehen kann. Es gibt auch noch eine vierte: Sie können bei Bedarf auch das "Sparbüchlein" vielleicht etwas anknabbern und müssen sich dann nicht zu Tode sparen. Ich überlasse es Ihrer Beurteilung, ob vor diesem Hintergrund eines wirklich sehr hohen Eigenkapitals mit über 160 Steuerprozent ein Defizit von 1,6 Mio. Franken als "desaströs" bezeichnet werden kann, wie das auch schon gemacht worden ist. Ich und mit mir der Stadtrat teilt diese Ansicht nicht.

Ich komme zum Schluss. Der Stadtrat und alle Budgetverantwortlichen haben in einem teilweise schmerzhaften Prozess jede einzelne Budgetposition hinterfragt und massive Sparanstrengungen unternommen. Trotzdem ist unter dem Strich ein Fehlbetrag geblieben. Wenn weitere substanzielle Kürzungen an diesem Budget vorgenommen werden, läuft das zwangsläufig auf einen Leistungsabbau, auf Vernachlässigung des Unterhalts oder auf ein Abbremsen der positiven wirtschaftlichen Entwicklung Frauenfelds hinaus. Man kann sich auch totsparen. Gemeinderat Elliker hat das Wort auch gebraucht. Wenn Sie beispielsweise wie angekündigt in den Bereichen

Planungen, Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung und Kommunikation die Mittel zusammenstreichen wollen, so wird sich unsere Stadt nicht mehr wie in der Vergangenheit und auch nicht wie von einem Grossteil der Bevölkerung künftig erwartet weiterentwickeln können. Aus diesem Grund gibt es aus der Sicht des Stadtrats keinen Anlass, dieses Budget zurückzuweisen, es abzulehnen oder gar dagegen das Referendum zu ergreifen.

**Der Ratspräsident:** Den Voten entnehme ich, dass das Eintreten unbestritten ist.

## MATERIELLE BERATUNG

**Gemeinderat Peter Wildberger, Referent GPK Finanzen und Administration:** Zu Beginn der materiellen Beratung an der Sitzung der GPK Finanzen und Administration vom 26. November 2014 wurde ein Antrag auf Rückweisung des Budgets gestellt mit der Forderung, es solle ein ausgeglichenes Budget unter Inkaufnahme eines Leistungsabbaus präsentiert werden, um damit eine Steuerfusserhöhung in den nächsten Jahren zu vermeiden. Das Budget sei unter zu wenig Spardruck entstanden, der Staat ufere aus. Der Rückweisungsantrag wurde in der Kommission mit 5 zu 1 Stimmen abgelehnt. Hauptbegründung war, im Budgetprozess seien alle Positionen nochmals auf Sparpotenzial überprüft und dabei das ursprüngliche Defizit von 4,5 Mio. Franken auf 1,6 Mio. Franken reduziert worden.

**Gemeinderatspräsident Kurt F. Sieber:** Wir kommen jetzt zum Rückweisungsantrag von Gemeinderat Fredi Marty. Ich lese den Wortlaut noch einmal vor. Der Voranschlag 2015 der Stadt wird an den Stadtrat zurückgewiesen mit dem Auftrag, dem Gemeinderat sei auf die Sitzung vom 14. Januar 2015 ein ausgeglichenes Budget vorzulegen.

**Gemeinderat Christoph Regli, Referent der Fraktion CVP/EVP/EDU:** Dieses Jahr war die Erstellung des Budgets sicher eine besondere Herausforderung. Nicht nur weil man herausfinden musste, dass es neu so heisst und nicht mehr Voranschlag. Vielmehr war vor allem HRM2 mit vielen neuen Kontogliederungen und Abschreibungsthematiken und die neue Departementsaufteilung eine richtige Herausforderung. Bis auf Stufe Abteilung mussten neue, detaillierte Überlegungen gemacht werden. Herzlichen Dank für den besonderen Einsatz an alle Beteiligten. Insbesondere danken wir aber Reto Angehrn, dass er diese beiden Projekte erfolgreich durchgezogen hat. Auch der gesamte Stadtrat musste sich dieses Jahr mit diesem besonders grossen Wurf auseinandersetzen. Es war sicher nicht immer einfach, sich in diesem Zahlenwirrwarr zurechtzufinden, geschweige denn die Übersicht zu behalten. Wir sind der Meinung, dass ihm das Gesamtwerk gelungen ist, und danken ihm insbesondere auch dafür, dass er in der zweiten und dritten Lesung noch zwei bis drei Millionen herausgequetscht hat.

Wir müssen uns aber bewusst sein, dass sich dieses Budget auch trotz des Streichkonzerts vermutlich in einigen Positionen als knapp erweisen wird. Ob und wie dann alles herauskommt, werden wir ohnehin erst in der Rechnungslegung im Mai 2016 sehen. Beim Finanzplan, so haben wir von unserem Sprecher gehört, werden wir uns derzeit weder für, noch gegen eine Steuererhöhung für die Zukunft aussprechen. Er hat es mit Ungenauigkeit und verschiedenen Unsicherheiten sehr gut begründet. Die Lockerheit ist gerechtfertigt. Mir hat auch das Familienbeispiel unseres Stadtmanns gut gefallen. Und auch dies hat die Lockerheit gerechtfertigt. Die drei Steuerprozentente fehlen nur dann, wenn nicht ein durchschnittlicher Gewinn eines Grundstückverkaufs entstehen sollte. Der Stadtrat hat weitestgehend auf das Notwendige reduziert. Wenn mehr gekürzt werden soll, was ja mit der Rückweisung erreicht werden soll, dann sind

das politische Entscheide. Entscheide für weitere Verzichte werden hier im Gemeinderat gefällt. Entsprechend lehnen wir diesen Rückweisungsantrag ganz klar und einstimmig ab.

**Gemeinderat Peter Hausammann, Referent der Fraktion CH/Grüne/GLP:** Im Namen unserer Fraktion bitte ich Sie, den Rückweisungsantrag Marty abzulehnen. Ich kann es kurz machen. Ich verweise auf die Beurteilung des Budgets und der Finanzlage der Stadt beim Eintreten. Es ist kein Grund ersichtlich, dieses Budget zurückzuweisen.

**Abstimmung:** Der Rückweisungsantrag von Gemeinderat Fredi Marty wird mit 2 Ja-Stimmen, 31 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

Eine Vorbemerkung **des Ratspräsidenten:** Es ist ein Lachsfarbenedes Papier der GPK Finanzen und Administration und der GPK Gesellschaft und Sicherheit eingegangen. Somit ist die Grundlage für die materielle Beratung der graue Ordner mit den Ergänzungen des Lachsfarbenen Papiers. Falls Ratsmitglieder mit den Ergänzungen des Lachsfarbenen Papiers nicht einverstanden sind, können sie bei der Beratung der entsprechenden Seite Anträge stellen.

**Gemeinderat Peter Wildberger, Referent der GPK Finanzen und Administration:** Zuerst eine allgemeine Bemerkung: Da viele Konten neu gegliedert sind und keine Vergleichszahlen aus früheren Jahren vorliegen und einige Konten wie zum Beispiel Telefonkosten von den verschiedenen Ämtern noch nicht ganz einheitlich gehandhabt werden, wurden in unserer Beratung der Kommission viele Fragen gestellt, die vom Finanzchef Reto Angehrn jedoch gut beantwortet und geklärt werden konnten. Ich verzichte hier auf praktisch alle diese Fragen und beschränke mich auf wesentliche Diskussionen.

**Der Gemeinderatspräsident:** Bevor wir uns mit den einzelnen Departementen befassen, kommen wir nun zu den Voten, die grundsätzliche oder zusammenfassende Meinungen ohne Antrag zu einer Kontogruppe respektive einem Konto enthalten.

**Gemeinderat Christoph Regli, Referent der Fraktion CVP/EVP/EDU:** Das diesjährige Budget war nicht nur für den Finanzchef, den Stadtrat und die verschiedenen Amtsleiter eine Herausforderung, sondern war und ist es auch für uns. Packen wir es an, und zwar mit einem gesunden Mass an Vertrauen in die vor uns Beteiligten. Bei so vielen Umstellungen vor allem wegen HRM2, aber auch der neuen Gliederung der Departemente ist es nicht einfach, die Übersicht zu haben. Wir dürfen auch feststellen, dass der Sachaufwand geringer ausfällt als in den Vorjahren und bei den Personalkosten die Lohnerhöhungen und die neuen Stellen detailliert ausgewiesen sind. Dank dieser Fortschreitung der Geschichte stimmen wir dem Budget grundsätzlich zu.

Über den Finanzplan und unsere Lockerheit haben wir bereits informiert. Einige Punkte erscheinen uns aber dennoch erwähnenswert. Weil unsere Aussage nicht mit Anträgen verbunden sind, werde ich sie, sofern die Zeit reicht, in kompakter Form vorbringen, damit es kein "Geläuf" gibt. Ich habe ja auch beim Eintreten Zeit gespart.

Konto 1200.3102.00: Ob da wirklich 48'000 Franken gespart werden könnten, wird sich weisen. Uns ist es jedenfalls wichtig, dass Kündigungsfristen sauber eingehalten werden und vorgängig klar überprüft wird, über welche anderen Printmedien die entsprechende Kommunikation stattfinden kann. Wir denken da insbesondere an Monatsausblicke der Veranstaltungen,

Vereinsanlässe und Entsorgungsmöglichkeiten. Allein aufs Internet setzen? Dafür scheint uns die Zeit noch nicht reif. Alles in frauenfeld.ch zu würgen, würde dessen Funktion unseres Erachtens stark einschränken und es erscheint ja nur vier Mal jährlich. Entsprechend sind wir hin und her gerissen, ob 0 Franken, 24'000 Franken oder 48'000 Franken zur Verfügung stehen müssten, stellen aber diesbezüglich keinen Antrag.

1412.3132.81, Honorare etc. bei Stadtentwicklung und Standortförderung: Grosse Positionen sind insbesondere in den 3132er-Konti zu finden. Somit wäre es auch möglich, hier schnell viel Geld zu sparen. Doch sind wir ein Dorf oder eine Stadt? Wollen wir nur Bestehendes erhalten oder uns entwickeln? Wie sieht es langfristig aus, wenn wir diese Kosten einfach zusammenstreichen? Unsere Antworten darauf: Wir wollen eine Stadt sein, wenn auch eine sparsame. Es soll vorausgeschaut werden, vielleicht sogar mit Visionen. Ob diese Visionen dann angebracht werden, ist nicht Sache eines einzelnen Mitglieds des Stadtrats oder des Budgets. Nein. Die Entscheidung betreffend diese Ausgaben trifft der Gesamtstadtrat in traditionell rüchhaltender Manier. Ob diese Planungen und Visionen umgesetzt werden, wird unser Rat entscheiden, sei es im Budget oder im Rahmen der Beratung einer Botschaft. Dies ist aber nicht ohne eine Planung der Grundlagen möglich. Ich denke sowohl an die Machbarkeit als auch die zu erwartenden Kosten. Geben wir hier dem Stadtrat also den nötigen Spielraum.

3120 Hallen-, Frei- und Sprudelbad: Wir sind für gute Sportanlagen, die zu günstigen Konditionen benützt werden können. Wir haben bei der Badi auch drei Tatsachen, denen wir ins Auge schauen müssen. Erstens wird es immer enger bei der Nutzung, zweitens werden insgesamt doch beträchtliche Steuergelder ins Defizit investiert, obwohl man natürlich auch hier nach dem Verursacherprinzip handeln könnte, und drittens sind, wie wir vernommen haben, etwa 50 Prozent auswärtige Nutzer, und zwar nicht nur aus der näheren Umgebung und nicht nur Feriengäste. Natürlich haben wir eine Zentrumsfunktion und deshalb eine schöne Badi. Natürlich könnten wir uns auch noch einen besseren Ausbaustandard wie zum Beispiel einen Wellnessbereich vorstellen. Die jetzige Situation muss aber mindestens erhalten und das Defizit möglichst klein bleiben. Aus diesen Gründen sind wir für eine rechte Erhöhung der Eintrittspreise, wenn auch ein Tarif für Einheimische auf alle Abokategorien eingeführt wird. Kostendeckend wären wir mit 16 Franken. Sollte die Rechnung wegen eines massiven Wegfalls der Auswärtigen nicht aufgehen, hätten wir wenigstens den Vorteil des "Mehrplatzes" oder vielleicht sogar des "Genügendplatzes". Die Einwohner von Nachbargemeinden müssen dann selbst schauen, ob sie vielleicht von ihren eigenen Gemeinden eine Rückvergütung zugesprochen erhalten.

Departement 4 Gesundheit und Alter: Im Departement Gesundheit und Alter wird es aus verschiedenen Gründen teuer. Diese sind auf Neuzuteilungen im Rahmen der Departementsgliederung, zum Beispiel Arbeitssicherheit, frühere Zusatzaufgaben, Krankenkassengeschichte und vor allem aber auch auf gesetzlich vorgeschriebene Kosten zurückzuführen, und diese werden nicht geringer. Wenn wir den Tatsachen ins Auge schauen, dass wir erstens vom Jahr 2000 bis 2020 rund 40 Prozent mehr über 80-jährige Einwohner haben und zweitens der Regierungsrat ein Moratorium betreffend der Ausgaben Altersheim erlassen hat. Auch aufgrund der verschiedenen Zusatzaufgaben, die diesem Departement in den letzten Jahren zugeteilt wurden, ist die Schaffung der Stelle eines Amtsleiters fällig – überfällig – und deshalb bei uns ein absolut unbestrittenes Thema. So viele direkt Unterstellte sind einem Mitglied des Stadtrats nicht zuzumuten, wenn wir davon ausgehen, dass dieser so und so viel operativ tätig sein soll pro Tag. Hier braucht es übrigens eine sehr gut qualifizierte Person. Deshalb ist unseres Erachtens auch eine Kombination mit der Anlaufstelle für das Alter ausgeschlossen. Niemand stellt einen Bauleiter zu einem höheren Pensum an, damit er das Pensum eines Büromitarbeiters reduzieren kann. Diese Anlaufstelle finden wir aufgrund des vernünftigen Alterskonzepts wichtig und absolut nötig für

den Bezug. Über die Prozentzahlen lässt sich streiten, sei es beim Bauleiter oder beim Büromitarbeiter, also beim Amtsleiter oder bei der Anlaufstelle. In der jetzigen Phase, wo der Einführungspunkt der Amtsleitung noch nicht bekannt ist, über eine Reduktion der Planungs- und Projektierungskosten zu diskutieren, finden wir falsch. Wir vertrauen darauf, dass auch in diesem Budgetposten nur ausgegeben wird, was nötig ist.

5112, Berufspraktika; 5110, Sozialhilfe und Beratung: Wir unterstützen die Änderungsanträge der GPK Gesellschaft und Sicherheit betreffend die Wiedererhöhung der Budgetposten Berufspraktika und Beschäftigungsprogramm 55plus einstimmig. Diese Kosten können unseres Erachtens einen guten Beitrag für längerfristige Lösungen leisten.

Bei den Werkbetrieben ist es eine unspektakuläre fortschreitend positive Geschichte mit Ausnahme der separat beschriebenen Stellenanpassungen, die uns einstimmig gut begründet zu sein scheinen.

2131.50100.56 respektive 2150.50100 Projekt Bahnhofstrasse: Natürlich ist es unschön, dass die Leitungen für Gas und Wasser hundertjährig sind und entsprechend ein Ersatz in nächster Zeit unausweichlich ist. Aber mit diesem Argument Verkehrspolitik zu betreiben, ist völlig falsch und schlicht und einfach auch frech, finden wir. Weil aber zugesagt wurde, dass es für das Strassenprojekt eine separate Botschaft geben wird, werden wir uns erst dann dagegen wehren, aber mit allen Mitteln. Erst dann wird ja im Detail deutlich sein, welche Bauten mit falscher Signalwirkung für die Zukunft wirklich vorgesehen sind. Und diese sind abzulehnen respektive zu bekämpfen. Wir glauben nicht daran, dass dieser Investitionskredit 2015 zu bezahlen ist.

Betreffend Alterszentrum Park möchten wir uns nur zu einem Punkt äussern, da das Budget faktisch auch nur eine zwingende Fortschreibung der Vergangenheit ist. Wir sind sehr darüber erfreut, dass beim Tageszentrum die Auslastung trotz Mehrangebot sehr gut ist. Das Tageszentrum ist eine wichtige Entlastung für Angehörige von Demenzzkranken. Dank diesem sind auch enorme Einsparungen von Gesundheits- und Sozialkosten möglich. Tragen wir also Sorge zu dieser Freiwilligenarbeit. Dass nun auch ein Überwachungsangebot besteht, macht uns stolz, und wir sind sicher, dass dieses einer Kantonshauptstadt gut ansteht. Wie vorher gesagt, letztlich auch im eigenen finanziellen Interesse der Stadt, da diese Kombination privates Tageszentrum eine sehr günstige Betreuungsform ist.

Wir bedanken uns nochmals für die Streichung der zwei bis drei Millionen zwischen der ersten und der dritten Lesung, den Beteiligten für ihren Einsatz für dieses grosse Werk und wünschen uns für alle anderen Parteien auch, dass wir genügend Vertrauen haben in den Stadtrat, dass die Umsetzung mit bestem Wissen und Gewissen angegangen wird. Wir werden den Anträgen einstimmig zustimmen.

Abschliessend noch zwei kleine Wünsche: Bitte legen Sie nächstes Jahr die Landkreditkonti und die Schuldenliste bei.

**Gemeinderat Pascal Frey, Referent der Fraktion SP/Gewerkschaftsbund/JUSO:** Wir haben ein Defizit von ca. 1,6 Mio. Franken. Ist das gut? Nein. Aber eigentlich ist es das, was wir uns schon lange gewünscht haben. Nein, nicht das Defizit an sich, sondern die ehrliche Abrechnung, bei der nicht einfach an den Abschreibungen geschraubt wird, bis das Budget ausgeglichen ist. Nun haben wir eines und einige von uns schrecken auf. Die Situation erinnert ein wenig an letztes Jahr, wo wir eigentlich am gleichen Ort waren. Damals wurde der Himmel als sehr getrübt wahrgenommen. Der Finanzplan zog als düstere Vorahnung in den Saal. Diesmal hat der Stadt-

rat das Sparpotenzial ausgelotet und beinahe drei Millionen zusammengestrichen. Somit ist wohl alles "nice to have" draussen und nur noch die wichtigen Dinge drin. Klar, irgendwo werden sich wohl hier noch 1'000 und da noch 1'000 Franken finden lassen, die sich wegstreichen liessen, ohne dass man es spürt. Aber grosse Brocken finden wir nicht mehr. Entsprechend sind wir nicht bereit, weitere Einsparungen hinzunehmen. Denn wir sind der Meinung, dass diese zu einem Leistungsabbau führen, den wir nicht bereit sind mitzutragen. Gerne wiederhole ich hier, was ich in der Debatte zum Voranschlag 2012 gesagt habe. "Wenn wir nun auch noch eine Steuersenkung um 3 % dazu vorgelegt bekommen, wirft das schon einige Fragen auf. Vor allem, wenn wir wissen, dass nächstes Jahr und in den nachfolgenden Jahren erhebliche Investitionen auf uns zukommen. Wir finden es unnötig, in zwei Jahren bereits wieder über die Erhöhung des Steuersatzes zu diskutieren. Um eine Stadt von der Grösse Frauenfelds am Laufen zu halten, sind die absehbaren Investitionen nötig und nicht einfach auf die nachfolgenden Jahre verschiebbar." Im Schlussabschnitt dann dieser Satz: "Mit der Steuerfussenkung können wir uns nicht einverstanden erklären, da das Umfeld dazu nicht stimmt." Somit möchte ich Ihnen hier und heute nochmals sagen, dass es nicht angeht, zuerst die Steuern zu senken, solange man noch etwas auf der hohen Kante hat, und dann noch zu sagen, man habe ein strukturelles Problem, man müsse dringend Leistungen abbauen und Investitionen auf später verschieben. Nein. Da machen wir nicht mit. Auch wenn es unpopulär ist, die Steuern zu heben, aber es ist immer noch die anständigere Art, als Leistungen zu streichen. Ich bitte Sie, sich daran zu erinnern, dass der Stadtammann in seinen Ausführungen zur Steuererhöhung in der Fragestunde und auch heute wieder gesagt hat, die Mehrkosten pro Haushalt sind nicht immens. Er hat auch zugegeben, dass die letzte Senkung eine zu viel war. Nein, fair finde ich es auch nicht, dass unsere Einwohner wieder mehr Steuern bezahlen müssen, unter anderem auch, weil wir wohl mit der anstehenden Unternehmenssteuerreform die Firmen entlasten werden, aber ihnen trotzdem ein gutes Umfeld bieten. Ich denke da zum Beispiel an den Technologie- und Innovationspark, den die Stadt mit dem Kanton aufbauen will und dafür 200'000 Franken bereitstellt. Bei der Jugend heisst es ja immer, dass sie hier die Initiative ergreifen muss, damit die Stadt ihnen hilft. Hier ist es anscheinend umgekehrt. Verstehen Sie mich nicht falsch. Wirklich, ich finde das Projekt gut und unterstützenswert, dennoch vermissen wir die Eigenleistung der Industrie. Wenn Sie also nun konsequent sein wollen, müsste auch hier ein Streichungsantrag kommen, der die Innovation von unten fördert. Wir sind also nicht bereit, weitere Einsparungen vorzunehmen, wenn damit ein Leistungsabbau herbeigeführt wird oder nötige Investitionen auf später verschoben werden. Denn wir möchten nicht stehen bleiben und auch keinen Investitionsklumpen aufbauen.

Zum Schluss möchte ich noch den Effort erwähnen, der für die Umstellung von HRM1 auf HRM2 geleistet wurde. Leider sind noch einige Schnitzer vorhanden. Wir hoffen trotzdem, dass diese baldmöglichst ausgemerzt werden können, und haben auch Verständnis dafür.

Die Werke sind weiterhin gut auf Kurs. Da haben wir nichts anzumerken.

Für das AZP haben wir heute Abend mit der Erhöhung der Zimmerpreise auch vorgesorgt, damit diese weiterhin erfolgreich bewirtschaftet werden können.

**Gemeinderätin Ursula Duewell, Referentin der Fraktion FDP/SVP/EDU:** Ich gebe an dieser Stelle kurz eine Übersicht über Änderungsanträge, die im Namen unserer Fraktion gestellt werden.

Eine Reduktion der Beiträge für Auslandshilfen, Rückweisung der Änderung der GPK Gesellschaft und Sicherheit im Amt für Soziale Dienste, Reduktion der Anlaufstelle Koordination im Alter auf

40 %, Kürzung bei der Planung und Projektierung Dritter sowie bei diversen Honoraren externer Berater, die ebenfalls im Amt für Gesundheit und Alter anfallen und bei den Investitionen beim Objektkredit Ellikerstrasse bis Grofenwies . Jeder Streichungsantrag tut irgendwo weh. Es ist aber unsere Pflicht, als Volksvertreter genau hinzuschauen, welche Ausgaben wirklich nötig sind. Nur bei den vorher erwähnten Anträgen sieht die Fraktion noch Spielraum. Dies immer mit dem Ziel, bei gleichbleibendem Steuerfuss ein möglichst ausgeglichenes Budget zu erzielen. Ich bitte Sie im Namen der Fraktion, diesen Änderungsanträgen zuzustimmen.

**Gemeinderat Peter Hausammann, Referent der Fraktion CH/Grüne/GLP:** 2340.3140.00 Baukosten Unterflurcontainer (UFC), 100'000 Franken: Die Umstellung auf Unterflurcontainer ist eine grössere Geschichte. Sofern es nicht um ein Pilotprojekt von ein, zwei oder drei Anlagen geht, sondern um die tatsächliche Umstellung, auch wenn sie etappenweise erfolgt, braucht es eine Botschaft in unserem Rat, damit wir das Vorhaben fundiert beurteilen und die erforderlichen Mittel, die sicher über 300'000 Franken liegen würden, allenfalls bewilligen können. Ich weise in diesem Zusammenhang auf Art. 56a ff. der GO. Diese Bestimmung haben wir im Rat ja der Exekutive mehr oder weniger abtrotzen müssen, damit nicht einfach die Kredite mit dem Budget durchrauschen, sondern dass es da eine Botschaft braucht. Und diese Bestimmung muss natürlich eingehalten werden. Ich habe mit dem zuständigen Stadtrat gesprochen. Man hat mir bestätigt, dass es im Budget 2015 um eine erste Anlage im Sinn eines Pilots geht. Erst dann wird entschieden, ob die Umstellung komme, und wenn ja, dann gäbe es eine Botschaft.

**Gemeinderat Christian Mader:** 5203.3632.80 Beitrag an Tagesschulangebot Frauenfeld: Im Oberwiesen wurde die erste Tagesschule eingerichtet. Dies war für viele wichtig und richtig, weil in diesem Quartier doch etliche Working Poor leben. Die zweite Tagesschule in Huben wurde dann im Zug des Erweiterungsbaus der Schulanlage und der kantonalen Vorgaben in Betrieb genommen. Im Huben lebt aber definitiv eine andere Bevölkerungsstruktur. Hier geht es eher in Richtung Wohlstandsausbau. Nun liegt im Budget eine stolze Erhöhung von 120'000 Franken vor, die für die dritte Tagesschule, nämlich Langdorf, eingesetzt wird. Gemäss Rücksprache mit den Schulverantwortlichen ist die vierte Tagesschule spruchreif geplant. Wir haben auf der Primarschulstufe neun Schulanlagen in Frauenfeld. Wir wissen, dass weitere Tagesschulen wahrscheinlich folgen werden. Heute teilen sich Stadt und Schulgemeinde die Betriebskosten je zur Hälfte. Ich rege hier zuhanden des Protokolls dringend an, dass die Verantwortlichen des Departements den Verteilschlüssel des Beitrags der Stadt neu verhandeln. Ich erachte es nicht als Kernaufgabe der Stadt, Tagesschulen mit derart hohen Beiträgen mitzufinanzieren.

**Gemeinderat Herbert Vetter:** Ich möchte präventiv eine kurze Aussage machen. Bei der letzten Budgetberatung haben wir einen Antrag gehabt für ein Kommunalfahrzeug Ladog für 130'000 Franken. Dieses ist in diesem Budget wieder drin. Letztes Mal wurde von der Fensterseite beantragt, das zu streichen, was durchgekommen ist. Ich habe nachgerechnet. Beim vorletzten Budget waren die Kosten für die letzten zwei Jahre 10'000 Franken. Ich spreche von Reparaturkosten. Jetzt war das wieder drin. Im Jahr 2014 waren die Reparaturkosten bis heute 16'000 Franken. Das ist aus meiner Sicht enorm. Sie können selber rechnen. Das Sparen kam hier teuer. Unabhängig vom höheren Treibstoffverbrauch, welchen das Fahrzeug gehabt hat, und auch von einem höheren Abgasausstoss. Ich bitte Sie, sich gut zu überlegen, ob da am richtigen Ort gespart ist.

**Gemeinderat Robert Zahnd:** Lieber Herbert Vetter, das ist eine Nullrechnung. Wenn Sie 160'000 Franken für eine Maschine bezahlen und diese in zehn Jahren abschreiben, sind wir auch bei 16'000 Franken.

## MATERIELLE BERATUNG

**Der Ratspräsident:** In der Detailberatung werden wir nun die Departemente in Blöcken durchberaten. Bitte beachten Sie bei Einzelanträgen die einzelnen Konti, Anträge sind mir schriftlich abzugeben. Vorerst wird aber jeweils der entsprechende GPK-Präsident das Wort haben und allenfalls die Fraktionssprecher, bevor wir dann die Seiten einzeln durchgehen.

### **Departement für Finanzen, Stadtentwicklung und Zentrales**

Erfolgsrechnung, Register 3, Seiten 1 – 32

Investitionsrechnung, Register 2, Seite 1 und 2; Investitionsdetails im Register 6

*Seite 1*

**Gemeinderat Thomas Gemperle:** Ich stelle den Antrag bei Konto 1001.3636.00, Beiträge an Fraktionen, diese 8'000 Franken ersatzlos zu streichen.

Begründung: Die Stadt Frauenfeld muss sparen um eine Steuerfusserhöhung zu verhindern. Es ist daher angebracht, dass der Gemeinderat ebenfalls einen Beitrag dazu leistet. Jeder von Ihnen wird mit 130 Franken pro Sitzung entschädigt. Für ein Ehrenamt ist das mehr als genug. Jedoch bekommen die Fraktionen insgesamt nochmals 8'000 Franken. Da wir glücklicherweise noch ein Milizparlament sind, haben wir keine Fraktionssekretariate oder spezielle Aufgaben, welche diese Ausgabe rechtfertigen würde. Ich bitte Sie, diesen Beitrag zu streichen. Er ist gut verkraftbar.

**Gemeinderat Pascal Frey:** Ich kann mich mit der Streichung nicht ganz einverstanden erklären. Einer Reduktion hätte ich vielleicht zustimmen können. Ich möchte kurz erklären wieso. Wir verbringen unsere Fraktionssitzungen in einem Saal, den wir bezahlen müssen und dafür benutzen wir dieses Geld. Wir machen unsere Fraktionssitzungen normalerweise nicht im Rathaus.

**Gemeinderat Peter Hausammann:** Ich bitte Sie, diesen Antrag abzulehnen. Da schneiden wir uns ins eigene Fleisch. Wir sind ehrenamtlich tätig, das ist richtig, die Fraktionsbeiträge dienen aber auch dazu, fachliche Hilfe beanspruchen zu können. Wir wissen nicht alles und es ist manchmal sehr schwierig, mit den stadträtlichen Anträgen, mit den Experten, mit den Fachdiensten und diesen Profis Schritt zu halten. Da – das haben wir schon mehrfach gemacht, das letzte Mal bei den GK-Sachen – beauftragen wir jemanden, der dann ein ordentliches Honorar bekommt, zum Beispiel einen Treuhänder, der ein Treuhänderhonorar hat, das wir von diesem Geld bezahlen. Dafür sind das sehr gut investierte Gelder. Gerade auch, was Sie immer wieder propagieren, dass wir der Exekutive auf die Finger schauen. Das machen wir, diesen Beweis haben wir in den letzten Jahren angetreten. Im Übrigen würde ich Sie bitten, allenfalls eine Motion einzureichen, das ist ein Beschluss, in dem alles festgehalten ist. Man müsste diesen Beschluss anfechten, dann müsste das in der Kommission beraten werden. Nachher wäre das aufgrund eines entsprechenden Beschlusses im Budget anders. In dem Sinn ist das eine gebundene Ausgabe, die aber gebunden ist an einen Beschluss der Gemeinde. Wir können das ändern, Zuerst muss aber der Beschluss geändert werden.

**Abstimmung über Antrag Gemperle betreffend Konto 3636.00, die Beiträge an die Fraktionen zu streichen gegenüber dem stadträtlichen Antrag, diese auf 8'000 Franken zu belassen**

<b>Antrag Gemperle:</b>	6 Stimmen
<b>Stadträtlicher Antrag:</b>	29 Stimmen
<b>Enthaltungen:</b>	1

8'000 Franken bleiben somit im Budget.

*Seite 2*

**Gemeinderat Peter Wildberger, Referent der GPK Finanzen und Administration:** In der Kommissionssitzung wurde vorerst der Antrag gestellt, den Betrag des Kontos 1200.3102.00, Kommunikation und Publikation, von 170'000 Franken um 70'000 Franken auf 100'000 Franken zu reduzieren. Zum einen sollte die vierteljährlich erscheinende Einwohnerzeitung frauenfeld.ch, die aus der früheren Personalzeitung der Turmgucker hervorgegangen war, von vier auf zwei Ausgaben reduziert werden. Eine Ausgabe kostet ca. 16'000 Franken. Dieser Antrag wurde später jedoch zurückgezogen. Über den zweiten Antrag, der Beitrag der Stadt an das monatlich erscheinende Infobulletin von jährlich 48'000 Franken soll gestrichen werden, da das Infobulletin im Zug der neuen Medien und des Internets nicht mehr zeitgemäss sei und vor allem noch von älteren Leuten gelesen werde, wurde abgestimmt. Der Antrag wurde mit 3 gegen 3 Stimmen durch Stichentscheid des Präsidenten angenommen. Siehe Lachsfarbenes Papier. Das Konto würde also auf 122'000 Franken reduziert.

**Gemeinderat Pascal Frey, Referent der Fraktion SP/Gewerkschaftsbund/JUSO:** Wir haben uns gefragt, wie nah ist unser Rat noch beim Volk? Die GPK Finanzen und Administration hat dem Antrag zur Streichung des Stadtteils im Frauenfelder Infobulletin knapp zugestimmt. Wir sind der Meinung, dass es sich hierbei um einen klaren Leistungsabbau handelt, der vor allem ältere Generation und nicht voll digitalisierte Haushalte trifft. Ja, es gibt sie noch, diejenigen, die kein Smartphone besitzen und nicht ständig online sind. Deshalb alles auf die Homepage zu verlegen, ist unserer Meinung nach noch nicht möglich. Wir sind damit einverstanden, wenn, wie der Stadtammann und die GPK ausgeführt haben, die Notwendigkeit des Bulletins in der nächsten Bevölkerungsumfrage zur Diskussion gestellt wird, oder wenn man sich nach einer Alternative umsieht. Aber diese sollte mindestens gleichwertig sein. Aber bis dahin sollte dieses nicht einfach so gestrichen werden. Die Resonanz in der Bevölkerung zum Bulletin ist gut. Weshalb also streichen? Wir stellen deshalb den Antrag, das Konto 1200.3102.00, Kommunikation und Publikation wieder auf 170'000 Franken zu erhöhen beziehungsweise zu belassen.

**Gemeinderat Peter Hausammann:** Die Fraktion CH/Grüne/GLP ist für den Antrag der GPK auf Streichung dieses Betrags. Es ist zwar verständlich, wenn man etwas Liebgewonnenem nachtrauert, aber hier hält sich der Verlust und die Trauer doch in engen Grenzen. Das Infobulletin überzeugt – seien wir ehrlich – nicht, weder gestalterisch noch inhaltlich. Die Informationen, welche die Stadt bezahlt, sind brauchbar, aber sie sind nicht jeden Monat auf Papier nötig, auch nicht für ältere Leute, auch nicht für Leute, die nicht digitalisiert sind. Man kann ja zum Beispiel das Bulletin aufbewahren, und wenn man es braucht, hineinschauen. Und zweitens, es braucht auch sicher nicht 48'000 Franken für so etwas pro Jahr, das ist klar zu viel. Die Frage, wie nahe man dem Volk ist, da frage ich zurück. Ich habe mich umgehört. Niemand, den ich gefragt habe, liest das Bulletin. Auch nicht ältere Leute. Mein Vater ist 93. Fragen Sie einmal, wie manches

Mal er in seinem Leben schon reingeschaut hat. Wichtig ist, wir verweigern uns einer neuen, besseren und betreffend Kosten-Nutzen guten Lösung nicht. Wir haben gehört, entsprechende Vorschläge wären offenbar bereits vorhanden. Bei einer allfälligen neuen Lösung – das finde ich einen sehr wichtigen Punkt, deshalb ist die Streichung wichtig, damit jetzt etwas passiert, sonst passiert nämlich nichts, wenn man den Beitrag drin lässt – könnte zudem das Frauenfelder Gewerbe berücksichtigt werden. Das ist willens und in der Lage, so etwas zu machen, mindestens das Gewerbe, das in diesem Bereich arbeitet. Der jetzige Profiteur ist ein Verlag aus dem Kanton St. Gallen. Seinerzeit wurde ein Teil der Druckerei Huber von einem Verlag in Flawil übernommen, dann wurde es an einen anderen Verlag weiterverkauft. Und, das ist auch noch interessant, die damals übernommenen Mitarbeiter von Frauenfeld wurden übernommen. Das musste man ja, damit man diesen schönen Teil des Infobulletins erhielt, der wirft nämlich eine schöne Rendite ab, nach einem Jahr wurden aber alle wieder entlassen. Also böses gesagt: Die entsprechende Firma hat einfach die Sozialplankosten gespart. Solches Verhalten wollen wir ohnehin nicht unterstützen.

**Stadtammann Carlo Parolari:** Damit wir alle vom Gleichen sprechen, es geht um dieses Informationsbulletin (wird gezeigt). Es wurde gesagt: das ist keine Publikation der Stadt Frauenfeld, sondern eine private Publikation, die Stadt erkaufte sich die blauen Seiten in der Mitte und einige Seiten Inserate. Wir haben diese schon seit einiger Zeit hinterfragt und haben klar gesagt, es sollte in der Link-Umfrage 2015 unter dem Titel "Medien" ganz konkret vertieft nachgefragt werden über den Medienkonsum. Danach wollen wir entscheiden. Demzufolge bitte ich Sie, den Antrag von Gemeinderat Frey zu unterstützen und diesen Betrag drinzulassen.

**Abstimmung über den Antrag der Fraktion SP/Gewerkschaftsbund/JUSO, den Betrag auf 170'000 Franken zu erhöhen gegen den Antrag der GPK Finanzen und Administration, den Betrag bei 122'000 Franken im Budget zu belassen.**

<b>Antrag Fraktion SP/Gewerkschaftsbund/JUSO:</b>	10 Stimmen
<b>Antrag GPK Finanzen und Administration:</b>	24 Stimmen
<b>Enthaltungen:</b>	2

Der Antrag der GPK Finanzen und Administration wird angenommen.

*Seiten 3 - 11*

Keine Wortmeldungen.

*Seite 12*

**Gemeinderat Fredi Marty:** Konto 1310.3636.01, Beiträge Kultur: In diesem Konto sind zahlreiche Kulturbeiträge zusammengefasst. Es ist wünschenswert, dass die öffentliche Hand kulturelle Aktivitäten, Anlässe und Organisationen unterstützt. Wenn es aber darum geht, ein Defizit abzuwenden, muss auch hier gespart werden. Deshalb beantrage ich eine Kürzung der Beiträge um einen Drittel auf insgesamt 400'000 Franken. Es sei dem Stadtrat überlassen, bei welchen Beiträgen er kleinere oder grössere Einsparungen vornimmt.

**Gemeinderätin Sandra Kern:** Anscheinend scheint es doch wichtig zu sein, einige Worte zur Kultur zu sagen und ich habe mir schnell einige Notizen gemacht. Kultur tut gut. Das sagt CH schon lange. Ich hoffe, ihr stimmt mir hier zu. Doch leider ist Kultur oder deren Produkt nicht messbar, und es wird daher meistens als Erstes angegriffen. Diese absoluten Zahlen können wir nicht haben, denn Kultur ist eine Art Mediator. Es ist nicht das Produkt selber und man kann es auch nicht wirklich eruieren, wie die Kultur wirklich zu dem Produkt führt. Wenn ich von Produkt spreche, was ist wohl das, was wir wollen? Eine Zufriedenheit, eine Gemeinschaft, ein Wohlbefinden. Wie kann Kultur dazu beitragen? Kultur verbindet, schafft Begegnungen, nährt unsere emotionale Seite, sie weckt Dinge in uns, die wir für unsere Ganzheit auch brauchen. Das Produkt Wohlbefinden ist wie gesagt eher nur medial durch Kultur möglich. Doch das Produkt, da sind wir uns hoffentlich alle einig, wollen wir auch alle. Das soll das höchste Ziel sein, denn das ist Voraussetzung für Antrieb und Fortschritt – wirtschaftlich, gesellschaftlich und auch persönlich. Denn auch grundsätzlich Musik, Theater und Kunst, das ist doch schon seit Jahrhunderten das, was den Menschen wirklich ausmacht. Das ist das, was unseren Zeitgeist definiert und Geschichte schreibt, eben unsere Kultur prägt und uns Identität schenkt. Daher wäre es falsch, an diesem Ort zu sparen. Das wäre Sparen in der Substanz, am Kitt, der uns zusammenhält und alles irgendwie in eine Ganzheit bringt. Aber es ist wie gesagt klar, immer das, was nicht wirklich ersichtlich ist, nicht in absoluten Zahlen messbar ist, ist zuerst an der Reihe. Das wäre schade.

**Gemeinderat Christoph Regli:** Wir haben am Freiwilligenfest von Kurt. F. Sieber gehört, wie wichtig die Freiwilligenarbeit ist. Denkt bitte daher bei einer allfälligen Unterstützung des Antrags Marty daran, dass hier sehr, sehr viele Freiwillige eine Arbeit leisten, die nicht in die Hunderttausende geht, sondern markant weiter. Denen nun eine Faust ins Gesicht zu schlagen, finde ich unverhältnismässig, wenn man nicht im Detail schauen kann, wo die Faust landet.

**Abstimmung über Antrag Marty Kürzung beim Konto 1310.3636.01, Beiträge Kultur, auf 400'000 Franken gegen den stadträtlichen Antrag, das gleiche Konto auf 589'800 Franken zu belassen.**

<b>Antrag Marty:</b>	2 Stimmen
<b>Antrag Stadtrat:</b>	32 Stimmen
<b>Enthaltungen:</b>	2

Der Antrag des Stadtrats wird angenommen.

*Seiten 13*

Keine Wortmeldungen.

Seite 14

**Gemeinderat Fredi Marty:** Konto 1410.3102.00 Drucksachen, Publikationen: Die neue Broschüre zu den Legislatorschwerpunkten des Stadtrats ist unnötig. Die Stadt gibt eine Einwohnerzeitung heraus, die solche Themen leserfreundlich aufarbeitet. Zudem werden die Schwerpunkte auf der Homepage der Stadt publiziert. Ich beantrage deshalb eine Kürzung um 12'000 auf 5'000 Franken.

**Stadtmann Carlo Parolari:** Ich bitte Sie wirklich, diesen Antrag abzulehnen. Ich glaube, es gibt mittlerweile keine Stadt von vergleichbarer Grösse und keinen Kanton, der nicht irgendein Regierungsprogramm präsentiert. Wir wollen das wiederum machen, aufgleisen in der neuen Zusammensetzung des Stadtrats. Es gehört dazu, dass die Legislatorschwerpunkte, die Programme, was der Stadtrat schwerpunktmässig in der nächsten Legislatur anpacken will, aufzuzeigen. Das ist ein Informationsbedürfnis der Bevölkerung und ich bitte Sie dringend, diesen Antrag abzulehnen, da sparen Sie definitiv am falschen Ort.

**Abstimmung über Antrag Marty, beim Konto 1410.3102.00 Drucksachen und Publikationen auf 5'000 Franken zu reduzieren gegen den stadträtlichen Antrag, das Konto bei 17'000 Franken zu belassen.**

<b>Antrag Marty:</b>	4 Stimmen
<b>Antrag Stadtrat:</b>	28 Stimmen
<b>Enthaltungen:</b>	4

Der Antrag des Stadtrats wird angenommen.

Seite 15

**Gemeinderat Fredi Marty:** Konto 1411.3132.81, Diverse Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten für Projekte: Es ist leider bekannt, dass im Amt für Stadtentwicklung und Standortförderung mit der grossen Kelle angerichtet wird. Die Erläuterungen zu den drei in diesem Konto zusammengefassten Budgetposten überzeugen mich nicht. Mehr als eine Viertelmillion für Experten, womöglich noch ausserkantonale, das ist inakzeptabel. Allein für gebäuliche Stadtentwicklung und Quartierentwicklung sind 120'000 Franken budgetiert worden, dies mit der Begründung, die Stadt müsse zusammen mit dem Kanton Vorstellungen zur Aufwertung der Grossen Allmend als Naherholungsgebiet erarbeiten. Das ist hinausgeworfenes Geld. Für die Erstellung von Papiertigern wie Leitbilder und Nutzungskonzepte gibt es in der Stadtverwaltung festangestellte, bestens ausgebildete Kader- und Fachleute. Hilfe von aussen ist punktuell sicher nötig, aber niemals in diesem Ausmass. Ich beantrage daher, den Aufwand in diesem Konto um die Hälfte auf 130'000 Franken zu kürzen.

**Stadtmann Carlo Parolari:** Ich bitte Sie, diesen Antrag abzulehnen. Wenn Sie auf die Seite 15 schauen, sehen Sie, dass dieser Betrag in drei Unterkonti aufgegliedert ist. Das erste von 60'000 Franken betrifft Grundlagen der Standortpolitik. Wir haben vorhin gerade über die Druckkosten der Broschüre gesprochen, da ist zum Beispiel mit 20'000 Franken die Erarbeitung der Legislatorschwerpunkte drin. Die mit Abstand grösste Position ist in 02 Räumliche Stadtentwicklung, Quartierentwicklung. Es mag sein, dass es eine etwas missverständliche Formulierung der Kontobezeichnung ist. Die grösste Position hier drin ist 100'000 Franken für Hochwasser-

schutz. Das ist ein kantonales Projekt. Es geht um den Thurhochwasserschutz unten in der Allmend. Da müssen wir zwingend mitmachen. Man prüft in einem Gesamtkonzept, wie man dort unten allenfalls im Zusammenhang mit dieser Thurkorrektur, mit diesem Hochwasserprojekt eine Aufwertung machen kann. Das ist ein verschwindend kleiner Teil. Der grösste Teil ist aber diese Hochwasserkorrektur, die die Stadt einfach zahlen muss.

**Abstimmung über den Antrag Marty, im Konto 1410.3132.81 auf 130'000 Franken zu kürzen gegen den stadträtlichen Antrag, das Konto bei 260'000 Franken zu belassen.**

<b>Antrag Marty:</b>	6 Stimmen
<b>Antrag Stadtrat:</b>	24 Stimmen
<b>Enthaltungen:</b>	6

Der Antrag des Stadtrats wird angenommen.

*Seite 16*

**Gemeinderat Thomas Gemperle:** Konto 1412.3132.81 Diverse Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten: Ich stelle den Antrag, diesen Betrag um 300'000 Franken auf neu 130'000 Franken zu kürzen. Gleichzeitig, das gehört zusammen, Seite 17 Konto 1412.4631.00 Beiträge von Kantonen und Konkordaten: Diese 100'000 Franken würden dann auch wegfallen.

Begründung: Mit 430'000 Franken sind die Ausgaben für die Standortförderung meines Erachtens zu hoch. Frauenfeld hat hohe Wachstumsraten. Natürlich kann und soll die Standortförderung zu einem gewissen Teil erfolgen, auch in einer Wachstumsphase. Darum sollen die Aktivitäten weitergeführt werden, aber nicht mehr in diesem Umfang wie bisher. Und es sollen vor allem keine neuen Aufgaben hinzukommen. Die 300'000 Franken sollen im Detail aber wie folgt eingespart werden: 200'000 Franken sind beim Innovationspark einzusparen, das sind dann auch diese 100'000 Franken vom Kanton, die dann fehlen, die ich vorhin angesprochen habe. Es ist eine neue Aufgabe, welche wir uns nicht leisten sollten. Die restlichen 100'000 Franken werden bei Standort- und Wirtschaftsförderung und bei Kommunikation und Information eingespart. Mir ist bewusst, es wird allenfalls zu einem sogenannten Leistungsabbau in geringem Mass kommen, den wir jedoch gut verkraften können.

**Gemeinderat Peter Heri:** Ich stelle einen Gegenantrag, die Kürzung nicht ganz so hoch ausfallen zu lassen, wie Thomas Gemperle das postuliert, sondern nur die 200'000 Franken für den Innovationspark zu streichen. Dementsprechend fällt natürlich auch der Beitrag von 100'000 Franken weg. Ich möchte es nicht noch zusätzlich gross begründen. Ich bin der Meinung, es ist ein Projekt, das, nachdem es im Bundesnetzwerk nicht mehr berücksichtigt wurde, kaum Chancen auf einen Erfolg hat.

**Stadtmann Carlo Parolari:** Das ist jetzt so ein Fall, wie ich es in meinem Eintretensvotum erwähnt habe: wenn Sie hier einfach die Mittel streichen, dann wird ziemlich rasch irgendein Stillstand eintreten. Ich weiss nicht, ob Sie die Studie von Wüest & Partner, die kürzlich überall publiziert worden ist, insbesondere auch in der NZZ, "Frauenfeld, eine Mittelstadt bietet den Grossen Paroli", gelesen haben. Da sind Fakten aufgeführt, was wir aktiv in der Wirtschaftsförderung machen. Wenn Sie die Illusion haben, dass all diese Firmen, die jetzt angesiedelt worden sind, einfach so von sich aus hierher gekommen sind, dann muss ich Sie enttäuschen. Das ist

nicht so. Selbstverständlich profitieren wir von einer guten Lage. Aber das ist aktive Ansiedlungspolitik. Da gehen mein Mitarbeiter Daniel Bauer und ich persönlich bei Firmen, bei Interessenten vorbei, wenn es sein muss über den Mittag, und zeigen den Leuten, den Interessenten diese Grundstücke. Wenn Sie uns hier die Mittel im Bereich der Wirtschaftsförderung streichen, habe ich definitiv kein Verständnis, insbesondere auch nicht für die bürgerliche Seite. Das ist ja gerade der Motor, das sind die Unternehmen, die dann Arbeitsplätze ansiedeln. Wir haben in den letzten vier oder fünf Jahren mehrere Hundert Arbeitsplätze angesiedelt durch aktive Standortpolitik. Da habe ich definitiv null Verständnis, wenn Sie uns hier die Mittel wegnehmen wollen.

Zum Innovationspark: Ich teile die Meinung von Gemeinderat Heri nicht. Das ursprüngliche Projekt war der NIP, der Nationale Innovationspark aus dem Innovationsfördergesetz des Bundes, wo sich acht Standorte beworben haben. Zwei sind jetzt im Bereich Hochtechnologie in die Kränze gekommen. Die anderen quasi in den Hoffnungslauf. Wir haben in einer höchst intensiven Zusammenarbeit mit Regierungsrätin Monika Knill und dem DIV, dem Departement für Inneres und Volkswirtschaft, Regierungsrat Kaspar Schläpfer, Fachbeamten des Kantons Dossiers erarbeitet und ein Thema herausgeschält, einen Netzwerkstandort AGRO FOOD Innovation. Das ist etwas, was absolut ausgezeichnet auf den Kanton Thurgau und insbesondere auf den Standort Frauenfeld passt. Das haben uns Fachkräfte in der Zwischenzeit attestiert. Am 24. November 2014 haben wir Wirtschaftsvertreter eingeladen, da kamen etwa 80 Vertreter aus der Wirtschaft aus dem Bereich Agrofood. Wir haben einen Fragebogen abgegeben und die haben uns alle sehr ermuntert, genau auf diesem Bereich weiterzumachen, der Vernetzung dem sogenannten Golden Triangle von Forschung, Produktion und eben der Produzenten, die die Lebensmittel anbauen und die Lebensmittel verarbeitende Industrie. Da liegt ein sehr, sehr grosses Potenzial drin und bei diesen 100'000 Franken netto, die wir da investieren, geht es um einen Anschlag für dieses Projekt. Was wir nicht erwähnt haben, weil es noch nicht fest ist, wir sind intensiv daran, die Wirtschaft ins Boot zu holen. Wir haben sehr viele Interessenten, die sagen, sie werden uns unterstützen, das ist aber noch nicht umgesetzt, dadurch wird dieser Betrag auch noch sinken. Sie werden uns da ein sehr zukunftsträchtiges Projekt, das übrigens beim Eidgenössischen Zeughaus vorgesehen ist, aber primär nicht in irgendeinem Bauvorhaben mündet, sondern in einer Netzwerkplattform in einer ersten Phase, wirklich ein Leuchtturmprojekt für den Kanton Thurgau und die Stadt Frauenfeld die Mittel streichen. Ob es der Kanton dann selber macht, weiss ich nicht, aber die werden nicht so leicht lockerlassen. Ich bitte Sie wirklich, diesen Betrag drinzulassen. Das ist ein Zukunftsprojekt, das wir hier starten wollen.

**Gemeinderat Peter Heri:** Ich habe hier einen Auszug aus der Broschüre für Industrie und Handelskammer des Kantons Thurgau, der über dieses Projekt einen Bericht geschrieben hat. Ich möchte da eine kleine Passage zitieren. Da waren Vertreter von der ETH Zürich und von fenaco dabei. Sie sagen ganz klar: "fenaco-Chef Keller stellte allerdings klar, dass ein Unternehmen nicht die Absicht habe, Aktivitäten in den Innovationspark zu verlegen. Auch für Leo Meile steht fest, dass die ETH nicht im Thurgau investieren wird." Das zur Ergänzung. Ich bleibe bei meinem Antrag und hoffe auf Unterstützung.

**Abstimmung über Antrag Gemperle Reduktion auf 130'000 Franken gegen Antrag Heri Reduktion auf 230'000 Franken**

<b>Antrag Gemperle:</b>	2 Stimmen
<b>Antrag Heri:</b>	14 Stimmen
<b>Enthaltungen:</b>	18

**Abstimmung über Antrag Heri, das Konto auf 230'000 Franken zu reduzieren, gegen den stadträtlichen Antrag**

<b>Antrag Heri:</b>	15 Stimmen
<b>Antrag Stadtrat:</b>	19 Stimmen
<b>Enthaltungen:</b>	2

Der Antrag des Stadtrats wird angenommen.

*Seiten 17 – 21*

Keine Wortmeldungen.

*Seite 22*

**Gemeinderat Peter Wildberger:** Konto 1524.3830.91 Zusätzliche Abschreibungen: Spezialfinanzierte Bereiche, vor allem wenn diese mit zweckgebundenen Geldern, wie hier den Parkplatzgebühren, alimentiert sind, werden sofort abgeschrieben, da eine andere Abschreibungspraxis sehr kompliziert wäre.

*Seiten 23 – 31*

Keine Wortmeldungen.

*Seite 32*

**Gemeinderat Peter Wildberger:** Konto 1810.3090.00, Aus- und Weiterbildung des Personals: Führungsschulen und Kurse zur Weiterentwicklung von Mitarbeitenden müssen vom Personalamt bewilligt werden, die Kosten werden hier kontiert. Reine Fachkurse, die dazu dienen, das Fachwissen des Personals ajour zu halten, sind Sache der Amtsleitungen und werden bei den Ämtern kontiert.

## Investitionsrechnung

### Register 2

**Gemeinderat Peter Wildberger, Referent der GPK Finanzen und Administration:** Die Investitionsrechnung ist sehr übersichtlich dargestellt, was im Gegensatz zum übrigen Budget direkt wohltuend ist, da hier auch die Jahre vor 2015 vorkommen. Der Gemeinderat möchte, dass der Stadtrat die Investitionen nach ihrer Dringlichkeit und Notwendigkeit kategorisiert.

Konto 1250.5060.00 Ersatz Kommunalfahrzeug Ladog. Dieses kostet ja 130'000 Franken. 16'000 Franken sind mehr als die jährliche Amortisation von 13'000 Franken.

## Departement für Bau und Verkehr

Erfolgsrechnung, Register 3, Seite 32 – 49

Investitionsrechnung, Register 2, Seiten 3 – 12

Investitionsrechnung, Register 6

**Gemeinderat Robert Zahnd, Referent der GPK Bau, Werke, Umwelt:** Insgesamt sind in diesem Departement keine neuen Stellen budgetiert. Wie überall ist der Vergleich mit früheren Budgets sehr schwierig, wenn überhaupt noch möglich. Wir reden auch nicht mehr von der laufenden Rechnung, sondern von der Erfolgsrechnung. Man könnte also meinen, dieses Budget sei ein Erfolg. Wie in früheren Jahren werden Konten erläutert mit einer Abweichung von plus oder minus 10 % oder grösser als 5'000 Franken.

21, Amt für Hochbau und Stadtplanung: Der Bereich Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz gehört neu zum Departement Gesundheit und Alter. Die departementsbezogenen Aufwendungen 20 – 21 bleiben aber hier. Der Projektleiter für den Bereich Hoch- und Tiefbau konnte noch nicht gefunden werden, diese Stelle wurde im letzten Budget bewilligt.

2111, Bauberatungen und Baubewilligungen: Neu werden hier 80'000 Franken budgetiert, in der ersten Lesung des Stadtrats waren es noch wie im letzten Budget 100'000 Franken.

2112, Energieberatung, 3130.80, Diverse Dienstleistungen und 3133.80, Planungen und Projektierungen Dritter: Auch hier werden gegenüber dem Budget 2014 mit je 20'000 Franken je 10'000 Franken weniger budgetiert.

2120 Stadtplanung: 3131.80 Planungen und Projektierungen Dritter: Dies ist eine weitere Position, wo man die budgetierten 100'000 Franken gegenüber 130'000 Franken 2014 bei den Planungen zurückschrauben musste. Man soll ja auch nur noch planen, was man in den nächsten fünf Jahren ausführen kann. Ältere Pläne werden sowieso nochmals überarbeitet oder gar nicht mehr berücksichtigt. Dies hat natürlich nichts mit der strategischen Planung zu tun. Diese muss weitsichtig sein.

3132.80 Diverse Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten: Diese 50'000 Franken erschienen im letzten Budget im Konto Natur und Landschaft, Massnahmen, Konzepte, Dokumentationen. Es hat sich ausser der Umbenennung nichts geändert.

2121 Beiträge Kultur- und Naturobjekte: Von den budgetierten 600'000 Franken bei den Kulturobjekten gehen allein 450'000 Franken an die Renovierung der katholischen Stadtkirche. Die

65'000 Franken bei den Naturobjekten sind gedacht für die geschützten Naturobjekte, zum Beispiel für die Baumpflege.

**Gemeinderat Jürg Joss, in Vertretung von Gemeinderat Heinrich Christ:** Sowohl die Erfolgsrechnung als auch die Investitionsrechnung schienen der GPK sehr seriös und kostenbewusst erarbeitet zu sein. Dafür bedankt sich die GPK bei allen Beteiligten. Die Erfolgsrechnung hat sich im Gesamtumfang offensichtlich wenig verändert, wie man den Ausführungen des zuständigen Stadtrats entnehmen konnte, obwohl wie bereits mehrfach angetönt natürlich keine konkreten Vergleichszahlen vorlagen. Das hängt natürlich mit HRM2 zusammen. Im Zusammenhang mit HRM2 gibt es weitere interessante Neuerungen im Tiefbau. Der ÖV gehört jetzt auch zum Tiefbau, was sehr zu begrüßen ist, denn hier werden Strassenraum und Verkehr ganzheitlicher betrachtet als vorher, wo er auf verschiedene Departemente aufgeteilt war. Berufssicherheit und Gesundheitsschutz sind nun neu dem Departement Gesundheit und Alter zugewiesen. Neu erscheinen Abschreibungen in der Erfolgsrechnung. Was etwas verwirrte und auch weiterhin zu Unsicherheit führte und auch dazu beitrug, dass viele Fragen gestellt wurden, ist, dass bei vielen Konti noch eine gewisse Intransparenz herrscht, weil die Verbuchungen nicht mehr so klar waren, zum Beispiel hohe Telefonkosten und auf Nachfragen erwiesen sie sich nicht nur als Telefonkosten, sondern auch als andere Kosten. Da freut sich die GPK auf eine transparentere, detailliertere Darstellung im nächsten Jahr.

*Seiten 32 – 49*

Keine Wortmeldungen.

### **Investitionsrechnung Hochbau**

Register 2

**Gemeinderat Robert Zahnd, Referent der GPK Bau, Werke, Umwelt:** Zur Investitionsrechnung Hochbau Seite 3: Total sind 140'000 Franken für Planungen budgetiert. Es sind dies Planung Murgbogen-Areal Werkhof 20'000 Franken, Planung Bahnhof Plus 90'000 Franken und Planung Busbahnhof plus Parkhaus am Bahnhof 30'000 Franken.

### **Investitionsrechnung Tiefbau**

Register 2

**Gemeinderat Jürg Joss in Vertretung für Gemeinderat Heinrich Christ:** Die Investitionen im Bereich Tiefbau sind im üblichen Rahmen geplant. Es hat manches darunter, welches im letzten Jahr an der Budgetsitzung zurückgewiesen wurde, zum Beispiel die Sanierung der Bahnhofstrasse, wo sich unterdessen durch einen Defekt an der Gasleitung Mehrkosten ergeben haben. Die Rückweisungen waren also nicht immer so erfolgreich. Was der GPK fehlte, war die Priorisierung der einzelnen Vorhaben, obwohl sich die GPK hier selber an der Nase nehmen musste, weil sie keine konkreten Forderungen gestellt hatte, wie sie sich das vorstellt. Es ist aber geplant.

In der GPK standen zwei Objektkredite zur Diskussion. Das ist Projekt Nr. 3 Ellikonstrasse bis Grofenwies. Der Antrag wurde gestellt, dieses Projekt abzulehnen, da die Strasse nur sehr wenig befahren wurde und keine Werkleitung habe, da könne man diese Sanierung getrost um einige

Jahre verschieben. Der Antrag wurde bei 3 zu 3 Stimmen durch Stichtentscheid des Präsidenten abgelehnt.

Weiter wurde das Projekt 9 Promenadenstrasse zur Streichung empfohlen, und zwar mit der Begründung, man wolle so die Aufhebung der unterirdischen Parkplätze an der Promenade verhindern. Dieser Antrag hatte aber keine Chance, weil die übrigen Mitglieder der GPK die Chance für eine Verschönerung der Promenade höher gewichteten und zum Zweiten natürlich diese Parkplätze ersetzt werden durch die Finanzierung des Parkgeschosses in der Überbauung Huberareal. Dann gab es verschiedene Fragen und Einwände betreffend Tempo-30-Zonen. Niemand ist gegen Tempo-30-Zonen, aber die Zonen sollten doch pragmatisch und kostenfreundlich umgesetzt werden, also nicht mit verrückten Baumassnahmen, sondern zum Beispiel mit versetzten Parkplätzen auf beiden Seiten.

**Gemeinderat Andreas Elliker, Referent der Fraktion SVP/FDP/EDU:** Wir stellen einen Streichungsantrag zu Objektkredit Nr. 3, Ellikonerstrasse bis Grofenwies. Unsere Fraktion war einstimmig für die Streichung dieser Strasseninstandstellung im Rahmen von 130'000 Franken. Als Erstes möchte ich erwähnen, dass ich fast Anstösser dieser Strasse bin. Es befinden sich keine Werkleitungen in dieser Strasse. Somit müssen auch keine erneuert werden. Ich befahre diese Strasse fast wöchentlich mit dem Traktor oder Auto. Dazu kann ich während des ganzen Jahres zu verschiedenen Tageszeiten beobachten, wie viele Fahrzeuge auf dieser Strasse fahren. Es sind maximal zwei bis fünf pro Stunde, meistens nur Anwohner und Anstösser. Es befinden sich Ein- bis Dreifamilienhäuser an dieser Strasse. Die Familien haben kleine Kinder. Deshalb darf aus meiner Sicht diese Strasse nicht zu einer Rennbahn ausgebaut werden. Sie ist bei angemessenem Tempo gut zu befahren. Der jetzige Strassenzustand ist gut, bei Weitem noch viel besser als früher die Kantonsstrasse. Diese Betonstrasse war lange in einem schlechteren Zustand. Im Vergleich damit kann noch problemlos fünf weitere Jahre zugewartet werden. Ich will auch nicht, dass es heisst, der Stadtrat Huber und Gemeinderat Elliker bekommen eine Autobahnverbindung zueinander. Aus diesen Gründen bitte ich Sie, meinem Streichungsantrag zuzustimmen.

**Gemeinderat Robert Zahnd:** Ich stelle den Antrag, der Objektkredit Nr. 9, Promenadenstrasse, auf Seite 9 bei den einzelnen Objekten von 180'000 Franken, ist abzulehnen. Das Parkhaus kann ohne Weiteres ohne die Anpassungen und Aufhebungen der Parkplätze beim Huberareal betrieben werden, vielleicht etwas weniger elegant. In seinem GPK-Referat vom 27. Februar 2013 hat deren Präsident Marcel Epper ausdrücklich hervorgehoben, dass sich die GPK gegen eine verbindliche Verknüpfung zwischen der Schaffung neuer Parkplätze, also dem neuen Parkhaus und der Aufhebung bestehender Parkplätze ausgesprochen hat. Die Parkplätze an der Promenadenstrasse fallen weg, darin sind wir uns ja grossmehrheitlich einig. Damit man dieses Areal neu planen kann, was eventuell eine Verschiebung der Allee oder Strasse mit sich bringen wird, werden nun die Kastanienbäume krankgeschrieben und kränker gemacht, als sie wirklich sind. Ich bin nicht partout gegen diese Fällaktion. In der Stadt müssen aber viele Bäume gegen den Willen ihrer Besitzer erhalten bleiben, die eindeutig kränker sind als diese. In dieser Zone ist also einiges im Fluss. Die Anpassung der Einfahrt zur Tiefgarage sowie der Vorplatz des Huberareals gehören ganz klar in eine Gesamtplanung zur Gestaltung des Strassenraums mit der Promenadenstrasse und dem Areal zum Glaspalast, soweit dies mit dem Kanton möglich ist, und soll nicht separat behandelt und vorgezogen werden. Das Parkhaus kann auch so problemlos betrieben werden, bis eine Gesamtlösung vorliegt. Wäre ein Betrieb des Parkhauses mit der heutigen Situation nicht möglich, hätten diese Anpassungen zum damaligen Kredit oder zur Planung des Parkhauses gehört. Ich nehme nicht an, dass man der Diskussion über die unterirdischen Parkplätze einfach ausweichen wollte. Mir ist schon klar, dass diese Streichung mit der neuen Rechnungslegung das Budget nicht verbessert. Ich will aber, dass keine Präjudizien für die zukünftige Pla-

nung an dieser Stelle geschaffen werden. Ich bitte Sie, den Kredit abzulehnen und mit der Anpassung zuzuwarten, bis wir mehr über die Gestaltung des ganzen Areals wissen.

**Gemeinderat Stefan Geiges:** Ich stelle keinen Antrag, aber ich möchte etwas zur Bahnhofstrasse richtigstellen, wo 1 Mio. Franken im Budget 2015 drin sind. Ich stelle auch keinen Antrag, weil die Motionsbeantwortung zum Einbahnsystem noch fehlt, und zum einen oder anderen dort eine separate Botschaft kommt. Ich muss aber ganz klar feststellen, dass die 66'000 Franken Mehrkosten, die entstanden sind, nicht das Tiefbauamtbudget belastet, sondern die Werkbetriebe. Und ich muss feststellen, dass damals in der Budgetdebatte selbst nach Drohung des Stadtrats klipp und klar gesagt wurde, dass wir den Werkbetriebskredit in diesem Rat nicht abgelehnt haben, sondern dass die Werkbetriebe jederzeit ihre Gasleitung an der Bahnhofstrasse hätten sanieren können. Ich muss auch feststellen, dass wir heute Abend wahrscheinlich nicht über die Bahnhofstrasse diskutieren müssten, wenn die Leute ihren Job gemacht hätten und auch die Aufgaben und Versprechen eingehalten hätten.

**Gemeinderat Christoph Tschannen:** Ich möchte Ihnen ans Herz legen, die Gewerbebetriebe in der Innenstadt zu erhalten. Wir haben vor wenigen Sitzungen über die Belegung der Innenstadt, der Altstadt, diskutiert. Wenn wir jetzt diese oberirdischen Parkplätze im Bereich des Huberareals wegstreichen, wird dies bei den Gewerbebetreibenden einen Einfluss haben. Sie werden Einbussen haben und die Belegung wird nie stattfinden. Bitte unterstützen Sie den Antrag von Gemeinderat Zahnd.

**Gemeinderat Pascal Frey:** Ich möchte mich kurz zu den Anträgen äussern. Klar können wir Strassen zurückstellen, weil sie noch in einem ordentlichen Zustand sind, der keine direkte Investition nötig macht. Aber trotzdem sollten wir ein Klumpenrisiko für später nicht riskieren. Irgendwann laufen die Investitionen auf und es müssen alle Strassen miteinander gemacht werden. Das möchten wir verhindern. Zu den Parkplätzen oder Parkmöglichkeiten an der Promenade denke ich, es hat genügend Parkplätze im Parkhaus, damit es keine Umsatzeinbussen gibt.

**Stadtrat Urs Müller:** Es ist etwas eigenartig für mich. Ich dachte, man gehe Objekt für Objekt durch, jetzt haben wir verschiedene Anträge vorliegen, und es wäre meines Erachtens sinnvoller gewesen, man hätte pro Objekt und pro Antrag gesprochen. Aber so mache ich auch noch eine summarische Begründung. Ich gehe allerdings nur auf die beiden Anträge ein.

Da ist zuerst dieser Streichungsantrag des Objekts 3, Ellikonerstrasse bis Grofenwies im Rahmen von 130'000 Franken. Ich gebe Ihnen dazu erst die sachlich fachliche Begründung, warum dieser Kredit drinbleiben soll, anschliessend noch die politische.

Es handelt sich bei diesem Stück um ein Strassenstück, das teilweise im Baugebiet ist und teilweise ausserhalb. Die Sanierung ausserhalb des Baugebiets erfolgt nur mit einer kostengünstigen Oberflächenbehandlung. Die Strassenentwässerung erfolgt ohne Schächte über die Böschungsschulter, also Versickerung. Im Baugebiet jedoch erfolgt die Sanierung analog dem Standard in der restlichen Stadt. Je länger man mit einer fälligen Sanierung zuwartet, umso kostenintensiver wird diese ausfallen. So müsste anstelle der Oberflächenbehandlung mit Auftragung von Splitt und Bitumen auf den bestehenden Belag allenfalls der gesamte Belag ersetzt werden. Im Hinblick auf die Sanierung wurden nämlich nur noch minimale Unterhaltsarbeiten gemacht. Das ist die fachliche Beurteilung. Die GPK ist eigentlich daran, die Standarddiskussion zu führen: Was wollen wir überhaupt? Was können wir uns leisten? Diese Diskussion ist noch nicht abgeschlossen. Also ist es auch hier wieder schwierig, wenn einzelne Leute Strassen beurteilen. Wenn wir für 130'000 Franken eine Autobahnzufahrt bauen würden, dann wäre ich

wahrscheinlich schon längst in einem anderen Job, wenn ich das könnte. Ich möchte, wenn Sie diesen Kredit streichen, nicht hören, wir würden Gebiete ausserhalb des Zentrums anders behandeln als Gebiete im Zentrum, sondern wir haben einen gewissen Standard. Wie gesagt, die fachliche Begründung erscheint mir eigentlich schon logisch. Aber es geht hier um eine kleinere Sache, es ist ein Betrag von 130'000 Franken. Ich sage klein im Verhältnis logischerweise zu anderen Strassensanierungen. Ich möchte nicht 130'000 Franken lächerlich machen im Sinn von klein, aber im Verhältnis. Deshalb werde ich bei diesem Antrag nicht wie ein Löwe kämpfen. Aber ich bitte Sie trotzdem, beim Antrag des Stadtrats zu bleiben.

Beim Antrag zur Promenadenstrasse kämpfe ich eher wie ein Löwe. Dieses Projekt geht zurück, bzw. wir haben bereits darüber gesprochen, in der Botschaft zur Tiefgarage im Huberareal. Das war hier in diesem Rat am 27. Februar 2013. Wir haben bereits in der Botschaft erwähnt, dass aus Sicherheitsgründen, aber auch aus anderen Gründen oberirdische Parkplätze abgebaut werden sollen. Das ist eigentlich in dieser Botschaft enthalten. Ebenfalls habe ich, das ist im Protokoll des Gemeinderats nachzulesen, auch darauf hingewiesen, dass diese besagten Parkplätze vor dem Huberareal auch wegfallen werden. Es fallen wenige Parkplätze weg, für mindestens 60 neue, die entstehen. In der GPK wurde der Antrag von Robert Zahnd so begründet. Wenn heute die Begründung ist, dass zuerst die gesamte Planung gemacht werden soll, kann ich Sie beruhigen. Selbstverständlich wird über diese Planung im vorderen Teil, um den es bei diesem Objektkredit geht, mit dem restlichen Teil der Promenade abgestimmt, beispielsweise dass Bäume dann in derselben Reihe stehen vorne wie hinten, dass es abgestimmt ist. Das ist ja gar keine Frage. Hintergrund ist der: Wir müssen dort etwas machen im Zusammenhang mit der Eröffnung der Tiefgarage, dort muss die Einfahrt auch oberirdisch auf besagtem Platz angepasst werden und dort wollen wir eine Aufwertung erreichen auf Kosten von einigen wenigen Parkplätzen, die oberirdisch verschwinden, dafür in einer viel grösseren Zahl im neuen Parkgeschoss entstehen werden.

### **Abstimmung Objekt 3 Ellikonerstrasse bis Grofenwies**

Antrag Elliker: streichen; Antrag des Stadtrats: beibehalten.

<b>Antrag Elliker:</b>	18 Stimmen
<b>Antrag Stadtrat:</b>	14 Stimmen
<b>Enthaltungen:</b>	4

Der Antrag Elliker wird angenommen, Objekt 3 wird gestrichen.

### **Abstimmung Objekt 9 Promenadenstrasse**

Antrag Zahnd: streichen; Antrag des Stadtrats: ausführen.

<b>Antrag Zahnd:</b>	12 Stimmen
<b>Antrag Stadtrat:</b>	21 Stimmen
<b>Enthaltungen:</b>	3

Der Antrag des Stadtrats wird angenommen und das Objekt 9 wird ausgeführt.

### **Departement für Freizeitanlagen und Sport**

Erfolgsrechnung, Register 3, Seiten 49 – 57

Investitionsrechnung, Register 2, Seite 12

Investitionsdetails, Register 6

**Gemeinderat Andreas Elliker, Referent der GPK Bau, Werke, Umwelt:** In der GPK-Sitzung informierte uns Stadtrat Huber ausführlich über sein Departement. Er gab uns Auskunft zu unseren Fragen und bei Unklarheiten wurden die Erläuterungen im Protokoll nachgereicht. Die Erfolgsrechnung ist etwa so wie in den Vorjahren. Bei der Investitionsrechnung sind zwei Projekte hervorzuheben.

Erfolgsrechnung: Es wurden bei fast allen Anlagen zu Unklarheiten und unklaren Kontoauszügen Fragen gestellt. Finanzchef Reto Angehrn gab uns wenn möglich im Detail Auskunft. Beim Hallen-, Frei- und Sprudelbad gab es bei Konto 3130.01 zu Telefonkosten von 40'000 Franken eine Frage, die uns nachträglich im Protokoll erläutert wurde. In diesem Konto wurden noch weitere Kostenpunkte verrechnet wie zum Beispiel Versicherungen und Wasseruntersuchungen. Die wahren Telefonkosten des Hallenbads mit der Badeanstalt belaufen sich auf etwa 3'000 Franken. In der Rechnung wird dies dann anders dargestellt sein. Dies sind halt noch die Kinderkrankheiten von HRM2.

Die Eintritte und Abonnemente lösten in der GPK eine grosse Diskussion aus. 50 Prozent der Besucher kommen nicht aus Frauenfeld. Der Stadtrat will für die Auswärtigen eine Preiserhöhung, damit die Frauenfelder Steuerzahler nicht die auswärtigen Badegäste zu stark mitfinanzieren müssen. Es sind sich alle einig, dass die Einnahmen steigen müssen, um die anstehenden Investitionen auch in Zukunft besser selbst tragen zu können.

Im Murg-Auen-Park machen 50 Prozent der Kosten die Abschreibungen aus. Darum wird der Kostenpunkt in der Abstimmungsbotschaft von 70'000 Franken überschritten. Dazu wird im Jahr 2015 der Bau des Murg-Auen-Parks abgeschlossen sein.

*Seiten 49 – 57*

Keine Wortmeldungen.

### **Investitionsrechnung**

Register 2

**Gemeinderat Andreas Elliker, Referent der GPK Bau, Werke, Umwelt:** Für den Hallenbadumbau wird eine Machbarkeitsstudie über den Erweiterungsneubau im Betrag von 120'000 Franken erstellt. Dies ist aus unserer Sicht sinnvoll, um dem Volk bezahlbare Lösungen vorzulegen. Bei der Kunsteisbahn wird das Anergienetz zur Energieoptimierung in Angriff genommen. Zu dieser Investition wird es Anfang Jahr eine separate Botschaft geben, diese wurde aber noch von der alten GPK in diesen Monaten behandelt.

## Departement für Gesundheit und Alter

Erfolgsrechnung, Register 3, Seiten 57 – 65

**Gemeinderat Michael Hefti, Referent der GPK Gesellschaft und Gesundheit:** Der Nettoaufwand im Departement für Gesundheit und Alter erhöht sich im Voranschlag 2015 verglichen mit dem Voranschlag für das Amt Gesundheit 2014 um 1,128 Mio. Franken. Diese Erhöhung des Nettoaufwands kommt zustande durch gebundene Mehrausgaben bei den Prämienverbilligungen und Pflegefinanzierung und durch die Erhöhung des Personalaufwands durch die Schaffung zweier neuer Stellen. Ausserdem sind durch HRM2 und die Reorganisation Verschiebungen ins Departement geschehen. Bevor ich auf die beiden Stellen zu sprechen komme, möchte ich die übrigen wesentlichen Erhöhungen im Budget erläutern, welche unserer GPK im Vergleich zum letzten Budget präsentiert wurden:

Rund 50'000 Franken entstehen durch den Umzug ins Haus Sapone (Miete und Neumöblierung).

Praktisch 100 % gebundene Mehrausgaben sind 250'000 Franken für höhere Beiträge an Prämienverbilligung und 290'000 Franken für die Pflegefinanzierung. 36'000 Franken gehen an die Spitex und 35'000 Franken entstehend durch die Übernahme der Prämienausstände.

Durch die Umstellung auf HRM2 sind rund 20'000 Franken Mehraufwand durch interne Verrechnungen und andere Budgetierungen eingeflossen. Die Reorganisation verursacht eine Verschiebung von Kostenpunkten ins Departement Gesundheit und Alter, wir sprechen hier von Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz, der vorher beim Tiefbau war, von 31'800 Franken und den Beiträgen für Perspektive, die vorher beim Sozialen lagen, von rund 260'000 Franken.

Nun zu den beiden neuen Stellen im Konto 4110, Zentrale Dienste, 3010.00, Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals: Hier sind nebst dem bestehenden Abteilungssekretariat neu 71'000 Franken für die Amtsleitung und 60'000 Franken Lohnkosten für die Anlaufstelle für Alters- und Generationenfragen budgetiert. Die Anlaufstelle ist Teil des Alterskonzepts, welches der Stadtrat genehmigte und auch im Gemeinderat während der letzten Budgetdebatte trotz intensiver Diskussionen eine breite Zustimmung fand. Nebst den Lohnkosten für die Anlaufstelle sind 25'000 Franken für verschiedene Projekte und 10'000 Franken für das Projekt "Älter werden im Quartier" unter 4000.3131.80 budgetiert.

Zur Verdeutlichung zwei Zahlen zur demografischen Entwicklung in Frauenfeld, welche unserer GPK präsentiert wurden: Zwischen 2004 und 2014 ist die Zahl der Senioren in Frauenfeld um 25 Prozent gestiegen. Wir können davon ausgehen, dass bis 2024 verglichen mit 2004 mit einer Zunahme der Senioren in Frauenfeld um 40 Prozent gerechnet werden kann. Die Arbeit der Anlaufstelle besteht vor allem in der Koordination der unzähligen Angebote, welche in Frauenfeld bereits bestehen. Mahlzeitendienst, Pro Senectute, Rent a Rentner, Rollstuhltaxi, Entlastungsdienst, Seniorentreff, 55plus und so weiter. Ich könnte noch weitere zwanzig Angebote aufzählen und wäre noch lange nicht fertig. Die Anlaufstelle soll Doppelspurigkeiten aufzeigen und die Freiwilligenarbeit gezielt fördern.

Natürlich wurden auch in unserer GPK die Kosten intensiv diskutiert. Hier kann festgehalten werden, dass ein Ziel der Anlaufstelle sein soll, die ambulante Betreuung betagter Menschen in den eigenen vier Wänden auszubauen, um die Kosten für stationäre Aufenthalte im Heim und für die ambulante Spitex nicht explodieren zu lassen. Sprich, Ziel der Anlaufstelle ist auch, trotz der demografischen Entwicklung die Kosten im Griff zu halten. An dieser Stelle möchte ich erwähnen, dass der Regierungsrat ein Moratorium für Pflegeheimplätze beschlossen hat. Die am-

bulante Betreuung soll zwingend ausgebaut werden, um die grösser werdende Anzahl älterer Menschen zu betreuen.

Amtsleitung Gesundheit und Alter: Ich möchte Ihnen einige Zahlen und Stichworte weitergeben, welche in unserer GPK erwähnt wurden als Begründung für die Schaffung der neuen Stelle.

1. Seit fünf Jahren wurde in der GPK Gesellschaft und Sicherheit immer wieder erwähnt, dass im Amt für Gesundheit keine Amtsleitung vorhanden ist und der Stadtrat im Zug der Reorganisation diese Stelle schaffen möchte.
2. Die Abteilung Gesundheit hat einen Aufwand von rund 6 Mio. Franken, vor zehn Jahren lag dieser noch bei 1,5 Mio. Franken. Dies liegt sicher an der bereits erwähnten demografischen Entwicklung, aber auch am grösser werdenden administrativen Aufwand, welcher uns von Bund und Kantonen aufgebürdet wird.
3. Die Abteilung Gesundheit umfasst über 150 Stellen. Zählt man das Personal der Spitex hinzu, die finanziell sehr eng mit dem Departement verknüpft ist, kommt man auf 240 Stellen. 145 davon sind direkt dem Leiter AZP unterstellt.
4. In den letzten Monaten und Jahren haben die Stadträtin als Vorsteherin des Departements und die Abteilungssekretärin übermässig viele Überstunden geleistet.
5. Auch im Alterszentrum Park ist der Umsatz in den letzten zehn Jahren um 40 Prozent gestiegen. Es ist also nicht mehr denkbar, dass die Zentrumsleitung die Amtsleitung innehaben könnte.
6. Seit Kurzem besteht die gesetzliche Pflicht für Gemeinden, Beiträge zur Gesundheitsförderung zu leisten. Diese Aufgabe wurde in den letzten Jahren nur sehr beschränkt erfüllt, weil die Kapazitäten nicht vorhanden waren.

Aus oben genannten Gründen war in unserer GPK die Schaffung einer Amtsleitung für das Departement Gesundheit und Alter durch alle Reihen unbestritten. Die GPK Gesellschaft und Sicherheit hat das Budget Gesundheit und Alter grossmehrheitlich gutgeheissen.

*Seite 57*

Keine Wortmeldungen.

*Seite 58*

**Gemeinderat Christoph Keller, Referent der Fraktion FDP/SVP/EDU:** Wie Sie im Vorfeld zur heutigen Sitzung mitbekommen haben, beabsichtigten Christoph Tschanen und ich, einen mehrteiligen Antrag zum Departement Gesundheit und Alter zu stellen. In der Vorfraktion von heute Nachmittag haben wir Argumente gefunden, um einen neu formulierten Antrag zu stellen, der auch in eine ähnliche Stossrichtung führt. Die vorgeschlagene Amtsleitung möchten wir neu auf 60 % belassen, dafür schlagen wir vor, die Anlaufstelle für Alters- und Generationenfragen um 20 % auf neu 40 % zu reduzieren. Aus dieser vorgeschlagenen Aufteilung ergibt sich neu eine 100%-ige Ansprechmöglichkeit im Departement für Gesundheit und Alter. Somit ist eines unserer Hauptziele erreicht. Das neue Personal sollte effizient und kundenfreundlich eingesetzt werden. Das insgesamt um 100 % aufdotierte Departement Gesundheit und Alter sollte neu aber mit weniger externer Unterstützung auskommen können. Deshalb stellen wir die beiden weiteren Anträge aus dem ursprünglichen Vorschlag dennoch. Wir fordern die Kürzung von Budgetposition 4000.3131.80 Planung und Projektierung Dritter um 25'000 Franken von

80'000 Franken auf 55'000 Franken. Wir möchten zudem eine Reduktion der Budgetposition 4000.3132.80 Diverse Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten um 20'000 Franken von 40'000 Franken auf neu 20'000 Franken. Wir sind überzeugt, dass mit diesem schlanken und effizienten Vorschlag viele Synergien gewonnen werden können. Die neue Amtsleitung und die Anlaufstelle werden so in eine dem momentan finanziellen Spielraum der Stadt gerecht werdende Startposition gebracht.

**Gemeinderat Michael Hefti, Referent der Fraktion CVP/EVP:** Ich bitte Sie, genannten Antrag zur Reduzierung der Anlaufstelle zurückzuweisen. Wir sind klar der Meinung, dass das der richtige Weg ist, wie ihn der Stadtrat geplant hat.

**Stadträtin Elsbeth Aepli Stettler:** Es befinden sich sowohl auf Seite 58 als auch auf Seite 59 Positionen, welche zusammengehören.

**Gemeinderatspräsident Kurt F. Sieber:** Ich habe nur 58.

**Stadträtin Elsbeth Aepli Stettler:** Seite 58 ist nur die Reduktion von 25'000 Franken. Amtsleitung und Anlaufstelle ist nicht dort.

**Gemeinderatspräsident Kurt F. Sieber:** Auf Seite 58 ist nach meinem Wissen die Position 3131.80 Planung und Projektierung Dritter, Kürzung um 25'000 Franken von 80'000 Franken auf 55'000 Franken und die Position 3132.80 Diverse Honorare externe Berater, Gutachter und Fachexperten, Kürzung um 20'000 Franken von 40'000 Franken auf 20'000 Franken.

**Stadträtin Elsbeth Aepli Stettler:** Nur hat es einen Zusammenhang. Ich frage mich, ob man nicht alles zusammen diskutieren kann. Ich kann schon zu diesen zwei Positionen Stellung nehmen.

**Der Ratspräsident:** Dann nehme ich den dritten Antrag Seite 59 Position 4110.3010.00, Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals, Reduktion der Anlaufstelle Koordination im Alter um 20 % von 60 % auf 40 % dazu. Somit diskutieren wir jetzt über Seiten 58 und 59.

**Gemeinderat Peter Hausammann:** Ich komme jetzt nicht mehr draus. Jetzt würde ich gern wissen, um welchen Antrag es geht. Sind es nun vier Anträge oder ist es nur ein Antrag? Das ist mir jetzt nicht klar.

**Der Ratspräsident:** Für mich sind es drei Anträge.

**Gemeinderat Peter Hausammann:** Sind das separate Anträge? Das müssen die Antragsteller sagen. Das ist mir nicht klar geworden.

**Gemeinderat Christoph Keller:** Es sind drei Anträge, die einen Zusammenhang haben. Drei Anträge, über die einzeln abgestimmt wird.

**Stadträtin Elsbeth Aepli Stettler:** Wenn wir nun über drei oder vier verschiedene Anträge abstimmen, dann möchte ich wirklich nur zum ersten Antrag Stellung nehmen, zu diesem Antrag Planung und Projektierung Dritter, wo der Antrag lautet, von 80'000 Franken 25'000 Franken zu streichen. Das sind die Projekte der Anlaufstelle Alter. So muss ich das verstehen, die anderen Beträge sind ja so weit gegeben. Ich beantrage Ihnen, diese Projekte für die Anlaufstelle Alter – es ist vielleicht etwas zu eng formuliert – Anlaufstelle Alter und für die Projekte aus dem

Alterskonzept diese 25'000 Franken drin zu lassen. Wir hatten im ursprünglichen Alterskonzept hierfür 2015 sogar Projekte im Umfang von 45'000 Franken vorgesehen und haben bereits ziemlich reduziert, auch weil die personelle Lage so ist, dass man nicht allzu viel umsetzen kann.

Bei Konto 4000.3132.80 Diverse Honorare, die Reduktion um 20'000 Franken, da bitte ich Sie, diese Reduktion nicht vorzunehmen. Hier geht es mir auch vielleicht etwas ähnlich wie Stadtrat Urs Müller. Hier werde ich nicht wie ein Löwe dafür kämpfen. Wir sind in früheren Jahren vielleicht mit tieferen Honoraren durchgekommen. Es hängt aber damit zusammen, wie die Amtsleitung dann ausgestaltet ist, wie schnell sie kommt, ob sie auf Mitte Jahr kommt, ob sie erst später kommt, je nachdem benötige ich mehr oder weniger Mittel im Jahr 2015. Ich habe bei den Honoraren nie extrem viel ausgegeben, ausser vielleicht, als wir das Alterskonzept erarbeitet haben. Wenn man das um 20'000 Franken reduziert, dann weiss ich es und muss dann halt schauen, wie es funktioniert und allenfalls auch etwas aufschieben.

**Gemeinderat Peter Hausammann:** Ich möchte nun etwas beliebt machen zum Verfahren. Es geht um diese beiden Positionen, die wir gerade gehört haben und um den dritten Antrag der Personalkosten, was – wie die Antragsteller gesagt haben – zusammengehört. Ich möchte beliebt machen, dass wir zuerst über den Personalaufwand abstimmen. Je nachdem, wie das herauskommt, möchte ich gern anders abstimmen über diese einzelnen Sachaufwendungen. Das ist ja auch die Argumentation der Antragsteller. Sie sagen, wenn wir diese Amtsstelle in ihrem Sinn haben, braucht es die anderen Sachen nicht.

**Gemeinderat Marcel Epper:** Ich hätte von den Antragstellern noch gern gehört, um welchen Betrag die Löhne des Amts- und Betriebspersonals gekürzt werden sollen. Es geht hier um eine konkrete Frankenbudgetposition, nicht um eine Stellenprozentposition.

**Gemeinderat Robert Zahnd:** Ich frage die Stadträtin an: Wie hoch ist der Lohn für die Anlaufstelle zu 100%? Dann kann ich Ihnen gleich sagen, wie hoch der Betrag ist, den wir kürzen müssen.

**Gemeinderat Peter Hausammann:** Könnte man das jeweils nicht vorher klären, wenn man einen Antrag vorbereitet?

**Stadträtin Elsbeth Aepli Stettler:** Ich denke, ich habe diese Zahlen mehr als ausgiebig geliefert. Die Anlaufstelle ist mit 60 % budgetiert. 60'000 Franken. Das ist sehr einfach: Die Reduktion ist 20'000 Franken, wenn man die Anlaufstelle auf 40 % reduziert.

**Gemeinderat Stefan Leuthold, Referent der Fraktion CH/Grüne/Grünliberale:** Ich habe einen Antrag, der sich auf Seite 59 bezieht, aber da die Seite 59 mit Seite 58 verknüpft ist, erlaube ich mir, diesen jetzt zu stellen.

Es geht um die Position 4110.3010.00, Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals: Im Betrag von 158'100 Franken ist das bisherige Abteilungssekretariat, die Anlaufstelle mit 60 % Pensum und neu die Amtsleitung Alter und Gesundheit mit 60 % Pensum budgetiert. Die Anlaufstelle, welche im Versuchsbetrieb weitergeführt wird, ist von der Fraktion CH/Grüne/GLP nicht umstritten. Was jedoch die geplante Amtsleitung betrifft, erhielten wir erst wenige Tage vor der heutigen Sitzung erste Hintergrundinformationen, weshalb die Amtsleiterstelle neu geschaffen werden soll und wie die Ausgestaltung der Stelle aussehen könnte. Uns blieb somit zu wenig Zeit, um uns fraktionsintern eine objektive Meinung bilden zu können. Die Fraktion CH/Grüne/GLP stellt deshalb einen Streichungsantrag für diesen Betrag – die genaue Zahl kann

ich nicht nennen, die ist nicht ersichtlich – welcher für die neue Amtsleitung vorgesehen ist. Per Anfang 2015 oder vor der Budgetierung 2016 wünschen wir rechtzeitig eine separate Botschaft, in welcher die geplante Neubesetzung fundiert begründet wird und im Stellenbeschrieb die Aufgaben und Leitungsfunktionen detailliert aufgeführt werden. Wir bitten Sie, unseren Antrag zu unterstützen.

**Gemeinderat Michael Hefti, Referent der Fraktion CVP/EVP:** Ich bitte Sie, auch diesen Antrag abzulehnen. Wir sind klar der Meinung, dass es falsch ist. Im Votum des GPK-Sprechers wurden bereits einige Punkte erwähnt, ich wiederhole dies aber trotzdem. Ich finde, es grenzt schon fast an einen Hohn, diese Stelle um ein Jahr zu verschieben oder diese Amtsleiterstelle gar zu streichen. Im Moment leisten die Stadträtin und das Sekretariat massive Überstunden. Ich finde es verantwortungslos, auf dem Buckel des Personals zu sparen. Das finde ich wirklich nicht richtig. Der Aufwand in dieser Abteilung ist in den letzten Jahren massiv gestiegen. Wir sprechen von einer Vervierfachung des Umsatzes, massiv mehr Personal und natürlich auch von der demografischen Entwicklung. Die Babyboomer kommen jetzt ins Pensionsalter und da muss man einfach auch entsprechend reagieren. Wir haben noch gar nicht von den Angestellten gesprochen, wenn man die Spitex dazuzählt, sind es 240 Stellen. Ich bin klar der Meinung, dass wir diesen Antrag ablehnen müssen.

**Gemeinderatspräsident Kurt F. Sieber:** Kann der Stadtrat eine Frankenbezeichnung für diese 60 % geben?

**Stadträtin Elsbeth Aepli Stettler:** Die Fraktionen bzw. die GPK hat diese Zahlen eigentlich. Budgetiert sind jetzt 158'000 Franken. 60'000 Franken sind für die Anlaufstelle, 71'000 Franken für die Amtsleitung bei 60 % und 27'000 Franken das Abteilungssekretariat, das seit Jahren so funktioniert. Also kann man ausrechnen, was das ist, wenn man sagt, Anlaufstelle 40 %, sind es 40'000 Franken, Amtsleitung 60 % sind 71'000 Franken, das Abteilungssekretariat 27'000 Franken. Das ergibt zusammen 138'000 Franken. Wenn man nun sagt, die Anlaufstelle 60 % gibt 60'000 Franken, das Abteilungssekretariat 27'000 Franken, so ergibt das zusammen 97'000 Franken, da wäre der Antrag von CH/Grüne/GLP. Aber ich sage jetzt nur mal die Zahlen, zu den Gründen, warum ich dagegen bin, werde ich das Wort ja noch erhalten.

**Gemeinderätin Monika Landert, Referentin der Fraktion SP/Gewerkschaftsbund/JUSO:** Der Prozentanteil der älteren Bevölkerung steigt aus demografischen Gründen stetig an. Deshalb dem Departement Gesundheit und Alter vorzuwerfen, dass in diesem Departement die Ausgaben steigen, finde ich äusserst unfair. Ziel des Alterskonzepts und inbegriffen auch der Anlaufstelle muss es sein, dass unsere älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger so lange wie möglich selbstständig und selbstverantwortlich agieren können. Das setzt Wahlmöglichkeiten, zum Beispiel bezüglich der Wohnformen voraus. Das bedeutet aber auch, dass die älteren Menschen selbst entscheiden können, ob sie zu Hause durch die ambulanten Dienste betreut oder in ein Altersheim oder Pflegeheim eintreten wollen. Wahlmöglichkeiten bedeuten schliesslich auch, dass zwischen verschiedenen Anbietern ausgewählt werden kann. Um diese Wahlmöglichkeiten ausüben zu können, braucht es eine gute Information und eine Unterstützung in Form von Beratung über die Inanspruchnahme von Dienstleistungen sowie allenfalls über Rechte und Pflichten. Diese Aufgaben kann und soll die Anlaufstelle übernehmen, da das auch im Interesse der Stadt ist. Langfristig wird sich das auch für die Stadt auszahlen, denn wenn ältere Menschen länger zu Hause bleiben können, weil sie die dazu nötigen Hilfsangebote kennen, senkt das auch die Kosten im Alters- und Pflegeheimbereich. Der Kanton schliesslich schreibt in seinem Alterskonzept ganz klar, dass die Gemeinden ihrerseits ebenfalls Alterskonzepte zu entwickeln haben. Das hat die Stadt Frauenfeld ja auch gemacht. Nun kann es doch aber nicht sein, dass gleichzeitig ge-

plante Ausgabeposten wie die Anlaufstelle oder benötigte Projektgelder zusammengestrichen oder ganz gekürzt werden und damit das städtische Alterskonzept nicht mehr als ein Papiertiger sein wird. Sparen auf Kosten der älteren Bevölkerungsgruppe scheint mir unangebracht. Schauen wir, dass der Spruch von Dieter Hildebrand nicht als Realität wahrgenommen wird in Frauenfeld: "Im Prinzip ist das Altwerden bei uns erlaubt, aber es wird nicht gern gesehen."

**Der Ratspräsident:** Ich möchte dem Rat folgende Reihenfolge der Abstimmung über die Anträge vorschlagen: Als Erstes möchte ich den Antrag Amtsleiterstelle, dann die Anlaufstelle, dann Budgetposition Planung und Projektierung Dritter und am Schluss den Budgetposten für diverse Honorare externe Berater, Gutachter und Fachexperten nehmen. Ist der Rat mit diesem Vorgehen einverstanden? Keine Wortmeldungen aus dem Gemeinderat.

**Stadträtin Elsbeth Aepli Stettler:** Es wird nicht so einfach werden, wir haben eine ganze Palette von Varianten. Der Stadtrat hat 120 Stellenprozente budgetiert, 60 % Amtsleitung und 60 % Anlaufstelle. Wir haben dann zwischendurch unter der Hand den Antrag von 80 % Amtsleitung unter Aufhebung der Anlaufstelle. Die Begründung damals für die 80 % Amtsleitung, die Sie zum Teil gehört haben, war eigentlich noch einleuchtend, dass nämlich eine Amtsleitung wirklich präsent sein muss. Dieser Antrag ist nun heute nicht mehr da. Jetzt ist noch ein Antrag da von 100 %, das soll dann aufgeteilt werden auf 60 % Amtsleitung und 40 % Anlaufstelle, dann noch der Antrag nur 60 % Anlaufstelle, aber keine Amtsleitung. Ich muss sagen, dass es die Amtsleitung nun wirklich braucht. Es trifft nicht zu, dass der Gemeinderat oder die GPK da nicht rechtzeitig informiert worden sind. Wir hatten beispielsweise am 2. Juli 2014 hier in diesem Rat eine Information über die Neuorganisation der Departemente, da wurde vorgestellt, dass es eine Amtsleitung im Departement Gesundheit und Alter geben soll. Die Gründe wurden damals auch genannt, sie sind auch auf Seite 16 der Botschaft aufgeführt. In der GPK selber habe ich auch Ausführungen gemacht und die Stelle war dort unbestritten. Es wurden auch keine Fragen mehr dazu gestellt. Dann muss ich auch nicht – die Sitzung hat ja sowieso schon vier Stunden gedauert – noch verlängernd weitere Ausführungen dazu machen. In allen Departementen gibt es Amtsleitungen für alle Bereiche, das braucht es auch im Ressort Gesundheit und Alter. Ich muss auch sagen, dass es eigentlich seit Jahren ein Thema ist. Ich habe es nur aufgeschoben, weil eben diese Reorganisation am Laufen war. Ob diese Stelle nun 60 % ist, wie wir es budgetiert haben, oder eben sogar, wie andiskutiert wurde, 80 %, da wäre ich sehr offen. Aber 60 % müssen es ganz sicher sein. Bei der Anlaufstelle ist für mich interessant, dass seitens CH/Grüne/GLP die Anlaufstelle für sinnvoll erachtet wurde, aber nicht der Chef für diese Anlaufstelle. Da wird dann einfach mir eine weitere Führungsaufgabe angehängt, obwohl die jetzige Organisation in meinem Departement bereits heute überholt ist und an sich nicht mehr zukunftstauglich ist. Es ist ja auch so, dass man sagen muss, warum hat es bis jetzt funktioniert? Es hat funktioniert, weil ich mir gesagt habe, die Umsetzung des Alterskonzepts und die Anlaufstelle finde ich wichtig. Da bin ich auch bereit, entsprechend Zeit zusätzlich zu investieren. Aber das ist einfach nicht zukunftstauglich. Das Problem ist auch, dass zu viel Know-how bei mir als Stadträtin ist. Das Know-how muss eigentlich an die Verwaltung übergeben werden, damit es dann auch bei der Stadt bleibt. Bei der Anlaufstelle ist man ja jetzt der Meinung, dass sie laut Antrag von Christoph Tschanen mit 40 % funktionieren soll und nicht mit 60 %. Diese Variante hätte ich mir noch vorstellen können, Amtsleitung 80 % und Projektarbeit auf die Amtsleitung zu übertragen, aber nun 60 % Amtsleitung und 40 % Anlaufstelle ist zu wenig. Da werden keine Projekte umgesetzt, dabei ist das in diesem Bereich wirklich wichtig, auch Projekte, wo wir Sponsoren abholen können. Doch müssen wir auch entsprechend Eigenleistung erbringen, vor allem Woman- oder Manpower. Insgesamt meine ich, dass diese 120 Stellenprozente angebracht sind. Amtsleitung und Anlaufstelle in der gleichen Person würde auch nicht aufgehen, abgesehen davon, dass ich jetzt bei der Anlaufstelle jemanden habe, die befristet angestellt ist.

Aber diese Person ist sicher nicht die richtige Person, um die Amtsleitung zu machen. Dann muss ich diese Person auf 40 % reduzieren, wäre noch machbar, aber dann eine 60 % Amtsleitung wäre nicht gut. Wenn eine Anlaufstelle mit 40 % die Meinung des Gemeinderats ist, müssen wir das entsprechend organisieren. Der Schaden trägt nicht der Gemeinderat, sondern den Schaden tragen Angehörige, Seniorinnen und Senioren, die halt einfach weniger Beratung und weniger Information bekommen. Und wenn wir immer sagen, ambulant vor stationär, muss man das auch umsetzen, da braucht es Informationen, damit man die verschiedenartigen ambulanten Angebote kennt. Und wenn wir von Entlastung der Pflege Angehöriger sprechen, muss man die entsprechende Unterstützung bieten. Die Zahlen, wie es demografisch zunimmt, wurden vom GPK-Sprecher erwähnt, die Seniorinnen und Senioren nehmen zu, da braucht es auch entsprechende Angebotserweiterungen. Wenn wir mehr Kinder haben, bauen wir Schulhäuser, stellen Lehrer an, wenn wir mehr Seniorinnen und Senioren haben, müssen wir in diesem Bereich etwas tun und nicht einfach Altersheime bauen, das ist das Falsche.

Beim Bereich Budget für Projekte bin ich der klaren Meinung, dass wir 25'000 Franken benötigen für Projekte aus dem Alterskonzept. Wir sind im Gespräch mit Stiftungen, die ich bisher gar nicht gekannt habe. Die sind bereit, grössere Projekte zum Beispiel im Demenzbereich mitzufinanzieren, aber dann müssen wir auch selber gewisse Beträge stellen, damit etwas Rechtes zustande kommt. Bei den Honoraren habe ich gesagt, wenn die Stellen wie vom Stadtrat beantragt durchkommen, könnte ich dort auch mit 20'000 Franken Honoraren leben. Wenn aber die Amtsleiterstelle mit 60 % durchkommt und dann die Anlaufstelle nur mit 40 %, brauche ich wieder mehr Honorare. Dann kann man dort nicht 20'000 Franken kürzen.

**Gemeinderat Andreas Elliker:** Ich stelle den Antrag, zuerst über die Anlaufstelle abzustimmen, weil dieser Antrag zuerst eingegangen ist. Das heisst, die Anlaufstelle wird von 60 % auf 40 % gekürzt, Betrag 20'000 Franken, danach über die Amtsleitung mit 60 %.

**Der Ratspräsident:** Somit wäre die Reihenfolge der Anträge wie folgt: 1. Anlaufstelle 2. Amtsleitung, 3. Kürzung Budgetposition für Planung und Projektierung Dritter, 4. Kürzung Budgetposition Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten.

**Abstimmung über den Antrag der Gemeinderäte Christoph Tschanen und Christoph Keller, Konto 4110.3010.00 Kürzung der Anlaufstelle für Koordination im Alter um 20 % von 60 % auf 40 % und somit um 20'000 Franken. Dem gegenüber steht der Antrag des Stadtrats 60 % bzw. 60'000 Franken.**

<b>Antrag Tschanen/Keller:</b>	13 Stimmen
<b>Antrag Stadtrat:</b>	18 Stimmen
<b>Enthaltungen:</b>	5

Der Antrag des Stadtrats, Anlaufstelle mit 60 % wird angenommen.

**Abstimmung über Antrag Fraktion CH/Grüne/GLP Konto 4110.3010.00 Streichung der Stelle Amtsleiter 60 %, Betrag 71'000 Franken gegenüber dem Antrag des Stadtrats 60 %, 71'000 Franken:**

<b>Antrag CH/Grüne/GLP:</b>	12 Stimmen
<b>Antrag Stadtrat:</b>	15 Stimmen
<b>Enthaltungen:</b>	9

Der Antrag des Stadtrats für die Amtsleitung mit 60 % wird angenommen.

**Abstimmung Antrag Gemeinderäte Tschanen/Keller Konto 4000.31.31.80 Kürzung Budgetposition um 25'000 Franken für Planung und Projektierung Dritter von 80'000 Franken auf 55'000 Franken gegenüber dem Antrag des Stadtrats, den Betrag auf 80'000 Franken zu belassen:**

<b>Antrag Tschanen/Keller:</b>	18 Stimmen
<b>Antrag Stadtrat:</b>	16 Stimmen
<b>Enthaltungen:</b>	2

Der Antrag der Gemeinderäte Tschanen/Keller, Kürzung des Beitrags für Planung und Projektierung Dritter um 25'000 Franken auf 55'000 Franken wird angenommen.

**Abstimmung über Antrag Gemeinderäte Tschanen/Keller Konto 4000.3132.80 Kürzung Budgetposition um 20'000 Franken für diverse Honorare externer Berater, Gutachter und Fachexperten von 40'000 Franken auf 20'000 Franken gegen Antrag des Stadtrats, den Budgetposten bei 40'000 Franken zu belassen:**

<b>Antrag Tschanen/Keller:</b>	24 Stimmen
<b>Antrag Stadtrat:</b>	10 Stimmen
<b>Enthaltungen:</b>	2

Der Antrag Tschanen/Keller, Kürzung des Betrags Kürzung Budgetposition um 20'000 Franken für diverse Honorare externer Berater, Gutachter und Fachexperten wird angenommen.

*Seiten 60 – 64*

Keine Wortmeldungen.

## **Departement für Gesellschaft und Soziales**

Erfolgsrechnung, Register 3, Seiten 64 – 77

**Gemeinderat Stefan Leuthold, Referent der GPK Gesellschaft und Soziales:** Mit der Verwaltungsreorganisation per 1. Januar 2015 kommen bei diesem Departement nebst den bisherigen Aufgaben neu die Jugendarbeit sowie die Übernahme des Pro Juventute Elternbriefs hinzu. Im Departement für Gesellschaft und Soziales sind ab 1. Januar 2015 zwei Ämter zusammenge-

fasst, das Amt für soziale Dienste und das Amt für Gesellschaft und Integration. Durch die Umstellung auf HRM2 mit der Schaffung einer neuen Unterstruktur fehlt der direkte Vergleich zu den Vorjahreszahlen. Das Budget 2015 für dieses Departement wurde deshalb auf Basis der aktuellen Ausgaben 2014 erstellt. Stellenanpassungen wurden nur dann vorgenommen, wenn sie für die Auftragserfüllung ausgewiesen und notwendig sind. Wo immer möglich und sinnvoll wurden Einsparungen vorgenommen und neue Projekte vorerst zurückgestellt. Allgemein lassen sich zum Budget 2015 folgende Aussagen machen:

1. Zurzeit sind rund 450 Fälle von Sozialhilfe pendent. Damit liegt Frauenfeld bei rund 3 %, was höher ist als der kantonale Durchschnitt von 2,3 %. Die Anzahl Fälle bleibt konstant, jedoch nimmt die Zahl der abgeschlossenen Fälle ab. Mit anderen Worten: Die Klienten bleiben länger in der Sozialhilfe. Dies bei gleichbleibenden Stellen gegenüber 2013. Hier ist im Budget 2015 eine zusätzliche 60%-Stelle vorgesehen, welche jedoch auf vier Jahre befristet ist, sowie eine weitere befristete 90%-Stelle im Bereich Sozialhilfe für ein Jahr. Nach rückläufiger Fallentwicklung kann diese Stelle wieder reduziert werden.
2. In der Berufsbeistandschaft, wo Mandate im Auftrag der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde KESB geführt werden, ist der Administrativ- und Buchhaltungsaufwand bei gleichbleibend hoher Fallbelastung massiv gestiegen. Wegen der hohen Arbeitslast sind häufige Ausfälle beim Personal zu beklagen. In der Buchhaltung Berufsbeistandschaft betrug der Arbeitsrückstand zeitweise rund drei Monate. Daher wurde eine unterjährige zusätzliche 80%-Stelle beantragt, welche durch den Stadtrat genehmigt wurde. Hier ist noch anzumerken, dass Frauenfeld im Vergleich zu anderen Thurgauer Gemeinden zuvor in diesem Bereich personell klar unterdotiert war.
3. Im Amt für Gesellschaft und Integration wurde der Kontoplan neu gegliedert. In diesem Bereich sind per 2015 einerseits Mehrkosten budgetiert, welche jedoch durch Einsparungen weitgehend kompensiert werden.

Wie alle anderen städtischen Ressorts ist auch das Departement für Gesellschaft und Soziales zum Sparen angehalten. Hier besteht jedoch nur wenig Spielraum, da die meisten Bereiche gesetzlich vorgeschrieben sind. Anlässlich der GPK-Sitzung wurden uns folgende mögliche Sparmassnahmen vorgestellt:

1. Konto 5112.3010.00 Durch die Sistierung der Berufspraktika könnte bei den Löhnen des Verwaltungs- und Betriebspersonals der Betrag von 60'000 Franken pro Jahr eingespart werden. Die Berufspraktika ermöglichen Arbeitslosen, eine auf ein halbes Jahr befristete Stelle im städtischen Alterszentrum oder im Werkhof anzutreten, was den Einstieg oder die Rückkehr in den ersten Arbeitsmarkt erleichtert – ein sogenannter Türöffner. Die GPK Gesellschaft und Sicherheit sprach sich mit 6 Ja- und 1 Nein-Stimme dafür aus, auf die Sistierung dieses Betrags zu verzichten und eine Budgeterhöhung zu beantragen. Sie finden diesen Antrag auf dem Lachsfarbenen Papier.
2. Konten 5110.3637.51, 5110.4260.51, 5110.3637.52 und 5110.4260.52: Diese Konto-gruppe wird dem Beschäftigungsprogramm 55plus zugeordnet. Bekanntlich stehen Menschen ab dem 55. Altersjahr auf dem Arbeitsmarkt nicht mehr sehr hoch im Kurs. Dies gilt besonders dann, wenn sie nur einen kleinen schulischen Rucksack vorweisen können. Bis anhin bot die Stadt Beschäftigungsprogramme für solche Personen an, welche ihnen Tagesstruktur, sozialen Rückhalt, Anerkennung und Menschenwürde geben. Zurzeit befinden sich 10 Schweizer und 6 Ausländer in solchen Programmen, was die Stadt pro Jahr netto 100'000 Franken kostet. Würden dieselben 16 Personen ihre Tagesstruktur und den sozialen Halt verlieren und via KESB in ein Heim eingewiesen, entstünden der Stadt zehn Mal höhere Kosten, ca. 7'500 Franken pro Person und Monat. Die GPK Gesellschaft und Sicher-

heit sprach sich daher einstimmig gegen die geplante Sparmassnahme von 100'000 Franken im Beschäftigungsprogramm von 55plus und somit für eine Erhöhung des Budgets aus. Sie haben das ebenfalls auf dem Lachsfarbenen Papier.

In der Schlussabstimmung wurde das Budget des Departements für Gesellschaft und Soziales mit 7 zu 0 Stimmen einstimmig angenommen unter Berücksichtigung der beiden genannten Anpassungen, welche ich erwähnt habe.

*Seite 64*

Keine Wortmeldungen.

*Seite 65*

**Gemeinderat Thomas Gemperle, Referent der Fraktion FDP/SVP/EDU:** Konto 5001.3638.00, Beiträge Auslandhilfe (an Hilfswerke): Ich möchte diesen Betrag um 80'000 Franken auf 5'000 Franken reduzieren. Gemäss Aussagen des Stadtrats wurde das Budget nach Sparmöglichkeiten durchsucht. Bei diesem Konto konnte der Stadtrat jedoch, wenn er noch gewollt hätte, nichts einsparen. Denn eine im letzten Jahrhundert angenommene Motion des Gemeinderats verpflichtet den Stadtrat, dies so zu budgetieren. Ich habe in meiner einfachen Anfrage diese Thematik aufgearbeitet und das Fazit ist: Der Gemeinderat hat die Budgetkompetenz und muss hier selbstständig Korrekturen vornehmen. Dies möchte ich mit meinem Antrag ermöglichen.

Zur Entwicklungshilfe: Der Bund hat beschlossen, den Anteil an Entwicklungshilfe am Bruttonationaleinkommen auf 0,5 % zu erhöhen. Das führt dazu, dass die Entwicklungshilfeprofis vom Bund massiv mehr Mittel dafür zur Verfügung haben. Im Jahr 2009 waren es noch rund 1,4 Mia. Franken, im Jahr 2013 waren es bereits über 2 Mia. Franken, und im Jahr 2014 sogar 2,2 Mia. Franken, also nochmals 200 Mio. Franken zusätzlich. Die Schweiz hat mit den DEZA Schwerpunktländer definiert und versucht so, gezielt und wirkungsvoll zu helfen. Es ist auch in Anbetracht dieser massiven Budgetsteigerung unnötig, dass die Stadt Frauenfeld auch noch Auslandhilfe betreibt, indem Spendengelder ohne Konzept an Organisationen verteilt werden. Die verbleibenden 5'000 Franken sollen gezielt für Hilfswerke und Aktionen mit einem Bezug zu Frauenfeld eingesetzt werden.

**Gemeinderat Jürg Joss:** Ich unterrichte Englisch, und wie es halt so ist um diese Zeit, spielt Charles Dickens, A Christmas Carol, eine gewisse Rolle in meinem Unterricht. Ich wurde bereits beim Streichungsantrag zu den Kulturbeiträgen und Sandra Kerns Antwort an eben diesen Scrooge erinnert, den weltberühmten Griesgram und Geizkragen, und jetzt erneut. Während beim Kulturbeitrag Scrooges Verabscheuen von allem Vergnügen, Tanzen, Musik und Weihnachten das Thema war, ist es jetzt seine Art und Weise, wie er die sozial Benachteiligten behandelt hat, und zwar steckt sie ins Gefängnis, steckt sie ins Arbeitslager. Etwa so kleinlich kommt mir dieser Antrag vor. Ich bin sicher, wenn Sie es jetzt dann noch auf 10vor10 schaffen, kriegen Sie eine Auswahl aus Taifunkatastrophen, Ebolakatastrophen und so weiter, und wir sitzen hier und feilschen um unseren Wohlstand. In diesem Sinn möchte ich einen Gegenantrag stellen, und zwar dass der Budgetposten Auslandhilfe auf 100'000 Franken zu erhöhen sei.

**Gemeinderat Pascal Frey:** Zum Votum von vorhin ist nicht mehr viel anzumerken. Es hat aus dem Bauch gesprochen. Ich möchte aber klar noch sagen, unsere Fraktion findet es ärmlich, hier zu streichen aus denselben Gründen, wie sie vorhin bereits erwähnt wurden. 85'000 Franken sind nicht viel in diesem Budget und das Geld wird gut eingesetzt. Ich hoffe, der Stadtrat kann uns dann vielleicht auch einige Beispiele geben, aber wie in der Anfrage beantwortet, haben die Projekte einen Bezug zu Frauenfeld, ich glaube, das dürfte man ruhig unterstützen.

**Stadträtin Christa Thorner:** In diesem vorliegenden Konto sind die beiden vormaligen Konten Auslandhilfe mit 75'000 Franken und ausserordentliche Hilfsaktionen Ausland vereint. Diese ausserordentliche Hilfsaktionen, die jeweils mit 10'000 Franken budgetiert sind, können je nach Katastrophen nicht immer ausgenützt werden. Wir haben in diesem Mai für die syrische Flüchtlingstragödie an die Caritas 5'000 Franken bezahlt und 5'000 Franken für die Opfer der Überschwemmungskatastrophe im Balkan. Das ist der Budgetposten ausserordentliche Hilfsaktionen.

Gemeinderat Gemperle hat in seiner einfachen Anfrage vor allem die Auslandhilfe angemahnt, beziehungsweise jetzt im Namen der Fraktion FDP/SVP den Antrag gestellt. Gerne erinnere ich daran, dass die Auslandhilfe einem einstimmigen Motionsantrag des Gemeinderats entspringt. Die damalige Fraktionssprecherin der FDP/SVP/EDU, Marianne Krämer, betonte, ich zitiere, dass die Entwicklungshilfe mit der Asylproblematik im Zusammenhang gesehen werden müsse und die Fraktion der Meinung sei, dass es strategisch und menschlich klüger sei, in den Herkunftsländern gezielt zu helfen. Ich zitiere nochmals: "Die FDP/SVP-Fraktion stellt fest, dass es sich bei der Entwicklungshilfe, wie dies der Stadtrat zu Recht feststellt, um eine gemeinsame moralische Pflicht handelt". Gezielte Hilfe zur Selbsthilfe forderte damals auch Gemeinderat Werner Gubler selig. Als Mitunterzeichner der Motion forderte er insbesondere Ausbildungs-, Wasserprojektunterstützung sowie medizinische Projekte. Diesen Kriterien entsprechend haben wir in den vergangenen Jahren diese Projektgelder nicht sinnlos, sondern den Kriterien der damaligen Gemeinderatsfraktion SVP/FDP entsprechend umgesetzt. Nämlich Hilfe zur Selbsthilfe vor Ort, und insbesondere dort, wo ein Bezug zu Frauenfeld besteht. Das haben Sie vorhin doch gefordert. Wir unterstützen in erster Linie jene Projekte, die irgendetwas mit Referenzen von Frauenfeldern und Frauenfelderinnen die Gelder gezielt einsetzen können. Die Summe ist übrigens in den letzten 13 Jahren immer gleich gross gewesen. Sie betrug schon im Voranschlag 2002 vor meinem Amtsantritt 70'000 Franken. Ich bitte Sie, den Antrag zur Streichung der Auslandhilfe nicht zu unterstützen. Gemäss dem Motto und dem Leitsatz unseres Realisierungsprogramms Stadtentwicklung, ich erinnere daran, die Stadt Frauenfeld ist eine aktive, solidarische Gemeinschaft mit lebenswertem Umfeld.

**Abstimmung über den Antrag Gemperle, das Konto 5001.3638.00 Auslandhilfe um 80'000 auf 5'000 Franken zu kürzen, gegen Antrag Joss, das Konto auf 100'000 Franken zu erhöhen.**

<b>Antrag Gemperle:</b>	12 Stimmen
<b>Antrag Joss:</b>	14 Stimmen
<b>Enthaltungen:</b>	10

**Abstimmung über Antrag Joss, Konto 5001.3638.00 Auslandhilfe Erhöhung auf 100'000 Franken gegen Antrag des Stadtrats über 80'000 Franken:**

<b>Antrag Joss:</b>	12 Stimmen
<b>Antrag Stadtrat:</b>	23 Stimmen
<b>Enthaltungen:</b>	1

Der Antrag des Stadtrats über den Betrag für Auslandhilfe von 80'000 Franken wird angenommen.

Seite 66

**Gemeinderat Philipp Geuggis, Referent der Fraktion FDP/SVP/EDU:** Beschäftigungsprogramm 55plus: Die Sozialhilfe ist das letzte Auffangnetz für Menschen, die nicht in der Lage sind, in finanzieller Hinsicht für sich selber zu sorgen. Es ist für unsere Fraktion eine Selbstverständlichkeit, dass eine gebildete und funktionierende Gesellschaft sich um die schwächsten Menschen kümmert, und wir finden daher die Sozialhilfe eine zwingend nötige Aufgabe der Stadt. Das Ziel der Sozialhilfe ist es, jemandem in einer Notsituation zu helfen, damit er wieder auf die Beine kommt, damit er wieder für sich selber sorgen kann. In der Realität zeigt sich aber, dass der Anteil an sogenannten Sozialhilferentnern immer stärker ansteigt. Das sind Menschen, die über viele Jahre von der Sozialhilfe leben, weil sie es nicht schaffen, für ihren Lebensunterhalt selber zu sorgen. Sozialhilfe heisst ja nicht nur einfach Geld bekommen, sondern ein Sozialhilfeempfänger wird auch von den Mitarbeitenden des Sozialamts betreut und begleitet. Er erhält zudem Unterstützung bei der Arbeitssuche. Damit eine Stellensuche erfolgreich sein kann, ist es wichtig, dass jemand einen geregelten Tagesablauf hat, sich an Termine hält und ein potenzieller Arbeitgeber Referenzen einholen kann. Um das zu unterstützen, werden arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger dazu angehalten, an einem Beschäftigungsprogramm teilzunehmen. Verschiedene Institutionen bieten solche Beschäftigungsprogramme zu unterschiedlichen Konditionen an. Wenn jemand an so einem Beschäftigungsprogramm teilnimmt und regelmässig zur Arbeit erscheint, erhält er vom Sozialamt eine Integrationszulage ausbezahlt. Es ist nun festzustellen, dass mit der zunehmenden Anzahl permanenter Sozialhilferentnern aber auch die Zahl derjenigen Personen, die über viele Jahre in einem Beschäftigungsprogramm sind, zunimmt. Die Chancen auf eine Stelle im ersten Arbeitsmarkt werden naheliegenderweise immer kleiner. Für Menschen, die älter als 55 Jahre sind und die von der Sozialhilfe leben, gilt das genauso. Damit rückt das eigentliche Ziel, dass ein Mensch wieder auf eigenen Beinen stehen kann, immer weiter in die Ferne. Das Beschäftigungsprogramm hat dadurch auch nicht mehr den Zweck, das ursprüngliche Ziel zu erreichen, sondern lediglich noch einen gesellschaftlichen Charakter. Der Stadtrat hat diese Entwicklung richtig erkannt und daher beschlossen, die Ausgaben für das Beschäftigungsprogramm zu kürzen. Die Kürzung ist mit 100'000 Franken oder 0,74 % der ganzen Sozialausgaben der Stadt von 13'540'000 Franken sehr moderat ausgefallen. Zudem haben die Sozialarbeitenden in Härtefällen immer noch die Möglichkeit, eine Fortführung oder ein Begin eines Beschäftigungsprogramms für über 55-Jährige bei der Fürsorgebehörde zu beantragen. Die Fürsorgebehörde prüft im Einzelfall sorgfältig, ob der Antrag bewilligt wird oder nicht. Der Verzicht auf Leistungen der öffentlichen Hand ist für die Betroffenen immer schmerzhaft. In Anbetracht der permanenten Steigerung der Sozialhilfekosten ist es aber wichtig, ein klares Zeichen zu setzen. Die betroffenen Personen erhalten nach wie vor Sozialhilfe. Das heisst, ihre Wohnung, ihr Lebensunterhalt und ihre medizinische Versorgung werden durch die Gesellschaft sichergestellt. Das heisst, dass ein alleinstehender Sozialhilfeempfänger die Allgemeinheit etwa 2'000 Franken pro Monat kostet. Ein Leben von der Sozialhilfe darf nicht bequem sein. Der

Druck, für sich selber zu sorgen, muss möglichst hoch sein. Die Sozialhilfe ist das letzte Auffangnetz, und wenn jemand jahrelang von der Sozialhilfe lebt, ist es nicht mehr realistisch, dass er wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden kann. In so einem Fall müssen die Kosten für die Gesellschaft aber auch auf ein Minimum reduziert werden und Beschäftigungsprogramme ohne Aussicht auf Erfolg müssen eingestellt werden. Im Protokoll der GPK Gesellschaft und Sicherheit ist nachzulesen, dass 16 Personen von dieser vorgeschlagenen Kürzung des Stadtrats betroffen wären. Das heisst, pro Person sprechen wir von zusätzlichen Ausgaben von 6'250 Franken pro Jahr. Damit müssen wir uns fragen, ob die betroffenen Personen die Allgemeinheit etwa 24'000 Franken oder gut 30'000 Franken pro Jahr kosten dürfen. Natürlich bringt ein Beschäftigungsprogramm Struktur ins Leben eines Sozialhilfeempfängers. Trotzdem kann die Argumentation, dass alle Betroffenen von Alkoholismus bedroht werden und in ein Heim eingeliefert werden müssen, nicht überzeugen. Mit der Annahme eines Worst-Case-Szenarios lassen sich alle Ausgaben rechtfertigen. Dann wäre es auch angebracht, dass allen Erwerbstätigen eine Woche Regeneration in einem Kurhaus bezahlt wird, damit wir die Burnoutfälle reduzieren können. Aus diesen Gründen lehnt die Fraktion FDP/SVP/EDU die Budgeterhöhung durch die GPK Gesellschaft und Sicherheit mit grosser Mehrheit ab und beantragt, die Budgets folgender Konti auf den Vorschlag des Stadtrats anzupassen: 5110.3637.51 Unterstützung Schweizer auf 6,9 Mio. Franken, 5110.4260.51 Rückerstattungen Schweizer Reduktion auf 4,3 Mio. Franken, 5110.3637.52 Unterstützung Ausländer Reduktion auf 3,8 Mio. Franken, 5110.4260.52 Rückerstattung Ausländer auf 1,8 Mio. Franken. Mit der Unterstützung dieses Antrags stärken Sie die Kompetenz der Fürsorgebehörden, die alle Anträge sorgfältig und individuell prüfen wird.

**Gemeinderat Michael Hodel, Referent im eigenen Namen:** Als Geschäftsführer der Stiftung Wetterbaum bin ich direkt in diese Thematik involviert. Es sind zurzeit vier Personen aus Frauenfeld über 55, die in unserer Stiftung von dieser Sparmassnahme betroffen wären. Wir haben knapp 50 Plätze mit Leuten aus dem ganzen Kanton Thurgau, vier davon im Moment über 55 aus Frauenfeld. Wer denkt, dass sich mit dieser Gruppe viel Geld verdienen lässt, liegt falsch. Aus betriebswirtschaftlicher Sicht sind diese Arbeitsplätze für uns ein Minusgeschäft. Diese Leute verursachen in unserem Betrieb einen relativ grossen Aufwand. Es sind durchwegs Menschen, die leistungsschwach und schlecht in die Gesellschaft integriert sind. Wer sich davon überzeugen möchte, darf gern einmal einen Tag mit mir verbringen, ich führe ihn gern durch unseren Betrieb und zeige ihm auch Leute, die davon betroffen sind. Sparen tut weh, und zwar dem Betroffenen und nicht den Institutionen. Die meisten Betroffenen haben einen sehr niedrigen Bildungsstand und viele sind auch handwerklich schwach begabt. Diese Menschen sind meist chancenlos, wieder einen Job zu finden. Das gelingt leider nur in wenigen Ausnahmen. Viele haben eine berufliche Karriere als Hilfsarbeiter, Verkäuferin o.ä. hinter sich. Sie wollen arbeiten, aber sie sind nicht mehr gefragt. Die IV nimmt sie nicht auf, da die Einschränkungen zu wenig ausgeprägt oder zu gut verteilt sind. Bei der IV hätte jede dieser Personen automatisch Anrecht auf einen Arbeitsplatz in einer Institution. Ein Arbeitsplatz dort kostet die öffentliche Hand rund 2'500 Franken pro Monat und damit deutlich mehr. Für die Betroffenen selber ist die Sparmassnahme eine Katastrophe. Vor rund vier Wochen wurden die Betroffenen informiert, dass per Ende Jahr ihr Arbeitsverhältnis gekündigt wird. Bei sowieso tiefem Selbstwertgefühl ist dies ein weiterer Schlag, der ihnen kommuniziert, dass sie für die Gesellschaft nur eine Belastung sind. Es kann kaum verwundern, dass einige dieser Personengruppe in der Gefahr stehen, im Übermass Alkohol zu konsumieren. Die tägliche Arbeit gibt ihnen eine Struktur und übt auch eine soziale Kontrolle aus. Es wird verhindert, dass jemand bereits am Morgen Alkohol trinkt. Einer der Betroffenen war vor zwei Wochen in meinem Büro. Er äusserte klipp und klar, dass er ohne die Arbeitsstelle in der Gefahr steht, die Kontrolle in Bezug auf den Alkoholkonsum zu verlieren. Sollte dieser Mann nicht mehr arbeiten dürfen, dafür aber seine Alkoholproblematik überhandnehmen, würde er schnell zu einem Fall für die KESB. Wenn die KESB ein Heim verordnet, muss

dies von der Fürsorgebehörde bezahlt werden, ob sie will oder nicht. Vor einigen Tagen zügelten wir einen Fürsorgefall aus dem Raum Mittelthurgau in ein Heim im Oberthurgau. Kosten für Kost und Logis 250 Franken pro Kalendertag, 7'500 Franken monatlich, 90'000 Franken pro Jahr. Damit kostet diese Person im Heim fast so viel wie die Programmkosten 55plus zusammen. Ich bin überzeugt, dass wir mit dieser Investition von 100'000 Franken letztendlich deutlich mehr sparen, als wir ausgeben. Messen und kurzfristig nachweisen lässt es sich leider nicht. In der Präambel zu unserer Bundesverfassung bekennen wir, dass sich die Stärke des Volks am Wohl der Schwachen misst. Dieses Prinzip geht in unserer Gesellschaft mehr und mehr verloren. Wir sind bereit, auf dem Rücken der Schwächsten unsere finanzielle Optimierung auszutragen. Ich bin selber ein Sparfuchs und setze mich ein, dass wo immer möglich Kosten überprüft und Ausgaben gesenkt werden. Es gibt aber Grenzen. Wenn wir auf Kosten von Menschen, die in unserer Gesellschaft sowieso schon an den Rand gedrängt sind, unser Budget aufpolieren, geht das zu weit. Aus diesen Gründen empfehle ich Ihnen, den Vorschlag der GPK zu unterstützen und den Streichungsantrag abzulehnen.

**Gemeinderat Philipp Geuggis:** Ich danke Michael Hodel für diese Ausführungen, da er aus erster Hand berichten kann. Ich bin aber erstaunt, dass du nicht in den Ausstand trittst. Ich wäre davon ausgegangen, dass du als Geschäftsführer der Stiftung, die direkt von diesem Budgetposten betroffen ist, aufgrund des Interessenskonflikts in den Ausstand treten würdest.

**Gemeinderat Michael Hodel:** Ich habe mir das überlegt und habe mit einigen Ratskollegen darüber diskutiert. Dann gäbe es Hunderte von Geschäften, die hier im Rat behandelt werden, wo diverse Personen in den Ausstand treten müssten. Wenn wir allein im Programm der Stadt wären, würde ich das unterstützen, aber wenn wir vier dieser 16 Personen haben, kann ich diesen Antrag nicht unterstützen.

**Gemeinderat Christian Mäder, Referent im eigenen Namen:** Der Budgetentwurf des Stadtrats wies ein Defizit von rund 4,6 Mio. Franken aus. Dann haben wir gesehen, dass auf allen Ebenen zusammengestrichen wurde. Überall schmerzt das. Schlussendlich sind wir jetzt bei 1,6 Mio. Franken Aufwandüberschuss. Problematisch ist, dass über 95 % der Budgetposten gebundene Ausgaben sind, die entweder vom Gesetz, durch Verträge, Vereinbarungen oder durch Gemeinderatsbeschlüsse unangetastet bleiben. Der Spielraum für Kürzungen ist entsprechend klein. Der stadträtliche Entscheid, im Bereich Unterstützungen in einem Budgetposten von 13,54 Mio. Franken 100'000 Franken, weniger als ein Prozent zu kürzen, kann unter den genannten Vorzeichen vertretbar sein. Nun trifft es das Beschäftigungsprogramm. Dieses hat zum Ziel, dass Menschen über 55 dadurch den Wiedereinstieg in den ersten Arbeitsmarkt eher schaffen. Gemäss Auskunft der Sozialen Dienste kann diese Zielsetzung, den ersten Arbeitsmarkt wieder zu meistern, jedoch nicht mit dem gewünschten Erfolg erreicht werden. Das zeigt, dass das Instrument des Beschäftigungsprogramms nicht passend ist für diese Menschen, die zurzeit daran teilnehmen. Und das in einer guten bis sehr guten Wirtschaftslage. Das müssen wir einfach berücksichtigen. Wir wissen alle, dass die nächste wirtschaftlich düstere Phase kommen wird. Wir hoffen nicht sehr bald. Dann diskutieren wir nicht um einen Budgetausbau, sondern müssen den Gürtel enger schnallen, dass es ringsherum wehtut. Mein Herz schlägt für die Schwachen und mir widerstreben Ungerechtigkeiten. Wer mich besser kennt, der weiss das, da kämpfe ich wie ein Löwe. Ich bin in Frauenfeld in drei sozialen Bereichen tätig in meiner Freizeit, da betrifft es genau die Gruppe, welche wirklich die Schwächsten der Schwachen sind. Bei dieser Frage ist die Zielsetzung des Programms offensichtlich nicht passend und nicht erfüllt. Deshalb unterstütze ich den Antrag unserer Fraktion und bleibe beim Vorschlag des Stadtrats für diese Position.

**Stadträtin Christa Thorner:** Bei diesem Sammelkonto geht es um eine Thematik, wo sich die Sichtweise auf dieses Beschäftigungsprogramm etwas verengt hat. Ich muss einige Sätze ausholen, um das richtigzustellen. Das Beschäftigungsprogramm hat nicht nur zum Ziel, Menschen in den ersten Arbeitsmarkt zurückzuführen. Das ist ein wichtiges Ziel und auch das Hauptziel. Aber insbesondere bei älteren Mitarbeitenden oder bei Leistungsschwachen, die noch keine IV-Rente erhalten, aber sonst arbeitsfähig wären, ist es auch das Ziel, dass diese Menschen wie auch Herr Hodel ausgeführt hat, Teilhabe an der Gesellschaft haben können. Es ist ein Auftrag, der im Kernbereich dieses Gesetzes liegt. Im Sozialhilfegesetz heisst es, dass die Sozialhilfe Not verhindern soll und den Klienten ermöglichen soll, Teilhabe an der Gesellschaft zu haben. Was ist Teilhabe an der Gesellschaft? Das ist nicht zu Hause vor dem Fernseher zu sitzen, das ist wie Sie und ich arbeiten, einer Beschäftigung, einer sinnvollen Beschäftigung nachgehen zu können. Deshalb ist die Teilnahme an Beschäftigungsprogrammen durchaus sinnvoll, wenn Menschen das wollen und können. Der dritte Punkt kam aus der Fürsorgebehörde nicht im letzten Jahrhundert, sondern vor etwa sieben Jahren wurde das aktualisiert, nämlich Leistung gegen Leistung. Wenn die Sozialhilfeklienten Geld bekommen, sollen sie auch etwas dafür tun. Und diese Löhne, die sie da in diesen Beschäftigungsprogrammen generieren – im Murghof hatten wir in diesem Jahr 16 Personen, 36 im Elektrobau, 44 in der Stiftung Zukunft, 12 im HEKS. Sie verdienen einen Lohn und den treten sie ab. Das heisst, es wird ihnen von der Sozialhilfe abgezogen. Und dieses Prinzip Leistung gegen Leistung ist die Philosophie der sozialen Hilfe seit Jahren, von der Fürsorgebehörde auch immer favorisiert. Darum können Sie sich vorstellen, dass dieses Sparopfer uns extrem wehgetan hat. Wenn man beim Sozialen Dienst spart, dann schmerzt das wirklich alle, die an der untersten Leiterstufe sind, weil sie nämlich explizit konfrontiert werden mit der Herausforderung, dass sie nichts mehr wert sind. Wenn wir jetzt auf dem Lachsfarbenen Papier wieder die Aufstockung haben, landen wir dort, wo wir waren, als wir den Budgetprozess gestartet haben, und zwar nach der Fortschreibung dieses Jahres. Es ist also keine Steigerung, sondern eine Fortführung für diejenigen, die das ermöglichen wollen. Es ist übrigens nicht so, dass diese Zahl exorbitant wächst, wir haben im Jahr 2012 insgesamt 14 Personen gehabt im Beschäftigungsprogramm 55plus, im Jahr 2013 waren es 15 Personen und im laufenden Jahr sind es 16 Personen. Mit der Berechnung ist es so, dass der Nettoaufwand pro Person und Monat nach Abzug der Lohnkosten effektiv 35 Franken ausmacht. Sie können sich also vorstellen, dass ich darum erfreut bin ob dem Lachsfarbenen Papier und nicht wie ein Löwe für die stadträtliche Vorgabe kämpfe.

**Abstimmung über Antrag Fraktion FDP/SVP/EDU, Konto 5110.3637.51, 5110.4260.51, 5110.3637.52, 4110.4260.52 auf dem Betrag des Budgets des Stadtrats zu fixieren, gegen Antrag GPK Gesellschaft und Sicherheit, die Beträge der gleichen Konti gemäss Budget GPK zu erhöhen.**

<b>Antrag Fraktion:</b>	12 Stimmen
<b>Antrag GPK:</b>	21 Stimmen
<b>Enthaltungen:</b>	3

Der Antrag GPK wird genehmigt.

*Seiten 67 – 77*

Keine Wortmeldungen.

### **Werkbetriebe**

Laufende Rechnung, Register 7, Seiten 1 – 34

Finanzplan 2016 – 2018, Register 7, Seite 35 – 52

Speziell laufende Rechnung, Seiten 17 – 22

Investitionsrechnung, Register 6, Seite 18 – 25, Register 7, Seiten 31 – 34

Finanzplan, Register 7, Seiten 40 – 47

Restbuchwerte, Register 7, Seiten 49 – 51

**Der Ratspräsident:** Die Werkbetriebe gehen wir nicht seitenweise durch, sondern bei Voten mit Anträgen bitte jeweils das Register, die Seite und das Konto nennen und mir die Anträge schriftlich abgeben.

**Gemeinderat Marcel Epper, Referent der GPK Bau, Werke, Umwelt:** Der Voranschlag der laufenden Rechnung fällt mit rund 60,5 Mio. Franken in Aufwand und Ertrag ausgeglichen aus, wobei sogar im Vergleich zum Voranschlag 2014 die laufenden Kosten gesamthaft um immerhin 272'000 Franken gesenkt werden konnten. Die Werkbetriebe sind in finanzieller Hinsicht weiterhin selbsttragend und trotz im Vergleich zum Umfeld tiefen Tarifen grundsollide aufgestellt. Der Personalaufwand erhöhte sich gegenüber 2014 um rund 286'000 Franken. Darin enthalten ist zum einen eine Stelle für einen zusätzlichen Rohrnetzmonteur zur Gewährleistung der strengen Sicherheitsvorschriften im Bereich Erdgas sowie zur Betreuung des in den letzten zehn Jahren rund 35 km umfassenden Erdgas- und Wasserleitungsnetzes. Eine zweite zusätzliche Stelle ist für einen Energiewirtschaftler/Projektleiter zur Betreuung der über 200 marktberechtigten Industrie- und Gewerbekunden sowie zur Gewährleistung der Gasforderungen der geplanten Strom- und Gasmaktkliberalisierung vorgesehen. Ergänzend kann hierzu auf die Erläuterungen auf Seite 23 verwiesen werden. In der GPK waren diese zwei zusätzlichen Stellen aufgrund der Erklärung seitens der Werkbetriebe ausgewiesen und unbestritten. Damit die Werkbetriebe die immer grösser werdenden Herausforderungen fachlich kompetent und zeitgerecht bewältigen können, sind sie auf diese zwei Stellen zwingend angewiesen. Mit Befriedigung zur Kenntnis genommen hat die GPK sodann, dass das Total der Aufwendungen auf Höhe des Vorjahrs liegt und die Werkbetriebe haushälterisch mit ihren finanziellen Mitteln umgehen. Das Total der Erträge liegt um rund 0,25 Mio. Franken unter demjenigen des Voranschlags 2014. Im Resultat ergibt sich, dass die veranschlagten Bruttoertragsüberschüsse der drei Werke für die Laufende Rechnung 2015 gegenüber denjenigen des Voranschlags 2014 um rund 587'000 Franken tiefer ausgefallen sind. Gesamthaft handelt es sich bei der Laufenden Rechnung 2015 nach der Beurteilung der GPK um eine Fortschreibung des Voranschlags 2014 unter Berücksichtigung der aktuellen Ausgangslage, wobei zahlenmässig keine Ausreisser feststellbar sind, welche zusätzlich erläutert werden müssten.

Investitionsrechnung: Im Voranschlag 2015 wird bei allen drei Werken eine Beanspruchungsquote von 100 % angenommen. Gesamthaft liegen die Nettoinvestitionen für den Voranschlag 2015 mit 5,7 Mio. Franken rund 1,2 Mio. Franken deutlich unter dem Voranschlag 2014. Der Selbstfinanzierungsgrad der Werke liegt bei diesem Budget bei guten 50 %. Mittelfristig streben die Werkbetriebe wieder einen Selbstfinanzierungsgrad zwischen 80 und 100 % an. Der Selbstfinanzierungsgrad der letzten zehn Jahre beträgt durchschnittlich rund 96 %. Alles in allem besteht diesbezüglich somit kein Grund zur Besorgnis.

Restbuchwerte: Wie den Unterlagen entnommen werden kann, zeigt die Erwartungsrechnung 2014 deutlich tiefere Restbuchwerte auf Ende 2014 auf, als ursprünglich budgetiert wurde. Es ist davon auszugehen, dass sich das Total der Restbuchwerte per Ende 2015 um 2,65 Mio. Franken gegenüber der Erwartungsrechnung 2014 erhöhen wird. In der Gesamtbeurteilung der GPK

handelt es sich aber trotz Steigung der Restbuchwerte absolut gesehen nach wie vor um sehr tiefe Werte, welche salopp gesprochen weit im grünen Bereich liegen. Neben dem Gesagten ergab die Laufende Rechnung seitens der GPK und auch die Investitionsrechnung in der Detailberatung keinen zusätzlichen Diskussionsstoff, der zu diesem Zeitpunkt hier vorgetragen werden müsste.

In der Abstimmung hat die GPK dem Voranschlag 2015 der Werkbetriebe einstimmig zugestimmt. Gestützt darauf ersuche ich Sie, dem Voranschlag ebenfalls zuzustimmen. Gleichzeitig danke ich den Werkbetrieben für die umfassend aufgearbeiteten Budgetunterlagen sowie insbesondere für ihre Leistungen im Dienst der Versorgungssicherheit.

Keine Wortmeldungen.

### **Alterszentrum Park**

Laufende Rechnung, Investitionsrechnung und Finanzplan, Register 8

**Der Ratspräsident:** Wir gehen das Alterszentrum Park nicht seitenweise durch. Bei Voten mit Anträgen bitte jeweils die Seite und das Konto nennen und mir die Anträge schriftlich abgeben.

**Gemeinderat Michael Hefti, Referent der GPK Gesellschaft und Sicherheit:** Ich werde aufgeteilt in vier Bereiche berichten:

Haus Ergarten Talbach, betreutes Wohnen: Durch die Umstellung der Arbeitszeit und die Erhöhung der Ferientage musste hier eine neue Stelle geschaffen werden. Diese Anpassung ist zu 100 % gebunden, da die Berechnung des Pflegeaufwands der Masstab ist. Die Kosten für Temporärpersonal (Leistungen Dritter) waren in der letzten Rechnung unverändert hoch, wurden aber nicht budgetiert, weil das Ziel des AZP ist, ohne dieses Temporärpersonal auszukommen. Dies wurde in der GPK diskutiert.

Tageszentrum Talbach: Die Nachfrage für das Tageszentrum ist 2014 steil angestiegen. Waren es im Frühling noch tiefe 40 %, steigerte sich die Belegung auf den Herbst auf 80 %, mittlerweile gibt es für das Tageszentrum Talbach eine Warteliste. Hier zeigt sich, dass viele Angebote ihre Zeit brauchen, bis sie von der Bevölkerung wahrgenommen werden.

Parksiedlung Talacker: Sobald der Umzug ins Haus Sapone abgeschlossen ist, sollen die Ausbildungswohnungen wieder vermietet werden.

Investitionsrechnung: Im 1. Stock des Hauses Talbach gibt es kein einziges Zimmer mit eigener Dusche. Man muss sich an strikte Duschpläne halten. In der GPK war unbestritten, dass ein Umbau der Nasszellen dringend nötig ist. Erst in einem zweiten Schritt während der nächsten Jahre sollen eventuell die Zweierzimmer zu Einerzimmern umgebaut werden. Die Nasszellen müssten aber nur ergänzt, nicht umgebaut werden. Die Etappierung der Nasszellen ist nicht nur auf finanzielle Gründe zurückzuführen, sondern hat auch zum Ziel, den Betrieb des AZP so wenig als möglich zu belasten.

Die GPK Gesellschaft und Sicherheit stimmt dem Budget 2015 des Alterszentrums Park einstimmig zu.

**Finanzkennzahlen**

Register 5

Keine Wortmeldungen.

**Botschaft des Stadtrates an den Gemeinderat, mit den Anträgen**

Register 1

**Der Ratspräsident:** Ich stelle die Botschaften Nr. 37, 37a und 37b zur Diskussion.

Keine Wortmeldungen.

**Abstimmung zu den Anträgen in der Botschaft Nr. 37 des Stadtrats an den Gemeinderat auf Seite 30**

**Abstimmung über Antrag 1:** Dem Antrag 1 gemäss Art. 15 Abs. 1 des Besoldungsreglements für individuelle Besoldungsanpassungen 0,65 % und für Leistungsprämien 0,1 % der Gesamtsumme – eine generelle Lohnanpassung – ist aufgrund der ausgeglichenen Teuerung vorzunehmen wird mit 35 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei 0 Enthaltungen zugestimmt.

**Stadtammann Carlo Parolari:** Nur ganz kurz, damit Sie auch wirklich wissen, über was Sie beim Antrag 2 abstimmen. Ich habe vom Finanzchef die aktuellen Zahlen bekommen. Sie haben die Nettoinvestitionen um 110'000 Franken reduziert. In der Erfolgsrechnung ist eine Verbesserung des Defizits um 45'000 Franken erfolgt oder um 0,055 % des Umsatzes.

**Abstimmung über Antrag 2:** Dem Budget 2015 der Stadtverwaltung Frauenfeld wird unter Berücksichtigung der genehmigten Anträge mit 31 Ja-Stimmen gegen 3 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen zugestimmt.

**Abstimmung über Antrag 3:** Dem Antrag Voranschlag 2015 der Werkbetriebe wird mit 36 Ja-Stimmen gegen 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zugestimmt.

**Abstimmung über Antrag 4:** Dem Voranschlag 2015 des Alterszentrums Park wird mit 36 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zugestimmt.

**Der Ratspräsident:** Die Budgets der Stadtverwaltung, der Werkbetriebe und des Alterszentrums Park für das Jahr 2015 gemäss Ziffer 2, 3 und 4 dieses Beschlusses unterstehen dem fakultativen Referendum der Stimmberechtigten.

**Abstimmung über das Behördenreferendum auf eine Volksabstimmung gemäss Art. 53 des Geschäftsreglements der Gemeindeordnung Art. 11 Abs. 1 der Gemeindeordnung**

Das Behördenreferendum wird mit 3 Stimmen nicht ergriffen.

Die Referendumsfrist von 45 Tagen für die Stimmberechtigten beginnt am 11. Dezember 2014 und endet am 26. Januar 2015 und wird dementsprechend publiziert.

Somit haben wir die heutige Tagesordnung durchberaten. Die nächste Gemeinderatssitzung findet am Mittwoch, 14. Januar 2015 um 18.00 Uhr statt. Mein Dank geht an Sie für Ihre intensive Mitarbeit, insbesondere an die Antragsteller und an den Stadtrat für die entsprechenden Voten, an die Stadtgärtnerei für den wiederum sehr schönen Blumenschmuck und Beat Dürger mit Team für die Bestuhlung in diesem ehrwürdigen Ratssaal. Ihnen allen wünsche ich eine gesegnete Adventszeit und frohe Festtage. Sie haben sie mehr als redlich verdient. Gönnen sie sich ein paar Tage Erholung im Kreis Ihrer Familie und Freunden und rutschen Sie gut ins neue Jahr mit viel Gesundheit und viel Glück. Ich erkläre die Gemeinderatssitzung für geschlossen und ich wünsche eine gute Heimkehr. Es ist jetzt 22.05 Uhr.

---

Schluss der Sitzung: 22.05 Uhr

\* \* \*

